



Commune de BERTRANGE

BULL ETIN

05/25

MARCHE INTERNATIONALE IVV |

20.09.2025

@ Centre Atert
Organisation: Footing Club Per Pedes
Marches de 5km et 10 km
de 10.00 – 14.00 heures
Prix: 1,50 €

ALLES OP DE VËLO | 21.09.2025

Départs à Bertrange: 9.30 heures (16.5 km) ou 9.40 heures (9.5 km)
devant la Mairie
Arrivée vers 12.00 heures au Centre Atert
Informations supplémentaires: enjoy.bertrange.lu

CARISA DIAS | 20.09.2025

@ArcA
Début: 20.00 heures
Entrée: 20 € / Kulturpass: 1,50 €
Info & Tickets: www.arca.lu

HOBBYMAART OP PAPPENDAG |

05.10.2025

@ Centre Atert
Organisation: Bartrenger Musek
de 09.30 à 18.00 heures
Entrée gratuite

QUIZ NIGHT | 10.10.2025

@ Centre Atert
Organisation: Les Amis de la Pétanque
Inscription: quizowend.mindmasters@gmail.com
Participation: 10 € / personne

AGENDA

SOIREE AFRICA | 11.10.2025

@ArcA

De 16.00 à 22.00 heures

Entrée gratuite

NËSSMOORT BUS | 12.10.2025

@Vianden

Départ: 11.00 Auer – Retour: 18.00 Auer

Umelle bis den 10.10.2025 ënner nessmoort@bertrange.lu

AUSSTELLUNG – BARTRENG AN DE KRICHSJOREN | 12.10-19.10.2025

@ Maison Schauwenburg

Organisatioun: Bartrenger Geschichtsfrënn

Ëffnungszäiten: Samschden a Sonnden: 14.00 – 18.00 Auer
Méinden bis Donneschden: 15.00 – 19.00 Auer

ARCA COMEDY CLUB | 17.10.2025

@ ArcA

Début: 20.00 heures

Entrée: 25 € / Kulturpass: 1,50 €

Info & Tickets: www.arca.lu

BARTRENGER OKTOBERFEST | 18.10.2025

@ Centre Atert

Organisation : Dëschtennis Frënn Bartreng

Entrée : 15 €

Début : 18.00 heures



DER GEMEINDERAT

DP

Youri De Smet



Frank Colabianchi



Marc Lang



Monique Smit-Thijs



Frank Demuyser



Francine Moro Oliveira Costa



Nadine Philippe

CSV

Nadine Schares



Guy Weirich



Marc Rauchs

Déi Gréng

Roger Miller



Gabriella Damjanovic

LSAP

Yolande Schuster



BERICHT ÜBER DIE GEMEINDERATSSITZUNG

VOM 3. JULI 2025 UM 08.00 UHR

Anwesend:

DP

Youri DE SMET (Bürgermeister)
Frank COLABIANCHI (Schöffe)
Marc LANG (Schöffe)
Monique SMIT-THIJS (Rätin)
Francine MORO (Rätin)
Nadine PHILIPPE (Rätin)

CSV

Nadine SCHARES (Rätin)
Guy WEIRICH (Rat)
Marc RAUCHS (Rat)

LSAP

/

déi gréng

Roger MILLER (Rat)
Gabriella DAMJANOVIC (Rätin)

Georges FRANCK (Gemeindesekretär)

Entschuldigt: Frank DEMUYSER (Rat/DP), Yolande SCHUSTER (Rätin/LSAP, Stimmrechtsvertretung an Marc RAUCHS für die Punkte 1, 5-16), Gabriella DAMJANOVIC (Rätin/déi gréng, Stimmrechtsvertretung an Rat Miller für die Punkte 7-10.B)

Tagesordnung

In öffentlicher Sitzung:

- 01. | Genehmigung der Tagesordnung
- 02. | Mitteilung über die Entscheidung von Herrn Frank Colabianchi, sein Amt als Schöffe niederzulegen

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit:

- 03. | Benennung eines Kandidaten, der vom Minister für innere Angelegenheiten zur Ernennung auf den freien Posten des Schöffen vorgeschlagen wird
- 04. | Personalwesen
 - A. Gemeindepersonal: provisorische Ernennung eines Gemeindebeamten

In öffentlicher Sitzung:

- 05. | Informationen und Korrespondenz
- 06. | Verträge und notarielle Akte
 - A. Notarieller Tauschakt: Genehmigung
 - B. Notarieller Akt über die Schaffung eines Wegerechts: Genehmigung
 - C. Konvention Dreieck Helfent: Genehmigung
 - D. Konvention gemeinsames Sozialamt in Mamer 2025: Genehmigung

- 07. | Schulwesen
 - A. Provisorische Schulorganisation 2025/2026: Fundamentalunterricht – Zyklen 1, 2, 3 und 4: Genehmigung
 - B. Plan für die außerschulische Betreuung (PEP) 2025/2026: Genehmigung
- 08. | Les Centres pour Personnes Âgées
 - A. Mietvertrag bezüglich der Vermietung eines Duplex: Bestätigung
- 09. | Finanzen
 - A. Bürgerhaushalt: Bestätigung der Projekte
 - B. Ordentliche und ausserordentliche Zuschüsse für lokale Vereine und andere
 - C. MultiCulti 2025: Subvention
 - D. Bartreng beweegt sech 2025: Subvention
- 10. | Projekte
 - A. Kostenvoranschlag bezüglich der Arbeiten der Instandsetzung des Weges zwischen Grevelsbarrière und Leudelingen-Bahnhof: Genehmigung
 - B. Kostenvoranschlag bezüglich der Instandsetzung eines Fußgängerweges entlang der route de Longwy
 - C. Kostenvoranschlag bezüglich der Instandsetzung eines „Verkéiersgaart“ in Bartringen: Genehmigung



- D. Kostenvoranschlag bezüglich der Verwirklichung einer Unterführung für die sanfte Mobilität zwischen der rue Charles Schwall und der Cité am Wenkel: Genehmigung
- 11. | Stadtplanung
 - A. Punktuelle Änderung des PAG „Brill“: Genehmigung
 - B. PAP neues Viertel „Brill 2.0“: Genehmigung
 - C. Zusammenlegung von fünf Parzellen, gelegen in Bartringen „rue des Champs“, auf zwei Lose
- 12. | Regional Museksschoul Westen
 - A. Provisorische Schulorganisation der Musikkurse 2025/2026 der „Regional Museksschoul Westen“
- 13. | Verordnungen
 - A. Anpassung der Verordnung bezüglich des Friedhofs
 - B. Interne Verordnung der beratenden Mietkommission der Gemeinde Bartringen
- 14. | Gerichtsfälle
 - A. Genehmigung eines Spezialkredits
 - B. Genehmigung, um vor Gericht zu gehen
- 15. | Beratende Kommissionen
 - A. Sportkommission: Abberufung eines Mitglieds
 - B. Kommission der sportlichen Vereinigung: Abberufung eines Mitglieds
 - C. Mobilitäts- und Verkehrskommission: Abberufung eines Mitglieds
 - D. Finanzkommission: Abberufung eines Mitglieds
- 16. | Verkehr
 - A. Bestätigung von Notfall Verkehrsregelungen: Bestätigung
 - B. Zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung: Genehmigung

In öffentlicher Sitzung:

01. Genehmigung der Tagesordnung

Bürgermeister De Smet fragt, ob die Gemeinderäte die Tagesordnung genehmigen.

Rätin Schares fragt im Namen der Opposition nach, ob Punkt 3 in die offene Sitzung gelegt werden könne, dies aus Transparenz- und Demokratiegründen.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass man diese Frage nicht nachkommen werde. Transparenzgründe könne man hier nicht vorschieben, da bereits öffentlich bekannt sei, wen die Mehrheit als Schöffen vorschlagen werde. Man halte sich an die Vorgaben des Innenministeriums.

Der Gemeinderat genehmigt die Tagesordnung mit 8 Ja-Stimmen (DP, déi gréng) und 4 Enthaltungen (CSV, LSAP).

Rat Weirich gibt an, eine Erklärung für die Enthaltung der Opposition geben zu wollen. Zurecht habe Bürgermeister De Smet angeführt, dass dies so im Gesetz vorgesehen sei. Jedoch habe das Ministerium auch schon die öffentliche Diskussion solcher Punkte in anderen Gemeinden angenommen. Daher sei man trotzdem dafür, hier Transparenz walten zu lassen, dies vor allem für die Einwohner der Gemeinde.

Bürgermeister De Smet entgegnet, dass er sich hier an die Vorgaben des Gesetzes halte und man hier nicht gegenteilig handeln werde.

02. Mitteilung über die Entscheidung von Herrn Frank Colabianchi, sein Amt als Schöffe niederzulegen

Bürgermeister De Smet gibt an, dass es sich bei diesem Punkt der Tagesordnung darum handle, dass Frank Colabianchi sein Amt als Schöffe niederlege, jedoch weiterhin Mitglied des Gemeinderates bleiben werde. Bürgermeister De Smet spricht ihm seinen größten Dank für die exzellente Zusammenarbeit im Schöffen- und Gemeinderat aus, dies auch im Namen der gesamten Fraktion. Die Zusammenarbeit werde weitergeführt, nur eben in einer anderen Konstellation. Es sei von großem Vorteil, jemanden mit solch großer Erfahrung in seinen Reihen zu wissen, darüber könne man nicht dankbar genug sein.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit:

03. Benennung eines Kandidaten, der vom Minister für innere Angelegenheiten zur Ernennung auf den freien Posten des Schöffen vorgeschlagen wird

Da die Beratung in geschlossener Sitzung stattfand, bitten wir Sie um Verständnis dafür, dass an dieser Stelle keine Angaben gemacht werden. (Anm. der Redaktion)

04. Personalwesen

A. Gemeindepersonal: provisorische Ernennung eines Gemeindebeamten

Da die Beratung in geschlossener Sitzung stattfand, bitten wir Sie um Verständnis dafür, dass an dieser Stelle keine Angaben gemacht werden. (Anm. der Redaktion)

In öffentlicher Sitzung:

05. Informationen und Korrespondenz

Bürgermeister De Smet informiert die Gemeinderäte darüber, dass in geschlossener Sitzung Roger Miller als Schöffe benannt wurde, sowie ein Gemeindebeamter in der Laufbahn B1 gestimmt wurde, um das Bürgeramt zu verstärken.

Des Weiteren gibt Bürgermeister De Smet an, dass:

- man Solina Aarbechtshellef als 4. Lokal im Dorfzentrum zurückbehalten habe. Aktuell befinde sich diese in der rue de l'Industrie in Bartringen. Durch dieses Projekt hätte man nun die Möglichkeit auf größere Sichtbarkeit. Die Dienste, die man anbieten wolle, seien vielfältig. So werde es unter anderem einen Reinigungsservice für Bekleidung geben, eine Änderungsschneiderei sowie auch Dienste im Bereich der Gartenarbeit angeboten werden sollen. Zum Verkauf werden selbsthergestellte Produkte angeboten, wie zum Beispiel Kleidung. Man müsse hier ganz klar die soziale Komponente in den Vordergrund stellen.
- die Gemeinde Bartringen Mitglied im ORT Guttland (Office régional du tourisme) wird. Die Hauptaufgabe des ORT sei es, den regionalen Tourismus zu fördern. Seine Rolle sei zudem, touristische Projekte zu koordinieren und mit auszuarbeiten, so zum Beispiel die Beschilderung von Wanderwegen und Trails. Auch das Fahrrad spiele eine wichtige Rolle, zum Beispiel beim Slow Cycling oder bei Slow Trips.
- der Schöffenrat Klage gegen Unbekannt wegen der Beschädigung der Kapelle in der rue de Dippach eingereicht habe. Er spreche sicherlich im Namen aller Gemeinderäte, wenn er diese Tat aufs Schärfste verurteile. Die Beschädigung von kulturellem Erbe sei kein Kavaliersdelikt.
- die Gemeinde Bartringen am 21. Juni die Städtepartnerschaft mit der Gemeinde Serfaus unterschrieben habe. Die Partnerschaft solle von den Vereinen getragen werden und der Austausch über Kinder und Jugendliche solle die Zusammenarbeit stärken. Die Feierlichkeiten im Beisein der lokalen Vereine waren gelungen.
- man den Jahresbericht von Youth&Work erhalten habe. Diese unterstützen junge Menschen zwischen 16 und 29 Jahren bei der Suche nach einer Ausbildung oder einem Arbeitsplatz. Meistens befinden sich diese jungen Menschen in prekären Lebenssituationen. Youth&Work versucht durch ein gezieltes Mentoring und Coaching zu helfen. Für die Gemeinde Bartringen wurden im Jahr 2024 sieben Jugendliche mit einem Durchschnittsalter von 26 Jahren betreut. Drei haben eine Arbeitsstelle gefunden, zwei befinden sich noch auf der Suche und bei weiteren zwei habe das Coaching erst begonnen.

- Auch die Statistik des gemeinsamen Sozialamtes vorliege. Allgemein stelle man einen Anstieg der Haushalte fest, die auf das Sozialamt zurückgreifen. Im Jahr 2024 habe dieses für die Gemeinde Bartringen 436 finanzielle Anfragen von 130 Haushalten erhalten, was 3,5% der Bartringer Bevölkerung entspricht. Sehe man sich die Anträge genauer an, stelle man fest, dass diese an erster Stelle im Zusammenhang mit der Gesundheit, den Kosten der épicerie sociale und auch den Wohnkosten stehen. Die Betriebskosten des Sozialamtes seien in den letzten Jahren und auch durch die Miete der neuen Gebäude angestiegen. Bürgermeister De Smet bedankt sich beim Personal des Sozialamtes für die wichtige Arbeit, die hier geleistet werde und die über die Jahre nicht einfacher geworden sei.
- er den Vereinen und Bürgern der Gemeinde, die an den Festlichkeiten am Vorabend vom Nationalfeiertag teilgenommen haben, seinen Dank ausspreche, da sie dieses wichtige Fest zu einem gelungenen Abend gemacht hätten.
- die Internetseite der Gemeinde seit dieser Woche über sämtliche Zugangsoptionen verfüge. Ein Sprachassistent könne Texte vorlesen, man könne den Kontrast anpassen, selbst Sprachkommandos geben und viele weitere Funktionalitäten seien nun abrufbar.

Die Einwohnerzahl beläuft sich auf den Tag auf 9.265 Personen.

Der Kassenstand beträgt 25 Millionen Euro.

06. Verträge und notarielle Akte

A. Notarieller Tauschakt: Genehmigung

Bürgermeister De Smet gibt an, dass es sich bei diesem Punkt um einen Tauschakt mit der Gemeinde Strassen handle. Hier wurde bereits am 7. November 2023 der Vorvertrag unterzeichnet, der am 24. November einstimmig vom Gemeinderat genehmigt wurde. Man trete drei Parzellen von insgesamt 27,57 Ar an die Nachbargemeinde ab, die gebraucht werden, um die Einfahrt zum neuen Sportkomplex einzurichten. Im Gegenzug erhalte die Gemeinde Bartringen Parzellen der Gemeinde Strassen in der gleichen Größe auf der gegenüberliegenden Seite. Beide Flächen seien mit dem gleichen Wert berechnet worden, so dass kein Aufgeld entfällt.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

B. Notarieller Akt über die Schaffung eines Wegerechts: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass sich dieser Punkt um die Begründung einer Dienstbarkeit handle. Diese beziehe sich auf den neuen Transformator beim Friedhof und erlaube es der zuständigen Firma, hier Tag und Nacht Zugang zu haben, damit die Einwohner der Gemeinde mit Strom versorgt werden können, falls es zu Problemen kommen sollte.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.

C. Konvention Dreieck Helfent: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich hier um eine Konvention betreffend das Dreieck Helfent handle. Bevor er aber nun auf diese zu sprechen komme, wolle er einen kurzen Einblick darüber geben, wie es zu dieser Konvention gekommen sei. Oft sei gefordert worden, im Dreieck Helfent etwas zu unternehmen. Die Forderung sei richtig, jedoch nicht so einfach in der Umsetzung, wie sich dies so manch einer gedacht habe, schon allein durch

die Vielzahl an Landbesitzern, die hier betroffen sind. So sei bereits im Jahr 2014 von einzelnen Besitzern ein Masterplan vorgelegt worden. 2015 wurde das Dreieck Helfent als IBA-Schutzzone (important bird area) ausgewiesen. 2016 sei versucht worden, mittels einer großherzoglichen Verordnung, spezielle Schutzzonen auszuweisen. Diese Verordnung sei aber ein Jahr später gerichtlich annulliert worden. Wer sich nun frage, warum er dies alles aufzähle, wolle er darauf hinweisen, dass man die Vogelschutzzone über eine großherzogliche Verordnung ausweisen müsse, die genau den Perimeter regelt, in dem eine städtische Entwicklung möglich sei. 2020 sei die Gemeinde Bartringen an die „Cellule de facilitation“ herangetreten, um selbst die Initiative ergreifen zu können und das Vorhaben voranzutreiben. Daraufhin habe das Umweltministerium noch einmal versucht, im Rahmen der „Region du Lias moyen“ die Vogelschutzzone, die reglementarische Prozedur noch einmal einzuleiten und die Grenzen des Schutzgebietes auszuweisen. Im selben Atemzug habe die Gemeinde Bartringen weitere notwendige Studien in Auftrag gegeben. Schlussendlich konnte im Oktober 2023 eine großherzogliche Verordnung betreffend die Vogelschutzzone in Kraft treten, dies in Zusammenarbeit mit den Ministerien, Verwaltungen, Umweltbüros und den Landbesitzern.

Bürgermeister De Smet will ausdrücklich betonen, dass man hier nichts auf die lange Bank geschoben, sondern man den Grundstein und die Basis geschaffen habe, um überhaupt an Stadtplanung denken zu können. Eine umweltfreundliche und ökologische Aufwertung dieses Gebiets sei nicht zu umgehen. Aufgrund der guten Zusammenarbeit mit der „cellule de facilitation“, die mittlerweile dem Landesplanungsminister unterstehe und dies auch ein Anliegen des zuständigen Ministers sei, sei man auf den Weg gegangen, diese Konvention zu unterschreiben und weiterhin aktiv, mit der Unterstützung vom Staat, weiterzuarbeiten. Die Objektiv der besagten Konvention seien an erster Stelle den Rahmen zu geben, um ein urbanes Gesamtkonzept zu entwickeln, mit der entsprechenden Führung, die Entscheidungsprozesse und Verantwortungen festlege. Die Konvention solle zudem die Modalitäten für eine bezahlte Beratung festlegen, sprich ein Wettbewerb, der von der Gemeinde und Ministerium ins Leben gerufen werde. Hier wolle man die Bürgerbeteiligung fördern und man werde sowohl die Landbesitzer als auch die Bürger in den Entwicklungsprozess mit einbinden. Hier können sie aktiv mitgestalten und ihre Ideen teilen. Dies sei dem Schöffenrat ein großes Anliegen gewesen und die Kosten hierfür werde die Gemeinde integral übernehmen. Ein nur zu diesem Zweck zusammengestelltes Gremium werde die eingereichten Projekte analysieren und bewerten. Das Gremium werde sich aus Vertretern der Gemeinde und des Staats zusammensetzen. Zusätzlich werde man auch Experten aus der Privatwirtschaft zu Rate ziehen.

Bürgermeister De Smet führt aus, dass man zudem auch einen Lenkungsausschuss einberufen werde. Dieser solle die verschiedenen Planungsetappen, die bezahlte Beratung und den Dialog mit den betroffenen Landbesitzern, zusammen mit den anderen Ministerien und staatlichen Akteuren koordinieren. Der Lenkungsausschuss setze sich zusammen aus Vertretern der Gemeinde, dem Wohnbau- und Landesplanungsministerium, sowie öffentlichen Bauträgern. Je nach Anforderung könne der Ausschuss auch erweitert werden. Es werde auch ein Begleitausschuss gegründet, der aus Vertretern der Gemeinde und der „Cellule de facilitation“ bestehe und sich um die Vorbereitung des Lenkungsausschusses kümmere. Die voraussichtlichen Kosten für diesen Wettbewerb belaufen sich auf 470.000 Euro. Diese Kosten werden zu gleichen Teilen von der Gemeinde und vom Staat übernommen.

Bürgermeister De Smet merkt an, dass diese Konvention eine weitere wichtige Etappe sei, bei der die Gemeinde versuche, alle Akteure an einen Tisch zu bringen, um gemeinsam eine Entwicklung für das Dreieck Helfent zu planen, ohne jemanden auszuschließen. Man wolle zudem vermeiden, dass man durch unüberlegte Handlungen mehr Schaden anrichte als das Projekt



voranzutreiben. Hier sei Fingerspitzengefühl gefragt, er sei sich jedoch sicher, dass dies der einzig richtige Weg sei.

Rätin Schares gibt an, dass es sich hier um einen ganz wichtigen Punkt handle, den ihre Fraktion auch unterstütze. Es sei klar, dass die Gemeinde hier die Geschicke leiten müsse, damit nichts aus dem Ruder laufe. Es sei wichtig, die Konvention aufzustellen um alle Beteiligte mit an Bord nehmen zu können, respektive alle am Projekt Interessierten. Unter welcher Form solle der Lenkungsausschuss funktionieren, sei hier jede Fraktion vertreten.

Bürgermeister De Smet erklärt, dass die Tür für alle Interessierten geöffnet sei und jede Fraktion durch ein Mitglied im Lenkungsausschuss vertreten sein wird. Gemeinsam könne man mehr bewirken, als wenn jeder versuche sein eigenes Süppchen zu kochen.

Schöffe Colabianchi begrüßt diese ausführliche Präsentation von Bürgermeister De Smet und ergänzt, dass schon Jahre zuvor intensiv an dieser Akte gearbeitet wurde. Dies gehe zurück bis in die 90er Jahre. Der Unterschied zwischen den Initiativen von damals zu den heutigen sei, dass diese gemeinsam von Gemeinde und Ministerium getragen und dann mit den etlichen Privatpersonen, welche in diesem Gebiet Land besitzen, zu einem Projekt ausgearbeitet werden. Man stehe vor einem langwierigen Prozess, welcher Zeit in Anspruch nehmen werde. Hier dürfe man die Bürger aber nicht hinter Licht führen, indem man behaupte, dieses Projekt sei jetzt schnell realisierbar. Die vorläufige geschätzte -sehr optimistische- Zeitschiene laufe bis 2035.

Bürgermeister De Smet gibt Schöffe Colabianchi Recht, es gebe mehrere Einschränkungen zu beachten. Es handle sich um ein riesiges Areal, in dem auch die notwendigen Infrastrukturen wie Kanalisation oder auch ein Mobilitätskonzept ausgearbeitet werden. Es handle sich um die erste Etappe von vielen.

Dieser Punkt der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

D. Konvention gemeinsames Sozialamt in Mamer 2025: Genehmigung

Bürgermeister De Smet gibt an, dass es sich hier um die jährliche Konvention zwischen den sieben Mitgliedsgemeinden und dem gemeinsamen Sozialamt handle. Im Vergleich zum letzten Jahr sei seines Wissens keine Änderung erfolgt. In den Anlagen, die die Gemeinderäte erhalten haben, befinden sich zudem die Auflistung der Kosten sowie der Personalschlüssel.

Rätin Schares merkt an, dass die Anfragen steigen. Die Sozialarbeit werde durch das Rote Kreuz geleistet. Reichen die aktuellen Beschäftigten aus, um den Anträgen gerecht zu werden, da im Vergleich zu vor 8 Jahren nur 0,4 ETP mehr dort arbeiten.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass man keine Rückmeldung betreffend wenig Personal erhalten habe. Man werde die Frage jedoch weiterleiten.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.

07. Schulwesen

A. Provisorische Schulorganisation 2025/2026: Fundamentalunterricht – Zyklen 1, 2, 3 und 4: Genehmigung

Rätin Smit-Thijs gibt an, dass es sich hier um die provisorische Schulorganisation für 2025/2026 handle, die am 19. Juni 2025 von der

Schulkommission genehmigt wurde. Aktuell seien 591 Schüler eingeschrieben. In der Früherziehung seien 68 Kinder angemeldet, die in 4 Klassen betreut werden. Hier habe man im Vergleich zum Vorjahr eine zusätzliche Klasse. Von diesen Schülern haben 32 Kinder die luxemburgische Staatsangehörigkeit, davon verstehen 9 kein Luxemburgisch und 14 sprechen kein Luxemburgisch. Insgesamt verstehen etwa 50% kein Luxemburgisch und fast 70% sprechen kein Luxemburgisch. Im Zyklus 2.1 gebe es hingegen nur noch sehr wenige Kinder, die kein Luxemburgisch verstehen oder sprechen, das sei unter anderem zurückzuführen auf die ausgezeichnete Arbeit in der Früherziehung und der Vorschule. Betreffend das erste Jahr der Vorschule seien 54 Kinder angemeldet. Davon hätten 31 die luxemburgische Staatsangehörigkeit. Von den 54 Schülern verstehen 13 kein Luxemburgisch, 5 sprechen es nicht. Im Zyklus 2.1 seien 60 Kinder angemeldet. Hier hätten 26 der 60 Schüler die luxemburgische Staatsangehörigkeit, 2 der 60 Schüler verstehen oder sprechen kein Luxemburgisch. Insgesamt seien die 523 eingeschriebenen, schulpflichtigen Kinder der Zyklen 1 bis 4 auf 36 Klassen verteilt, was einem Durchschnitt von 14,5 Kindern pro Klasse entspreche. Der Sozialindex sei von 0,1789 auf 0,1596 gesunken, Somit habe man weniger Stunden zur Verfügung.

Rätin Smit-Thijs führt aus, dass zudem ein pädagogisches Projekt mit einem Beauftragten der Musikschule der UGDA geplant sei. Hier würden 12 Klassen der Zyklen 2 und 3 während einem Trimester donnerstags vormittags 1 Stunde als Chor unterrichtet, dies entweder in der Schule oder der ArcA. Auch solle es vermehrt Synergien zur funktionaleren Nutzung der Infrastrukturen gebe.

Rätin Schares merkt an, zwei konkrete Fragen zum Dokument selbst zu haben. Müsse man beim Gebäude „Schoul beim Schlass“ nicht auch den Zyklus 4 erwähnen? Zudem wolle sie wissen, ob im Zyklus 4.1 alles wie geplant verlaufen sei, bei der Nominierung der Titulaire de classe, obwohl die Lehrkraft noch unbekannt sei. Insgesamt werden 591 Schüler in der Gemeinde unterrichtet, davon 272 Schüler in der Schule „Beim Schlass“. Im Laufe des Jahres wurden diese 272 Schüler nicht mehr gemeinsam in die Pause geschickt, sondern die Zyklen 3 und 4 wurden getrennt. Dies wurde auch so in der Schulorganisation und im Stundenplan übernommen. Warum musste dieser Schritt gemacht werden? Sind zu viele Kinder auf kleinem Raum? Oder sind Problemfälle dabei? Allgemein könne man auch in der Gesellschaft feststellen, dass viele Personen schneller gereizt seien und aggressiv reagieren. Habe die Maßnahme etwas gebracht oder nicht? Die Pause solle den Kindern ermöglichen, an die frische Luft zu kommen, den Kopf freizubekommen und sich auszutoben. Wenn dieses Austoben und die Bewegung fehlen, habe das sicherlich Auswirkungen auf die Schulstunden – sei es bei der Konzentration oder sogar bei der Aggressivität im Klassenzimmer. Solange also nicht mehr Platz im Schulhof zur Verfügung stehe, werde sich dieses Problem auch nicht lösen. Könne man nicht auf andere bestehende Strukturen zurückgreifen? Sie denke zum Beispiel an den Bereich vor oder neben der Schule. Auch hinter den Gemeindewerkstätten gebe es eine Wiese, auf der man wunderbar Fußball spielen könne. Nur 100 Meter entfernt befände sich der Eingang zum Dorfgarten, in dem man auch großartig laufen und spielen könne, ohne über Treppen zu stolpern. Außerdem werde der Dorfgarten auch im PEP unter den Infrastrukturen aufgeführt.

Rätin Schares erläutert, dass es Ausweichmöglichkeiten gebe. Sie wisse auch, dass dies mit Organisation und Aufwand verbunden sei, aber es handle sich um unsere Kinder. Daher müsse man eine Lösung finden, und zwar nicht erst in zehn Jahren, sondern für den Schulstart im September 2025.

Sie habe im Bericht der Schulkommission, gelesen, dass auch der Vorschlag auf dem Tisch liege, den Schulhof des neuen SEA zu benutzen. Die Kinder beklagen sich, dass sie nicht genug Platz haben, um das zu spielen, was sie



möchten, ohne dass es zu Streit komme, und die Eltern beklagen sich über die Treppen, weil schon wieder ein Kind gestürzt sei. Langfristig müsse aus ihrer Sicht die große Treppe dort verschwinden und stattdessen eine normale Treppe mit eventuell einer Rutsche oder anderen spannenden Dingen gebaut werden. Die Kinder hätten zu diesem Thema bestimmt viele gute Ideen.

Rätin Schares möchte kurz auf die aktuelle Situation von gestern eingehen;

die Kinder hätten eine Hitzefrei-Regelung bekommen und mussten mittags nicht zur Schule. Auf welcher Grundlage treffe man solche Entscheidungen? Werde die Temperatur in den verschiedenen Gebäuden und in den Klassenräumen gemessen? Es mache einen großen Unterschied, wie der Raum ausgerichtet sei.

Von Gemeinde zu Gemeinde sei auch der Zustand der Schulgebäude sehr unterschiedlich. Sollte es in den Gebäuden wirklich zu heiß sein, wäre es dann nicht sinnvoller, über besseren Sonnenschutz nachzudenken, und dies nicht nur an den Tagen mit offizieller Hitzewelle?

Rätin Schares möchte noch einen weiteren Punkt aufgreifen, den man letztes Jahr an dieser Stelle diskutiert habe. Es ging damals um den PDS (Plan de Développement Scolaire) und den Mangel an Kommunikation, den die Elternvertreter angesprochen hatten. Damals wurde angegeben, dass man sich informieren werde, wie die Kommunikation mit dem Schulkomitee laufe und wie wichtig es sei, den Eltern die Rolle der Elternvertreter zu erklären. Wenn jetzt im Oktober mit dem Schuljahr neue Elternvertreter gewählt werden, sei dann jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, diese Vorhaben umzusetzen, vielleicht mit einem Aufruf im Gemeindeblatt und einer kurzen Erklärung, oder schon sich mit den drei aktuell betroffenen Personen zusammen zu setzen, um zu klären, welche Informationen enthalten sein sollten, und dabei auch den Hinweis auf die anstehenden Wahlen der Elternvertreter im Oktober unterzubringen und dass sich alle Eltern melden können.

Rätin Smit-Thijs antwortet, dass die Entscheidung, ob man drei oder vier Klassen in der Früherziehung habe, nicht von der Gemeinde getroffen werde, sondern vom zuständigen Ministerium. Bezüglich der Pausen seien die Lehrkräfte nicht gezwungen, diese im Schulhof abzuhalten. Es gebe, wie Rätin Schares mit Recht angemerkt habe viele andere Möglichkeiten, die man nutzen könne. Die Treppen seien nicht ideal, aber auch anderen Zwecken dienlich wie als Sitzgelegenheit für Pausengespräche, da die Kinder so auch einen Platz zum Austausch hätten. Wie sie vorher schon erwähnt hat, sei es auch sinnvoll, vermehrt Synergien zu schaffen. Die Strukturen, die für Schule und SEA zur Verfügung stehen zum Beispiel, seien zu unterschiedlichen Zeiten belegt und dass sollte man ausnutzen. Auch im Schulhof des neuen SEA könne die Pause abgehalten werden. Man habe keine feste Richtlinie vom Ministerium bei Hitze. Die Schule könne auch nicht komplett geschlossen werden, da nicht jedes Kind zu Hause bleiben könne, auch wenn dies meist nur für wenige Kinder sei. Man arbeite hier eng mit dem Schulkomitee zusammen. Daher habe man sich dazu entschlossen, gestern auf diesen Weg zu gehen.

Bürgermeister De Smet gibt an, dass man das Hitzefrei in Absprache mit dem Schulpräsidenten beschlossen habe. Auch das Personal des SEA sei in Kenntnis gesetzt worden. Die Schule falle nur dann ganz aus, wenn die Bewältigung des Schulweges nicht möglich sei, sprich bei extremer Hitze, Überschwemmung oder Glatteis. Man könnte die Unterschiede zwischen Elternvertretung und Elternvereinigung im Rahmen des „Schoulbuet“ nochmals erklären.

Rat Weirich fragt nach, wie viele Kinder trotz hitzefrei in der Schule waren. Rätin Smit-Thijs habe die gute Arbeit bezüglich der luxemburgischen

Sprache im Zyklus 1 gelobt. Er könne ihr in diesem Punkt nur zustimmen. Die Schule erfülle ihren Bildungsauftrag und fördere auch das Sozialverhalten der Kinder. Schule sei immer noch ein Ort der Integration. Wie hoch sei die Zahl der schulpflichtigen Kinder die nicht den Fundamentalunterricht der Gemeinde besuchen. Gebe es einen Tag der offenen Tür in den Schulen? Er sei erfreut, dass das pädagogische Projekt in Zusammenarbeit mit der UGDA wieder stattfinde, und dies sogar in zwölf Klassen.

Rätin Smit-Thijs antwortet, dass man nur die Zahlen des SEA vorliegen habe. Morgens seien rund 25% der jüngeren Kinder nicht erschienen, bei den älteren Kindern seien es rund 35% gewesen. Mittags seien es rund 40% bei den jüngeren Kindern und rund 50% bei den älteren Kindern. Integration sei wichtig, jedoch hätten Eltern auch verschiedene Ansprüche, besonders die, die nur kurzzeitig in der Gemeinde leben. In der Früherziehung werden alle Eltern angeschrieben, davon nehmen rund 75% das Angebot an, dies werde im Verlauf aber weniger. Es gebe einen Tag der offenen Tür, dieser finde nächste Woche statt.

Rätin Schares fragt nach, ob man diesen Tag der offenen Tür nicht auf alle Gebäude ausweiten könne?

Rätin Smit-Thijs nimmt diese Anregung mit in die nächste Sitzung der Schulkommission.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

B. Plan für die außerschulische Betreuung (PEP) 2025/2026: Genehmigung

Rätin Smit-Thijs gibt an, dass es sich hier um den Plan für die außerschulische Betreuung, kurz PEP, für das Schuljahr 2025/2026 handele, der jedes Jahr aktualisiert werden müsse. Die Schulkommission habe diesen in ihrer Sitzung vom 19. Juni 2025 ebenfalls genehmigt. Sie will kurz auf die Änderungen eingehen. Die verantwortliche Person für den Schuldienst der Gemeinde wurde angepasst.

An dieser Stelle wolle sie Massimo Manzari herzlich für seine gute Arbeit im Schuldienst danken. Im Schuljahr 2025/2026 werden die Kinder aus Zyklus 1 im SEA „Beiestack“ betreut

und die Kinder aus den Zyklen 2–4 im neuen SEA „bei der Gemeng“. Es handele sich nur um kleinere Änderungen.

Rätin Schares hat eine Anmerkung zu Punkt 3 bezüglich der Stundenpläne. In der Tabelle zum Betreuungsangebot habe man überall „Hausaufgabenhilfe“ ergänzt. Sie denke, dass man diesen Zusatz bei den Zyklen 1.1 und 1.2 beiseitassen könne, da es in der Vorschule normalerweise keine Hausaufgaben gebe. Zum Punkt 4.1 bezüglich des Kinder-Gemeinderates wolle sie angeben, dass sie schon mehrmals von Kindern und Eltern gehört habe, dass die Kinder nicht wirklich mitbekämen, was aus ihren Projekten werde,

beziehungsweise handele es sich oft um Projekte, die sich sehr lange hinzögen. Bis zur Verwirklichung seien die jeweiligen Kinder nicht mehr im Kinder-Gemeinderat dabei und erführen nicht, was aus „ihrem“ Projekt geworden sei. Daher will sie nachfragen, wie die Kommunikation in diesem Zusammenhang gehandhabt werde? Bekommen die Schüler zwischendurch Informationen darüber, welche Projekte ausgewählt wurden und eine Erklärung, was umgesetzt wurde oder noch umgesetzt werde? Sie finde es auch schön, wenn nach außen kommuniziert würde, was die Kinder im Rahmen des Kinder-Gemeinderates so alles umsetzen, sprich wäre es möglich, eine

Liste aller Projekte zu bekommen, die in den letzten Jahren ausgewählt und verwirklicht wurden?

Rätin Smit-Thijs erläutert, dass die Kommunikation über die Projekte über die Kinder laufen solle. Die Kindergemeinderäte bringen die Anliegen ihrer Klasse mit in die Sitzungen und erzählen nach diesen ihren Klassenkameraden, was entschieden wurde. Die Betreuung laufe über zwei Lehrkräfte und Erzieher des SEA. Falls etwas nicht umgesetzt werden könne, werde dies auch immer begründet.

Bürgermeister De Smet fügt an, dass die Kommunikation seit diesem Jahr auch über Dimmi laufe. Man gebe die Anfrage nach einer Jahresbilanz weiter. In diesem Jahr habe man unter anderem das Projekt der mobilen Aschenbecher umgesetzt, da die herumliegenden Kippen den Schülern ein Dorn im Auge seien.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.

08. Les Centres pour Personnes Âgées

A. Mietvertrag bezüglich der Vermietung eines Duplex: Bestätigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es hier um den Mietvertrag einer Duplex Wohnung im Gebäude Dr. Sisy Lentz gehe. Der Mietvertrag sei bereits vom Verwaltungsausschuss des CPA genehmigt worden. Die Wohnfläche betrage 114m² und werde ab dem 15. Juli 2025 vermietet. Wie aus dem vorliegenden Vertrag hervorgehe, werde diese 2026 spätestens 2027 gekündigt, um substanzielle Arbeiten vornehmen zu können. Es handele sich um die Dienstwohnung des ehemaligen Hausmeisters, der mittlerweile in Rente sei. Es sei vorgesehen, hier weitere Wohnungen für ältere Mitbürger zu schaffen. Dieser Vertrag sei für die Übergangszeit geschlossen worden. Der Mieter kenne sowohl das Haus als auch die Bewohner gut, was diesen sicherlich zugutekomme. Aufgrund der begrenzten Vertragsdauer sei es nicht möglich gewesen hier eine Familie unterzubringen, wohlwissend, dass man zum gegebenen Zeitpunkt vielleicht nicht die passende Wohnung für eine Umsiedlung zur Verfügung habe. Aus diesem Grund habe man sich für den vorliegenden Mietvertrag entschieden. Die Miete selbst werde nachher dazu dienen, um Wohnungen zu sanieren.

Der Gemeinderat bestätigt diesen Punkt der Tagesordnung einstimmig.

09. Finanzen

A. Bürgerhaushalt: Bestätigung der Projekte

Bürgermeister De Smet erläutert, dass es sich hier um den Bürgerhaushalt und die damit einhergehende Projektprüfung handele. Im März 2024 sei die Verordnung betreffend den Bürgerhaushalt gestimmt worden und darauf konnten die Bürger schon ihre Projekte einreichen. In einer zweiten Phase wurde die Zulässigkeit und Durchführbarkeit geprüft, um die zugelassenen Projekte dann zur öffentlichen Abstimmung freizugeben. Ziel des Bürgerhaushaltes sei es, eine aktive Bürgerbeteiligung zu fördern, die die Lebensqualität in der Gemeinde verbessern solle. Es hätten sich sowohl Privatpersonen wie auch lokale Vereine beteiligt und er spricht den Teilnehmern an dieser Stelle seinen Dank aus. Insgesamt habe man zwölf Projekte erhalten, von denen man vier zurückbehalten und zur Abstimmung freigegeben habe. Einige Teilnehmer hätten mehrere Projekte eingereicht, was aber laut Verordnung nicht zulässig gewesen sei. Hier habe man dann die Teilnehmer selbst entscheiden lassen, mit welchem Projekt sie sich hätten beteiligen wollen. Für eine erste Auflage könne man zufrieden sein und er gehe auch davon

aus, dass bei der zweiten Auflage noch mehr Bürger und Vereine sich beteiligen werden und ihre Projekte einreichen.

Bürgermeister De Smet gibt nun die Resultate der Abstimmung bekannt. Den ersten Platz habe das Projekt eines Tischtennistisches im öffentlichen Raum belegt. Im neuen SEA sei ein solcher bereits vorgesehen, des Weiteren werde beim Multisportplatz beim Centre Atert ein solcher Tisch aufgestellt. Man nehme diese Idee auch mit in die Planung des Park Helfent. Den zweiten Platz habe das Projekt zum Aufstellen eines Defibrillators beim Boulo-drome belegt. Dies sei ein wichtiges Projekt, das Leben retten könne. Er beglückwünscht die Idee zu diesem Projekt und gibt an, dass man diese auch weiterführen und Defibrillatoren flächendeckend in der Gemeinde aufstellen lassen könne. Den dritten Platz habe das Projekt zur Optimierung des Shared Space erhalten. Nach zehn Jahren könne man eine sehr positive Bilanz ziehen. Das Shared Space sei eine sogenannte success story und ein Vorreiterprojekt, das sich viele Gemeinden abgeschaut hätten. Wie bei allem müsse man jedoch auch hier immer wieder hinterfragen und daher komme dieses Projekt wie gerufen. Die Aufforderung zu einer Analyse des Shared Space sei eine tolle Initiative. Den vierten Platz belegt ein Kiosk für den Park Helfent. Dieser müsse aufgewertet werden. Man arbeite daran und lasse die Idee eines Kiosks hier sicherlich mit einfließen. Da die Verordnung nicht ausschließe, dass man mehrere Projekte verwirkliche, habe man sich dazu entschlossen, die drei erstplatzierten Projekte umzusetzen, da man hierfür mit dem vorgesehenen Haushalt auskomme.

Rat Rauchs gibt an, dass die Installation ein wichtiger Schritt sei, der zweite sei aber die Information, wo diese sich befinden und wie man sie nutze. Er finde es auch wichtig, zeitnah eine Basis-Infrastruktur im Park Helfent vorzusehen, die auf lange Sicht ausbaufähig sei.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass man dies kurz- oder mittelfristig umsetzen werde. Man müsse jedoch noch prüfen, was machbar sei.

Rätin Schares findet den Bürgerhaushalt im Allgemeinen gut. Jedoch finde sie insgesamt 82 Stimmen etwas wenig, wie viele Bürger hätten abgestimmt? Man solle dieses Projekt unbedingt weiterführen, jedoch auch mehr Werbung dafür machen. Sie begrüßt die Installation von Defibrillatoren. Bezüglich des Tischtennistisches hoffe sie, dass man nicht nur einen, sondern mehrere installiere, auch im Park Helfent.

Bürgermeister De Smet gibt an, dass insgesamt 56 Bürger abgestimmt hätten.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

B. Ordentliche und außerordentliche Zuschüsse für lokale Vereine und andere

Schöffe Lang führt aus, dass die vorliegende Tabelle am 18. Juni 2025 in der Finanzkommission im Detail vorgestellt wurde. Die Subventionen, die jedes Jahr ausgezahlt werden, zeigen die Wichtigkeit und Wertschätzung, die der Schöffen- und Gemeinderat den lokalen Vereinen und Vereinigungen entgegenbringe, da sie einen sehr großen Beitrag in der Gemeinde leisten. Er will die Bewertungskriterien kurz erläutern, da diese die Pfeiler der Subventionsvergabe seien. Man bewerte sowohl die Mitgliederzahl, die Aktivitäten des Vereins in der Gemeinde Bartringen, die Teilnahme an den Aktivitäten der Gemeinde Bartringen selbst sowie die Anzahl qualifizierter Trainer. Der Gesamtbetrag der Subventionen belaufe sich in diesem Jahr auf 107.500 Euro, davon seien 47.500 Euro für die allgemeinen Subventionen und 60.000 Euro für den pädagogischen Bereich (travail éducatif) vorgesehen. Besonders hervorzuheben sei, dass dieser Betrag von ursprünglich 40.000 Euro auf

60.000 Euro erhöht wurde, um der Jugendarbeit in den Vereinen Rechnung zu tragen – denn diese Arbeit sei, da seien sich alle Gemeinderäte einig, ein ganz zentraler Bestandteil der Vereinsarbeit. Neben den ordentlichen Subventionen zahle die Gemeinde Bartringen auch außerordentliche Subventionen. Er möchte hier einige Beispiele aufzählen. So gewähre man einen Zuschuss von 16.600 Euro im Rahmen der Teilnahme an den United World Games in Klagfurt, bei denen Bartringen mit Jugendmannschaften des BBC Sparta, des FC Sporting und des Volley Bartreng vertreten war.

Es sei nicht nur sportlich ein Erfolg gewesen was die Ergebnisse betreffe, sondern auch menschlich eine großartige Erfahrung. Damit die lokalen Vereine so gut funktionieren können, seien alle freiwilligen Helfer unersetzlich. Das wisse man zu schätzen. Die Gemeinde arbeite nun auch mit der Agence du Bénévolat zusammen. Ein weiterer Beweis für die Wertschätzung der Freiwilligenarbeit sei der Ende letzten Jahres veranstaltete Abend zu Ehren eben-dieser.

Schöffe Lang möchte neben den finanziellen Subventionen auch die indirekten Subventionen kurz erwähnen, die für ein aktives Vereinsleben sehr wichtig seien. Dies sei zum Beispiel die Bereitstellung von Räumlichkeiten wie der Sporthalle Niki Bettendorf, des Centre Atert, der ArcA, den Sälen im neuen Centre Bureck. An dieser Stelle gelte der Dank auch allen Pfortnern der Gemeinde, die eine wichtige Arbeit für die Vereine leisten. Es sei zudem ab September vorgesehen, dass die Gemeinde Bartringen den Vereinen einen Kleinbus zur Verfügung stelle, um an Wochenenden zu Auswärtsspielen und -veranstaltungen zu fahren.

Damit komme man einer konkreten Nachfrage mehrerer Vereine nach, für die dies eine große Hilfe darstelle.

Bürgermeister De Smet ergänzt, dass der Bus allen Vereinen zur Verfügung gestellt werde, nicht nur den Sportvereinen. Außerdem wolle er anmerken, dass das, was er vor Kurzem während einer Generalversammlung eines Sportvereins erlebt habe, so nicht tragbar sei. Er spreche eine Verwarnung aus und die Verantwortlichen hätten sich auch entschuldigt. Jedoch wolle er hier in aller Deutlichkeit sagen, dass man solches Verhalten, sollte es noch einmal vorkommen, auch mit dem Entzug der Subventionierung sanktionieren werde.

Rätin Schares gibt an, dass ihre Fraktion es begrüße, dass das Budget für die pädagogische Arbeit erhöht worden sei, um die Jugendarbeit in den Vereinen weiter zu fördern. Man freue sich darüber, dass man viele aktive Vereine im Dorf habe, die weiterhin motiviert und engagiert ihre Aktivitäten planen und durchführen.

Neben der finanziellen Unterstützung werde natürlich auch immer viel Material, Infrastruktur und Technik benötigt. Bei jeder Generalversammlung werde der Gemeinde für all diese Unterstützung gedankt. Spreche man jedoch direkt mit den Verantwortlichen der Vereine, merke man manchmal, dass es hier und dort noch ein wenig hake, und dass manche Ehrenamtliche plötzlich ein wenig die Lust verlören. Vielleicht wäre es sinnvoll, eine Inventarliste des gesamten Materials zu erstellen, das die Gemeinde besitze, vom Grill über Zelte bis zur Musikanlage, mit einer Übersicht, wo sich was befinde.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass die Saalvermietung bis zum Jahresende online ablaufen solle. In diesem Zusammenhang solle den Vereinen auch die Möglichkeit gegeben werden, ihre internen Informationen selbst zu verwalten. In einem zweiten Schritt werde man auch die Subventionsanfragen online einreichen können.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

C. MultiCulti 2025: Subvention

Schöffe Lang erklärt, dass die Veranstaltung MultiCulti, die am 9. Mai 2025 im Centre Atert stattgefunden habe, erneut ein großer Erfolg gewesen sei. Dieses Fest sei seit Jahren ein fester Bestandteil der Aktivitäten der Kommission für interkulturelles Zusammenleben. Auch in diesem Jahr schlage man daher erneut eine Spende in Höhe von 2.000 Euro an die Organisation „Stëmm vun der Strooss asbl“ vor.

Rätin Schares fragt nach, ob die Höhe der Spende nach den Einnahmen berechnet werde.

Schöffe Lang bestätigt dies.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.

D. Bartreng beweegt sech 2025: Subvention

Schöffe Lang gibt an, dass die Veranstaltung „Bartreng beweegt sech“ im Rahmen der „Nuit du Sport“ am 14. Juni 2025 stattgefunden habe. Es habe sich bereits um die 21. Ausgabe gehandelt und auch diese sei wieder sehr gut besucht und ein voller Erfolg gewesen, was folgende Zahlen belegen. Insgesamt haben 837 Personen teilgenommen, bei der „Nuit du Sport“ seien es 690 gewesen, 301 Erwachsene und 389 Kinder. Pro zurückgelegten Kilometer spende die Gemeinde Bartringen 0,50 Euro, diese Summe werde von den beiden Sponsoren Belle Etoile und City Concorde um 500 Euro pro Spendenempfänger aufgestockt. Die Spenden in Höhe von jeweils 2.095 Euro gehen in diesem Jahr an die Vereinigung ZAK (Zesummen aktiv) und ALGSO (Association Luxembourgeoise des Groupes Sportifs Oncologiques). Er will außerdem mitteilen, dass der Beitrag der Gemeinde Bartringen pro gelaufenem Kilometer im nächsten Jahr von 0,50 Euro auf 1,00 Euro erhöht werde.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

10. Projekte

A. Kostenvoranschlag bezüglich der Arbeiten der Instandsetzung des Weges zwischen Grevelsbarrière und Leudelingen-Bahnhof: Genehmigung

Bürgermeister De Smet gibt an, dass es sich bei diesem Punkt um den Kostenvoranschlag betreffend den Weg zwischen Grevelsbarrière und Leudelingen-Gare handle. Bereits am 29. November 2024 habe man im Gemeinderat einen Kostenvoranschlag der ASTA betreffend die Instandsetzung der Feldwege in Höhe von 133.000 Euro gestimmt. Laut vorliegendem Plan sei dies für die Streckenabschnitte 1 und 2 gedacht, sprich von der route de Longwy bis hin zum Waldrand. Der nun vorliegende Kostenvoranschlag betreffe die Streckenabschnitte 3 und 4, die man in enger Zusammenarbeit mit dem hiesigen Förster umsetzen werde. Die Waldwege werde man neu anlegen, dies mit Sedimentgestein, was dem Kalkstein sehr ähnlich sei und sich daher gut eigne, um befestigte Wege im Wald anzulegen, die mit dem Fahrrad problemlos befahrbar seien. Aufgrund der Radtauglichkeit werde man die Wege auch breiter anlegen. Insgesamt handle es sich um 1,2 Kilometer, die für die Summe von 198.900 Euro neu angelegt werden. Man nutze die Gelegenheit, um eine Brücke über den Bachlauf zu bauen. Hier spreche er dem Förster und seiner Mannschaft seinen Dank aus, da diese die Brücke mit Holz aus den hiesigen Wäldern bauen werden. Man habe drei Angebote eingeholt und das Billigste zurückbehalten.

Rätin Schares fragt nach, ob man dann auch noch einen Kostenvoranschlag für die Punkte 5 und 6 erhalten werde? Diese seien hier nicht berücksichtigt worden.

Bürgermeister De Smet gibt an, dass die Anschnitt 5 und 6 in die Zuständigkeit der Gemeinde Leudelingen falle. In diesem Zusammenhang wolle er auch angeben, dass man auf Höhe der Gréivelsbarrière sowohl einen Fußgängerüberweg als auch eine Bushaltestelle errichten werde. Er könne noch keinen genauen Termin nennen, jedoch solle dies kurzfristig von der Straßenbauverwaltung umgesetzt werden.

Dieser Punkt der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

B. Kostenvoranschlag bezüglich der Instandsetzung eines Fußgängerweges entlang der route de Longwy: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich hier um die Anlegung eines Fußgängerweges entlang der route de Longwy handele. Die Verwirklichung dieses Projektes werde viele Bürger erfreuen. Vor einer Zeit habe es eine andere Variante gegeben, die aber leider nicht umsetzbar war. Für dieses Projekt habe man ein Grundsatzabkommen mit dem Besitzer der benötigten Parzellen. Dieser Fußgängerweg werde definitiv für mehr Sicherheit sorgen und die aktive Mobilität fördern. Außerdem ermögliche diese Verbindung es, schneller und bequemer das Dorfzentrum zu erreichen. Man erhalte die bestehenden Bäume und schütze die Wurzeln mittels Brücken. Eine kalifornische Mauer schütze wiederum die Fußgänger. Sowohl die Attraktivität als auch die Sicherheit der Fortbewegung zu Fuß oder mit dem Fahrrad spielen weiterhin eine wesentliche Rolle und schreibe sich in die Politik ein, die man die letzten Jahre kontinuierlich betrieben habe. Der neue Fußweg werde zudem PEM-gerecht sein. Insgesamt handele es sich um 350 Meter mit einem Kostenpunkt von 850.000 Euro. Die Arbeiten sollen nach dem Kollektivurlaub 2026 beginnen.

Rat Weirich gibt an, dass seine Fraktion dieses Projekt begrüße, das nach etlichen Jahren nun umgesetzt werden könne. Es sei jedoch schade, dass es sich um einen reinen Fußgängerweg handele, der nicht für Fahrräder gedacht sei, aber manchmal sei eben nicht alles möglich.

Bürgermeister De Smet ergänzt, dass man die vorgeschriebene Breite, die für Fahrräder vorhanden sein müsse, nicht erreiche.

Schöffe Colabianchi fügt hinzu, dass man mehrere Varianten vorliegen gehabt habe, keine sei umsetzbar gewesen da es letztlich entweder daran scheiterte, dass Eigentümer ihre Parzelle nicht verkaufen wollten oder dass die zuständige Behörde ihre Zustimmung nicht gab. Hier habe ein Umdenken stattgefunden, was zu begrüßen sei.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

C. Kostenvoranschlag bezüglich der Instandsetzung eines „Verkéiersgaart“ in Bartringen: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erläutert, dass es sich hier um den Spielplatz in der rue des Aubépines handele. Dieser sei in einem schlechten Zustand und daher schon seit längerem geschlossen. Man habe alle Spielplätze unter die Lupe genommen und klare Prioritäten gesetzt, welche Spielplätze man zuerst überarbeiten wolle. Er sei sich bewusst, dass dies Zeit in Anspruch genommen habe, jedoch sei er überzeugt, dass sich das Warten lohnen werde. Der besagte Spielplatz werde als Verkehrsgarten angelegt, wo die Kleinsten der Gesellschaft Fahrrad fahren, und die Verkehrsregeln lernen können, dies in einem sicheren und naturnahen Umfeld. Der Spielplatz werde PEM-gerecht

eingerrichtet und solle den Kindern auf eine spielerische Art und Weise das Radfahren näherbringen. Es werde ein kleiner Verkehrspark mit richtigen Straßenschildern errichtet, wo man verschiedene Verkehrssituationen simulieren kann. Zudem werde man auch Ampeln und Zebrastreifen integrieren. Nebst dem Verkehrsgarten werde man aber auch drei Spieltürme errichten, die mit Brücken und Netzen miteinander verbunden sind. Damit man sich nach dem Spielen auch etwas ausruhen kann, seien auch Bänke sowie eine Radstation, um das Fahrrad zu reparieren und die Reifen aufzupumpen, vorgesehen. Es sei dem Schöfferrat wichtig gewesen, auch die pädagogische Komponente miteinzubringen, bei der man spielerisch die Verkehrsregeln vermitteln könne, zum Beispiel durch ein Gedächtnisspiel über die Regeln der Straßenverkehrsordnung. Man habe auch viel Wert daraufgelegt, natürliche Materialien zu benutzen, die einerseits wasserdurchlässig sind und andererseits die Biodiversität fördern sollen. Man werde auch zusätzliche Bäume als Schattenspender pflanzen. Der Kostenpunkt belaufe sich auf rund 530.000 Euro. Es handele sich hier um eine substanzielle Summe, jedoch bewege man sich für die anfallenden Arbeiten in einem angemessenen Rahmen. Spielplätze seien teuer, wenn man sich jedoch den Zweck vor Augen halte, so sei dieses Projekt jeden Cent wert, um bereits den Kleinsten der Gemeinschaft das Radfahren von klein auf näherzubringen und das Fahren in einem sicheren Rahmen erlernen zu können. Eine Aussage der Opposition habe ihn auch zum Schmunzeln gebracht. Es sei darum gegangen, dass man Spielplätze auch kurzfristig wiederherrichten müsse, um diese nutzbar zu machen. Die Devise sei immer noch, Projekte überlegt und nach den Regeln der Kunst umzusetzen und nicht überstürzt zu handeln.

Rätin Schares merkt an, dass es sich hier um ein Projekt vorrangig für Kinder im Kleinkindalter handele. Mit den vorliegenden schematischen Darstellungen sei es schwer, sich die Realität vorzustellen.

Wie breit seien die eingezeichneten Straßen und welche Fläche habe der Spielplatz? Werde dieser ohne Wege und ohne Ruhebereiche gestaltet? Ihrer Meinung nach sei der Platz wohl in erster Linie für Laufräder und kleine Fahrräder gedacht. Der Standort erscheine ihr zu klein, um ihn als echten Verkehrsgarten zu betrachten. Ihres Erachtens sei es eher ein Spielplatz zum Thema Verkehr, da sie unter einem Verkehrsgarten etwas Größeres verstehe, wo auch ältere Kinder mit ihren größeren Fahrrädern unterschiedliche Verkehrssituationen üben und ihre Geschicklichkeit und ihr Gleichgewicht trainieren könnten. Der Ort erscheine ihr zudem unpassend für das Konzept, da er abgelegen in einem Wohnviertel liege und nur ein schmaler Weg zum Eingang führe. Schikanen seien in Ordnung, müssten aber auch für ein Cargobike passierbar sein. Der Spielplatz liege eingebettet in einem Innenhof von Wohnhäusern. Mit solch einem besonderen Konzept wolle man doch viele Menschen ansprechen, das führe zu Lärm für die Nachbarn. Sie finde die Idee eines Verkehrsgartens sehr wichtig, dieses Konzept müsse aber richtig durchdacht und für alle Generationen sein, auf einem offeneren und sichtbaren Platz.

Rätin Schares merkt an, dass der Schöfferrat schon seit zwei Jahren von einem Gesamtkonzept für die Spielplätze spreche, das ausgearbeitet werden solle. Sei dieser Spielplatz nun ein Teil davon? Ein Konzept bedeute für sie, dass man alle Spielplätze lokalisieren müsse, sowohl die funktionierenden als auch die alten, verlassenen, die heute nur noch Wiesen seien. Man müsse herausfinden, wo was für welches Alter gebraucht werde, verschiedene Themen abdecken usw. Jetzt liege ein konkreter Plan vor für einen Spielplatz.

Sei dieser Teil des Gesamtkonzepts oder habe man an diesem Standort jetzt einfach etwas machen müssen.

Falls es ein Teil eines Konzepts sei würde sie gern Einblick in das restliche Konzept erhalten. Außerdem will sie anmerken, wenn man jetzt einen

Spielplatz für eine halbe Million Euro errichten wolle, dann sei der gesamte Haushaltsposten für 2025 aufgebraucht. Dann sei die Summe, die man gemeinsam gestimmt habe, nur in diesen einen Spielplatz geflossen, jedoch nichts in eine Gesamtstudie?

Bürgermeister De Smet antwortet, dass man in der Gemeinde über 30 Spielplätze habe. Irgendwo müsse man anfangen und die Wahl sei aus den vorher genannten Gründen auf diesen Spielplatz gefallen. Der Verkehrsgarten sei extra auf die Jüngsten der Gemeinschaft angepasst worden und die Lage sei für dieses Alter ideal, eben da sie sich in einem Wohnviertel befinde und nicht entlang einer Hauptstraße. Man müsse auch eine Bestandaufnahme der unterirdischen Infrastrukturen tätigen sowie den zu erfüllenden Auflagen des Umweltministeriums Rechnung tragen. Die Bestandsaufnahme der Spielplätze werde man in einer nächsten Arbeitssitzung des Gemeinderates vorstellen. Zudem erhalte die Gemeinde jedes Jahr das Label „Sécher Spillplatz“. Sollte man dieses für einen Spielplatz nicht erhalten, sei klar, dass man diesen dann wieder auf Vordermann bringe. So könne man auch punktuell eingreifen, ohne einen kompletten Spielplatz überarbeiten zu müssen.

Rat Weirich merkt an, dass ihm dieser Spielplatz am Herzen liege und er sei erfreut, dass dieser nun überarbeitet werde. Die Ausgangslage sei nun klar. Gebe es nicht die Möglichkeit, eine Aufschlüsselung der Spielplätze nach Alterskategorie zu veröffentlichen? Außerdem wolle er noch fragen, von welchem Zeitraum die Rede sei.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass alle Spielplätze der Gemeinde in der App „Spillplatz.lu“ einzusehen seien. Man arbeite aber auch an einer Karte der Gemeinde, auf der nicht nur die Spielplätze eingezeichnet werden, sondern auch andere wichtige Infrastrukturen. Heute werde das Projekt gestimmt, dann werde man dieses ausschreiben, so dass man voraussichtlich nächstes Jahr anfangen könne.

Rat Miller fügt an, dass ein solcher Spielplatz wichtig sei, um den Kleinsten bereits das richtige Verhalten auf dem Fahrrad beizubringen. Dies sei auch ein Teil vom sicheren Schulweg und davon, dass man eine fahrradfreundliche Gemeinde werden wolle.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

D. Kostenvoranschlag bezüglich der Verwirklichung einer Unterführung für die sanfte Mobilität zwischen der rue Charles Schwall und der Cité am Wenkel: Genehmigung

Bürgermeister De Smet führt aus, dass es sich hier um ein weiteres Projekt handele, das die aktive Mobilität unterstützen und fördern solle. Zudem solle es die Trennung des Dorfs durch die Bahngleise aufbrechen und für eine bessere Nord-Süd Verbindung sorgen. Neben der Überführung solle auch eine unterirdische Verbindung gebaut werden, die die Cité am Wenkel mit der rue Charles Schwall verbinde. Diese Straße werde rege für die Anbindung an die Europaschule und das Lyzeum in Mamer genutzt. Die Ausgangsidee sowohl für die Über- als auch die Unterführung war, eine sichere Passiermöglichkeit für Fußgänger und Radfahrer zu schaffen, ohne die Gleise überqueren zu müssen. Man habe analysieren lassen, was technisch machbar sei und wo die Gemeinde die benötigten Ländereien zur Umsetzung der Projekte habe. Schlussendlich habe es bei der Unterführung zwei Varianten gegeben, einmal mit und einmal ohne Rampe. Hier gebe es nicht unwesentliche, technische Einschränkungen, die auch einen substanziellen Impakt auf den Kostenpunkt des Projektes hätten. Somit werde die Unterführung in einer ersten Phase ohne Rampe gebaut. Man habe sich dazu entschieden, da man bei den Rampen sonst zu steile Abgänge habe. Zudem bringe die Einschränkung der Parzelle mit sich, dass man teils 90 Grad Kurven bauen

müsste, die nicht nur mit dem Rad nicht gut zu fahren seien, sondern auch zu gefährlichen Situationen führen könnten. Man werde aber Aufzüge installieren und auch die Treppenhäuser mit Radrinnen versehen, um diese Variante der Unterführung auch weiterhin für Radfahrer attraktiv zu gestalten. Außerdem sei die Unterführung auch PEM-gerecht. Zusätzlich werde man auch in der rue Charles Schwall verkehrsberuhigende Maßnahmen schaffen.

Bürgermeister De Smet erklärt, dass die Variante mit Rampe Zusatzkosten von 1,3 Millionen Euro verursacht hätte, eine nicht geringe Summe für eine nicht optimale Variante. Man dürfe außerdem nicht außer Acht lassen, dass auch Kosten der CFL anfielen. Dies seien 900.000 Euro für die Variante mit Rampe, jedoch nur 510.000 Euro für die Unterführung ohne Rampe. Für den Bau der Unterführung müsse man die Oberleitungen verlegen, die Kosten dafür trage die Gemeinde. Die Rampen könne man zu einem späteren Zeitpunkt noch bauen, da dies technisch möglich bleibe. Insgesamt belaufen sich die Kosten bei diesem Projekt auf 4,2 Millionen Euro inklusive Mehrwertsteuer.

Bürgermeister De Smet merkt an, dass die Arbeiten Anfang 2027 beginnen und im Frühjahr 2028 fertiggestellt werden sollen. Bei solchen Großbaustellen müsse man die Schließung der Bahnstrecke zwei Jahre im Voraus beantragen. Aktuell greife man daher auf die bereits von der CFL vorgesehenen Schließungen zurück. Er wolle den Verantwortlichen der CFL an dieser Stelle seinen Dank für die konstruktiven Gespräche und Hilfsstellung ausdrücken. Mit dieser dauerhaften und sicheren Verbindung für Radfahrer und Fußgänger werde die Infrastruktur noch attraktiver und zudem sicherer.

Rätin Schares führt aus, dass man dem Schöffenrat zwei Varianten vorgelegt habe und dieser sich für die ohne Rampe entschieden und entsprechend den endgültigen Vorentwurf ausgearbeitet habe.

Sie hätte sich eher für das Projekt mit den Rampen entschieden, ganz einfach weil es vollständiger gewirkt habe. Sie verstehe die Bedenken, dass es auf den Rampen gefährlich werden könne, wenn sich zwei Personen mit Geschwindigkeit kreuzen. Aber durch Regeln, gegenseitigen Respekt, Markierungen am Boden oder eventuell einem Knopf zum Drücken, mit dem signalisiert wird, dass jemand von der anderen Seite unterwegs ist hätte man weitere Möglichkeiten gehabt. Es handele sich bereits um eine beträchtliche Summe für dieses Projekt und das dann nur für Aufzüge und Treppen. Dann könnte man auch die 1,2 Millionen Euro zusätzlich investieren und hätte gleich etwas Richtiges. Man gebe für ganz andere Dinge Geld aus, deshalb finde sie diese Investition hier wirklich sinnvoll. Jedoch gehe sie davon aus, dass die Entscheidung endgültig sei. Ihre Fraktion werde sie auch mittragen, weil es wichtig sei, an dieser Stelle etwas zu unternehmen. Trotzdem sollte man nochmals überlegen, wie man den Fahrradfahrern entgegenkommen könne. Es gebe bestimmt kreativere und innovativere Lösungen, um ein Fahrrad über die Treppe zu bekommen, als nur eine kleine Schiene. Wie wäre es zum Beispiel mit einer Art Förderband? Beim Hinunterfahren werde gebremst, beim Hinaufgehen helfe ein kleiner Motor. Zudem fragt sie sich, ob die Treppe wirklich um die Ecke gehen müsse. Oder sei es platztechnisch nicht anders möglich? Beim Aufzug könne man vielleicht eine Vorrichtung vorsehen, um das Fahrrad vertikal einstellen zu können? Eine weitere Anregung ihrerseits sei, sich mit den Kollegen aus Serfaus auszutauschen, um in Erfahrung zu bringen, wie sich im Sommer die Handhabung der Fahrräder in den Gondeln gestalte.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass man sich die von Rätin Schares angesprochenen motorisierten Förderbänder auch angesehen habe. Hier werde man sicherlich noch Anpassungen vornehmen. Die Unterführung selbst wolle man spielerischer gestalten. Was man nicht vergessen dürfe sei, dass man dieses Projekt ohne staatliche Zuschüsse umsetze.

Rätin Damjanovic gibt an, dass sie als Anwohnerin der rue Charles Schwall über dieses Projekt erfreut sei. Man erlebe fast täglich, dass Menschen unter den geschlossenen Schranken hindurch laufen, da sie nicht so lange warten wollen. Dies sei eine Verbesserung der Sicherheit.

Schöffe Lang fügt hinzu, dass man nicht nur die Unterführung plane, sondern auch die Überführung über die Bahngleise.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

11. Stadtplanung

A. Punktuelle Änderung des PAG „Brill“: Genehmigung

Bürgermeister De Smet gibt an, dass es sich bei diesem Punkt um die punktuelle Änderung des PAG Brill handele. Bereits in der Gemeinderatssitzung vom 27. September 2024 habe man hier das Verfahren eingeleitet. Er wolle eine kurze Zusammenfassung dessen geben, was sich alles getan habe. Die Entwicklung dieses Teils des Bebauungsplans habe eine lange Geschichte und konnte im Wesentlichen aufgrund der Eigentumsverhältnisse nicht umgesetzt werden. Ziel dieser Ansiedlung sei es, betreutes Seniorenwohnen und regulären Wohnungsbau zu ermöglichen. Am 28. September 2017 sei der damalige Gemeinderat erstmals mit der punktuellen Änderung des PAG Brill befasst worden, um diese in das Verfahren zu geben und eine Einspruchsphase zu starten. Dies wurde einstimmig beschlossen. Am 8. Dezember 2017 wurde über die punktuelle Änderung des PAG abgestimmt. Anfang 2018 seien dann die Genehmigungen durch das Umwelt- und Innenministerium erfolgt. Daraufhin sei der PAP Brill ausgearbeitet worden, dessen erste Version bereits Anfang 2019 ins Verfahren ging, bevor im November 2019 eine überarbeitete Version eingereicht wurde. Am 8. Mai 2020 wurde der PAP Brill vom Gemeinderat einstimmig angenommen. Alle Anwesenden wüssten, dass die Umsetzung dieses PAP daran gescheitert sei, dass eine einvernehmliche Umlegung aufgrund eines Eigentümers nicht möglich war, der nicht am Projekt teilnehmen wollte. Um den Eigentumsverhältnissen besser Rechnung zu tragen, sei das Ziel gewesen, eine städtebauliche Lösung zu finden, die mit der bestehenden Cité am Wénkel harmoniere und ein lebendiges Viertel für Jung und Alt schaffe.

Bürgermeister De Smet erklärt, dass sich die punktuelle Änderung hauptsächlich auf den graphischen Teil beziehe, in dem die Zone „zone d’habitation – Troisième âge“ (HAB-TA), also betreutes Seniorenwohnen, nach Norden verschoben werde, um den PAP umsetzbar zu machen – in zwei Phasen, wobei die Problematik der Eigentumsverhältnisse geklärt sei. Im schriftlichen Teil werde man ebenfalls Anpassungen vorsehen, insbesondere dass in der HAB-TA-Zone mindestens 5 % der Bruttobaufläche (SCB) für Geschäfte, medizinische und administrative Dienstleistungen oder sonstige Aktivitäten, die mit den Bedürfnissen des Viertels in Verbindung stehen, vorgesehen sein müssten. Zusätzlich werde im Artikel über die Grünstreifen-dienstbarkeit aufgenommen, dass man die Rückhaltebecken ökologisch und naturnah anlegen werde.

Bürgermeister De Smet führt weiter aus, dass der Schöffenrat weiterhin an seiner damaligen Aussage festhalte, dass eine zweite südliche Phase nur realisiert werden könne, wenn eine Zufahrt über die rue des Champs möglich sei. In ihrer Stellungnahme vom 7. April 2025 habe die commission d’aménagement eine grundsätzlich positive Stellungnahme gegeben. Es habe ein Missverständnis bezüglich des gültigen PAP gegeben. Dies wurde mit dem Ministerium geklärt und sei nun in Ordnung. Im Erläuterungsbericht wurde klar dargelegt, dass durch die punktuelle Änderung der alte PAP aufgehoben werde. Zwar wurde eine falsche Referenznummer verwendet, jedoch sei der Weg grundsätzlich frei, um einen komplett neuen PAP auszuarbeiten.

Auch textlich wurde eine Anpassung betreffend die Dienstleistungen vorgenommen, die auf dem Gelände angeboten werden dürfen – diese müssen im direkten Zusammenhang mit der HAB-TA-Zone stehen. Weitere Anmerkungen zur punktuellen Änderung habe die Kommission nicht geäußert. Am 9. Oktober 2024 habe zudem eine Informationsversammlung stattgefunden. Man habe sowohl die punktuelle Änderung des PAG sowie den neuen PAP parallel ins Verfahren gegeben. Es sei dem Schöffenrat wichtig gewesen, keine Verwirrung bei den Bürgern zu stiften und für mehr Transparenz bei den teils komplexen Verfahren zu sorgen. Man habe großen Wert daraufgelegt, Fristen und Verfahren zu erklären, damit jeder die Möglichkeit hatte, die Akte einzusehen und Anregungen einzubringen. Darüber hinaus sei die Informationsversammlung gut besucht worden. Die Bürger konnten ihre Fragen stellen und hätten auf alles eine Antwort erhalten.

Bürgermeister De Smet fährt fort, dass die Bürger ihre Einsprüche zwischen dem 4. Oktober und dem 4. November 2024 hätten einreichen können. Insgesamt seien sechs Einsprüche eingegangen, davon einer gegen die punktuelle Änderung des PAG Brill, die anderen fünf haben den PAP selbst betroffen. Er werde später ausführlicher darauf zurückkommen. Alle Reklamanten seien zu einer Besprechung am 28. April 2025 eingeladen worden, obwohl eigentlich nur jene hätten eingeladen werden müssen, die Einspruch im Rahmen des PAG eingelegt haben. Es sei dem Schöffenrat aber wichtig gewesen, offen mit den Bürgern zu sprechen, ihnen zuzuhören und entsprechende Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Bürgermeister De Smet will auf die eingegangenen Einwände zu sprechen kommen. Ein Einwand war, dass man keine Informationen zur 2. Phase herausgegeben habe. Das sei nicht ganz richtig, denn diese seien in der vorbereitenden Studie, im Masterplan und im Erläuterungsbericht zum PAP-Projekt zu finden gewesen. Der Schöffenrat halte an seiner Position fest, dass die zweite Phase nur dann umgesetzt werden könne, wenn die zweite Zufahrt möglich sei. Für die zweite Phase werde zudem ein separater PAP ausgearbeitet, bei dem die Bürger ihre Anregungen einbringen können. Betreffend die Mobilität und den Verkehr habe man auch Beanstandungen erhalten. So hätten alle Reklamanten Bedenken bezüglich des Verkehrs und der steigenden Fahrzeuganzahl gemacht. Die Straße in der Cité am Wénkel, die zum Brill führt, gelte als Sammelstraße und sei mit 5,5 m Breite schon so ausgelegt, um den Verkehr aufzunehmen zu können. Man müsse sich auch daran erinnern, dass beim ursprünglichen Entwurf der Cité am Wénkel eine Straßenführung für ein zukünftiges Viertel wie Brill bereits vorgesehen war. Außerdem habe man Verkehrsberuhigungsmaßnahmen geplant – drei sanfte Bodenwellen (Sinus-Erhöhlungen) auf der Sammelstraße der Cité am Wénkel, im Sinne der Sicherheit und zur Geschwindigkeitsreduktion. Diese Pläne wurden den Anwohnern gezeigt und sollen bald umgesetzt werden. In Bezug auf Lärm, Staub und allgemeine Schäden werde man im Rahmen der Ausführungsvereinbarung zum PAP die Installation von Lärmschutz- und Staubschutzwänden vorsehen, um die Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten.

Bürgermeister De Smet gibt eine kurze Zusammenfassung der Änderungen durch die punktuelle Änderung des PAG. Man passe die HAB-TA-Zone und die HAB-1-Zone an. Außerdem reduziere man den Baudichte-Koeffizienten in der HAB-TA-Zone aufgrund der Vergrößerung dieser Zone. Es gebe eine punktuelle Anpassung der Dienstbarkeit „Ecran de verdure“ (Grünstreifen) an das PAP-Projekt. Letztlich passe man den Masterplan an und hebe den aktuellen PAP auf.

Abschließend merkt Bürgermeister De Smet an, dass die Komplikationen bei der Umsetzung des aktuellen PAP dazu geführt haben, das Projekt neu zu denken und zu planen. Aus Sicht des Schöffenrats werde dies zu einer

wesentlichen Verbesserung des Projekts führen, die sich städtebaulich besser integrieren werde.

Dieser Punkt der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

B. PAP neues Viertel „Brill 2.0“: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich bei diesem Punkt um den PAP „Brill 2.0“ handle und der diesen kurz vorstellen wolle. Bezüglich des städtebaulichen Konzepts sei der neue PAP auf der Grundlage des alten PAP erstellt worden, wobei es dem Schöffenrat wichtig gewesen sei, dass bei einer Überarbeitung des PAP in jedem Fall eine Verbesserung des Projekts erzielt werde. Diese Haltung sei auch von der hiesigen Kommission der Bauten, der Stadtplanung und der kommunalen Gestaltung bestätigt worden. Das Projekt sei mehrmals auf der Konsultationsplattform des Ministeriums diskutiert worden und man habe den Vorschlägen verschiedener Ministerien und Verwaltungen Rechnung getragen. Das Gelände umfasse eine Fläche von insgesamt 2,16 Hektar, wobei ein Teil in einer HAB-1-Zone und ein weiterer in einer HAB-TA-Zone liege. Beide werden von einem PAP-NQ-Bereich überlagert. In diesem PAP seien 23 Lose vorgesehen, auf denen Folgendes entstehen solle:

- In der Zone für Seniorenwohnungen sollen in zwei Gebäudeblöcken insgesamt 114 Wohneinheiten entstehen.
- In der HAB-1-Zone:
 - 5 freistehende Einfamilienhäuser,
 - 15 Reihenhäuser,
 - Zwei Mehrfamilienhäuser mit jeweils 9 beziehungsweise 11 Wohneinheiten

Bürgermeister De Smet führt aus, dass auch bei diesem Projekt der bezahlbare Wohnraum nicht vergessen wurde. Bei diesem großen PAP-Projekt wurde gemäß Artikel 29bis eine bestimmte Fläche ausgewiesen, die für bezahlbaren Wohnraum genutzt werden müsse. Hierbei müsse man rund 3.000 m² vorsehen. Die Parzellen 2–8 (7 Einfamilienhäuser) sowie die Parzelle 23 (Mehrfamilienhaus mit 11 Wohneinheiten) sollen durch die Gemeinde übernommen werden, was unterstreiche, dass der gemeindeeigene Wohnungsbestand weiter ausgebaut werde. Die Einbettung des Viertels in die bestehende natürliche Umgebung wurde berücksichtigt, um ein möglichst naturnahes Umfeld zu erhalten. So wurden auch die Gebäudehöhen an die bestehende Bebauung in der Cité am Wenkel angepasst. Bei den Häusern betrage die maximale Höhe 2,8 Geschosse, bei den Mehrfamilienhäusern seien es 3,8 Geschosse und bei der Seniorenresidenz 4,8 Geschosse. In Bezug auf Mobilität und öffentliche Plätze wolle er angeben, dass das Viertel als Begegnungszone konzipiert wurde, in der aktive Mobilität gefördert werden solle. Die Straßenführung werde auf ein Minimum reduziert und gemeinsame Tiefgaragen seien zwischen den verschiedenen Losen vorgesehen worden, um Abhilfe beim Parken zu schaffen. In der Mitte des Projekts sei ein Platz vorgesehen worden, der als Treffpunkt für zukünftige Bewohner dienen solle. Auch Kinder sollen dort gemeinsam spielen können. Hinter den Seniorenwohnungen sei ein parkähnlicher Weg vorgesehen worden. Insgesamt sollen 77,35 Ar, also 35,83 % der Gesamtfläche an die Gemeinde abgetreten werden.

Bürgermeister De Smet erläutert, dass die Wasserbewirtschaftung gemäß den Vorgaben des Wasserwirtschaftsamtes berechnet und genehmigt worden seien. Das Regenwasser sei kanalisiert worden und werde in offene

Rückhaltebecken im Westen des PAP geleitet. Diese offene und naturnahe Gestaltung sei von dem Wasserwirtschaftsamt gefordert und empfohlen worden. Insgesamt wurden drei Rückhaltebecken vorgesehen, die durch offene Gräben miteinander verbunden sind. Auf den Dächern der Seniorenwohngebäude und der Residenzen wurde eine extensive Dachbegrünung vorgesehen, um zusätzlich Regenwasser zurückzuhalten. Ein Teil des Regenwassers wurde über die südliche Bauphase abgeleitet, wo der Bauträger Grundstücke besitze, um sich an die rue des Champs anzuschließen. Ein weiterer Teil wurde über die Cité am Wenkel abgeleitet, wo es dann in die Schmutzwasserkanalisation übergehe. Das Schmutzwasser werde über die bestehende Infrastruktur der Cité am Wenkel abgeführt.

Bürgermeister De Smet kommt auf die Stellungnahme der cellule d'évaluation vom 7. April 2025 zu sprechen. Der erste Punkt habe der Bemerkung aus dem PAG-Gutachten betreffend die punktuelle Änderung entsprochen. Die Nicht-Konformität wurde nach Rücksprache mit dem Ministerium als gegenstandslos erklärt, da der alte PAP durch die punktuelle Änderung des PAG aufgehoben wurde. Um die vorgeschriebenen 15% betreffend den bezahlbaren Wohnraum zu erreichen, fehlten etwas über 22 m², was durch eine Erhöhung der SCB-Fläche berücksichtigt wurde. In der HAB-1-Zone wurde die Vorschrift eingehalten, dass mindestens 50 % Einfamilienhäuser vorgesehen sein müssten. Aus diesem Grund wurden in Parzelle 23 insgesamt elf Wohneinheiten vorgesehen. Aus den Parzellen 6 und 7 habe man drei Parzellen mit jeweils drei Reihenhäusern gemacht, wobei die Wohnflächengrößen deutlich verringert wurden. In Bezug auf die Umgestaltung des öffentlichen Raums wurde im südlichen Teil empfohlen, Parkplätze zu versetzen, um die Straßenachse zu unterbrechen. Diese Empfehlung wurde nicht angenommen, da ein größerer Abstand zwischen den Gärten und der Straße als sinnvoller erachtet wurde und somit mehr Flexibilität für spätere Phasen im südlichen PAP-Abschnitt bestehen solle. Im oberen Teil wurden Carports und Bäume neu platziert, sodass man beim Hochfahren aus dem Süden zuerst Bäume und nicht Carports sehe. Die Anzahl der Carports wurde von fünf auf sechs erhöht. Der Tausch der Lage der Mehrfamilienhäuser mit Einfamilienhäusern im südlichen Teil wurde empfohlen. Diese Empfehlung wurde abgelehnt, da diese besser zu einem öffentlichen Platz passen. In der schriftlichen Fassung wurde die Möglichkeit offengelassen, Stellplätze im Volumen des Hauptgebäudes vorzusehen, um die Flexibilität bei der Hausplanung zu bewahren.

Bürgermeister De Smet erläutert, dass die Einwendungsphase zwischen dem 4. Oktober und dem 4. November stattgefunden habe. Insgesamt seien fünf Einwendungen eingereicht worden. Obwohl laut Gesetz keine Einladung erforderlich gewesen sei, wurde der Austausch gesucht, um Punkte zu erklären und richtigzustellen. Vier Reklamanten wurden gemeinsam eingeladen, da sich deren Anliegen ähnelten. Ein weiterer Reklamant wurde einzeln empfangen. Nachfolgend werde er die am meisten bemängelten Punkte erläutern, wie zum Beispiel Regen- und Schmutzwasser. Die Rückhaltebecken wurden gemäß den Anforderungen des Wasserwirtschaftsamtes geplant, genehmigt und für Starkregenereignisse mit einer Wiederkehrzeit von zehn Jahren ausgelegt. Die Kapazitäten seien so ausgelegt worden, dass das Projekt umgesetzt werden könne. Auch die eingezeichneten Gebäudekonturen hätten zu Missverständnissen geführt. Es handle sich dabei um Baukörperfenster, innerhalb derer die Gebäude errichtet werden müssen. Die tatsächlichen Gebäude würden kleiner ausfallen und füllen den Korridor nicht vollständig aus. Die Höhen entsprechen denen der bestehenden Gebäude in der Cité am Wenkel. Nur die beiden Seniorenwohngebäude werden eine Höhe von 4,8 Geschossen erreichen. Die Einfamilienhäuser werden direkt an die bestehenden Gebäude in der Cité am Wenkel angeschlossen, um einen harmonischen Übergang zu gewährleisten. Die Sammelstraße, mit 5,5 Metern Breite, Parkstreifen und einem abgetrennten Gehweg entspreche den Normen. Der südliche Bereich könne nur erschlossen werden, wenn der Anschluss

an die rue des Champs möglich sei. Ein Projekt mit verkehrsberuhigenden Maßnahmen wurde ausgearbeitet, vorgestellt und solle kurzfristig realisiert werden. Es sollen zudem auch Sinusbremsschwellen installiert werden.

Bezüglich der Bauphasen gibt Bürgermeister De Smet an, dass jeder Bau unvermeidbare Beeinträchtigungen wie Lärm oder Schmutz mit sich bringe. Es wurde vorgesehen, diese möglichst gering zu halten, indem im Ausführungsprojekt der Einsatz von Holzpalisaden vorgesehen wurde, die Lärm und Schmutz abhalten sollen. Die Sicherheit auf der Baustelle werde besonders überwacht, um möglichst viele Maßnahmen umzusetzen und die Vorgaben des Baureglements einzuhalten. Die Lkw-Zufahrt werde möglichst nicht zu Spitzenzeiten durch die Cité am Wenkel erfolgen. Der Bauträger werde auch eine Bestandsaufnahme der angrenzenden Häuser vornehmen. Dieses Projekt könne man nicht mit Rilsperit oder Pourpelt vergleichen, da es sich hier um einen einzigen Bauträger handle, nicht um viele einzelne Eigentümer, was auch die Bauzeit beeinflusse. Einer Beschwerde über die Lage der Trafostation nahe einer Haustür wurde nachgegeben und der Standort wurde an eine geeignetere Stelle verlegt.

Rätin Schares gibt an, dass jede Menge Anmerkungen seitens der Anwohner an die Gemeinde adressiert worden seien. Diese Anmerkungen seien berechtigt, da es sich um Sorgen um die Sicherheit im Allgemeinen und die Sicherheit der Kinder handle, aber auch um die Lebensqualität. Es werden verschiedenen Maßnahmen umgesetzt, um dem entgegenzuwirken. Das solle auch so sein, aber es müssten auch Kontrollen durchgeführt werden, ob sich auch an die Vorschriften gehalten werde.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

C. Zusammenlegung von fünf Parzellen, gelegen in Bartringen „rue des Champs“, auf 2 Lose

Bürgermeister De Smet gibt an, dass es sich hier um die Zusammenlegung von fünf auf zwei Parzellen handle, genauer gesagt gehe es um die Mehrfamilienhäuser Eva Maria und Albert. Fortan hätten diese eine Parzellennummer, die andere beziehe sich auf den öffentlichen Raum. Die Wegkapelle behalte ihre eigene Parzellennummer.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

12. Regional Museksschoul Westen

A. Provisorische Schulorganisation der Musikkurse 2025/2026 der „Regional Museksschoul Westen“

Rätin Smit-Thijs erklärt, dass dieser Punkt der Tagesordnung sich um die provisorische Schulorganisation 2025/2026 der Regional Museksschoul Westen sowie der dazugehörigen Konvention handle. Bereits am 22. Mai 2025 habe der Gemeinderat die provisorische Organisation 2025/2026 für die Musikkurse der Gemeinde Bartringen genehmigt. Im Einzelunterricht zähle man insgesamt 2.156 Einschreibungen, also 129 Einschreibungen mehr als im Jahr zuvor, was umgerechnet 70.755 Kursminuten ergebe. Beim Gruppenunterricht habe man 2.533 Einschreibungen erhalten, im letzten Jahr waren es noch 2.574. Dies ergebe insgesamt 13.410 Kursminuten. Insgesamt komme man auf 86.115 Kursminuten für die Regional Museksschoul Westen, der Preis pro Stunde betrage 6.912,53 Euro. Für die Gemeinde Bartringen ergebe dies 15.855 Kursminuten zu einem Preis von 1.826.636,05 Euro.

Rätin Schares gibt an, dass es sich um viele Lehrkräfte handle. Es seien 129 Personen mehr im Individualunterricht angemeldet als im letzten Jahr. Könne

man jetzt schon sagen, ob jeder einen Platz erhalte oder müsse man eine Warteliste erstellen.

Rätin Smit-Thijs antwortet, dass man erst nächste Woche zur Besprechung zusammenkomme, es scheine allerdings als wenn man jedem einen Platz geben könne.

Rat Weirich merkt an, dass die Musikschule der Gemeinde Bartringen in die Regional Museksschoul Westen integriert sei. Hier stecke viel Potential in Punkto Zusammenarbeit drin, was man unbedingt fördern solle.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.

13. Verordnungen

A. Anpassung der Verordnung bezüglich des Friedhofs

Bürgermeister De Smet erläutert, dass man diese Verordnung bereits in der Gemeinderatssitzung vom 7. März 2025 auf der Tagesordnung hatte, wo man bereits verschiedene Änderungen bezüglich der Zeitspanne zwischen dem Tod und der Beerdigung vorgenommen habe, wie es im Rundschreiben vorgesehen war. Das Innenministerium habe die Verordnung noch einmal genauer unter die Lupe genommen und einige Punkte annulliert, weil der Bezug auf die Zuständigkeit nicht ganz richtig gewesen sei. Es sei dabei hauptsächlich darum gegangen, wer für einzelne Bestimmungen in der Verordnung zuständig sei; der Bürgermeister, der Schöffenrat oder der Gemeinderat. Man habe diese Anpassungen vorgenommen, ebenso habe man die korrekten gesetzlichen Verweise eingefügt. Auch Artikel 8.4 sei angepasst worden und eine Ausnahme für Assistenzhunde sei vorgesehen. Da man keine Uhrzeiten festgelegt habe, sei der Friedhof immer zugänglich. Um im alten Teil des Friedhofs wieder Gräber zusammenlegen zu können, sei ein Kostenvorschlag angefragt worden, der im Haushalt 2026 eingeplant werde.

Dieser Punkt der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

B. Interne Verordnung der beratenden Mietkommission der Gemeinde Bartringen

Bürgermeister De Smet erklärt, dass man eine Mietkommission einrichten müsse, um als sozialer Wohnungsanbieter anerkannt zu werden. Daher habe man nun die interne Verordnung vorliegen, die nicht wie die anderen beratenden Kommissionen funktioniere. Die Hauptaufgabe dieser Kommission bestehe darin, eine Stellungnahme zur Vergabe einer Wohnung abzugeben. Diese solle sich auch drei ordentlichen Mitgliedern sowie drei stellvertretenden Mitgliedern zusammensetzen. Vorsitzender solle eine verantwortliche Person sein, die für den Bereich Wohnen zuständig sei. Zudem werde die Beamtin des Wohnungsdienstes der Gemeinde sowie ein Sozialarbeiter des Sozialamtes Mamer teil dieser Kommission sein. Der Sekretär werde einen Jahresbericht für den Gemeinderat erstellen. Bei externen Mitgliedern bestehe kein Mitspracherecht. Die interne Verordnung regle auch, wie und wann diese Sitzungen stattfinden sollen. Prinzipiell werde dies immer dann der Fall sein, wenn eine Wohnung zu vergeben sei. Zudem finden die Sitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und die Beratungen seien somit geheim. Es werde aber immer ein Protokoll vom Sekretär erstellt. Die Vergabe der Wohnungen sowie das Auswahlverfahren laufen über das RENLA-System, sobald dieses eingerichtet sei. Eine Bewertung mittels eines Sozialfragebogens werde durch einen Sozialarbeiter durchgeführt. Diese internen Verfahren müssten vom Minister genehmigt werden. Um eine Prioritätenliste erstellen zu können, werde man verschiedene Kriterien berücksichtigen, wie zum Beispiel die Prekarität der Bewerber, die finanzielle Belastung (z. B. Verhältnis von Einkommen zur Miete) und ähnliches. Bei der Vergabe im

Zusammenhang mit freistehenden Wohnungen werde auch darauf geachtet, ob die Wohnung zur Größe der Haushaltsgemeinschaft passe. Dabei spiele das Alter der Kinder eine wichtige Rolle. Auch die Entfernung zwischen Arbeitsplatz und Wohnung werde berücksichtigt, um keine unzumutbaren Distanzen zu schaffen.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

14. Gerichtsfälle

A. Genehmigung eines Spezialkredits

Bürgermeister De Smet gibt an, dass der Schöffenrat dem Gemeinderat vorschlagen wolle, diesen Punkt in geschlossener Sitzung abzuhandeln, da es sich hier um eine Personalakte einer verstorbenen Person handele. Die Situation sei delikat und man wolle die Erben schützen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Da die Beratung in geschlossener Sitzung stattfand, bitten wir Sie um Verständnis dafür, dass an dieser Stelle keine Angaben gemacht werden. (Anm. der Redaktion)

B. Genehmigung, um vor Gericht zu gehen

Rat Rauchs beantragt im Namen der Opposition, auch diesen Punkt in geschlossener Sitzung abzuhandeln, um der betreffenden Person keinen zusätzlichen Schaden zuzufügen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Da die Beratung in geschlossener Sitzung stattfand, bitten wir Sie um Verständnis dafür, dass an dieser Stelle keine Angaben gemacht werden. (Anm. der Redaktion)

15. Beratende Kommissionen

Bürgermeister De Smet erklärt, dass er alle vier Punkte zusammen abhandeln wolle, jedoch die Abstimmung einzeln erfolge. Laut Artikel 10 der internen Verordnung seien die Mitglieder der Kommissionen zu jedem Moment widerrufbar, ohne dass die Entscheidung begründet werden müsse. Es handele sich nachfolgend um die vier Kommissionen in denen Rat Demuyser als Präsident oder als Mitglied vertreten sei.

Rat Rauchs gibt an, dass er, obwohl er schon lange im Gemeinderat sei, ein solches Verfahren noch nie erlebt habe. Weder die CSV noch die LSAP würden einem solchen Verfahren zustimmen.

A. Sportkommission: Abberufung eines Mitglieds

Dieser Punkt wird mit 8 Ja-Stimmen (DP, déi gréng) zu 4 Gegenstimmen (CSV, LSAP) angenommen.

B. Kommission der sportlichen Vereinigung: Abberufung eines Mitglieds

Dieser Punkt wird mit 8 Ja-Stimmen (DP, déi gréng) zu 4 Gegenstimmen (CSV, LSAP) angenommen.

C. Mobilitäts- und Verkehrskommission: Abberufung eines Mitglieds

Dieser Punkt wird mit 8 Ja-Stimmen (DP, déi gréng) zu 4 Gegenstimmen (CSV, LSAP) angenommen.

D. Finanzkommission: Abberufung eines Mitglieds

Dieser Punkt wird mit 8 Ja-Stimmen (DP, déi gréng) zu 4 Gegenstimmen (CSV, LSAP) angenommen.

16. Verkehr

A. Bestätigung von Notfall Verkehrsregelungen

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrs-Verordnung in der rue A Pourpelt handele, die vom 27. Juni bis zum 31. Oktober 2025 gelte.

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrs-Verordnung in der rue de Dippach handele, die vom 7. bis zum 18. Juli 2025 gelte.

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrs-Verordnung in der rue de Mamer handele, die vom 30. Juni bis zum 8. Juli 2025 gelte.

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrs-Verordnung in der rue des Dahlias handele, die vom 18. Juni bis zum 4. Juli 2025 gelte.

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrs-Verordnung in der rue de Mamer handele, die vom 30. Juni bis zum 8. Juli 2025 gelte.

B. Zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung: Genehmigung

Bürgermeister De Smet gibt an, dass es sich hier um die Verkehrsregelung betreffend den Vélosommer 2025 handele. Die betreffende Verordnung sei bereits in der letzten Gemeinderatssitzung gestimmt worden. Jedoch habe die Stadt Luxemburg mitgeteilt, dass man noch eine zusätzliche, provisorische Bushaltestelle in der rue du Chemin de Fer vorsehen müsse. Hiermit komme man dieser Nachfrage nach und habe die Verordnung dementsprechend angepasst.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

Ende der Sitzung: 13.15

LE CONSEIL COMMUNAL

DP



Youri De Smet



Frank Colabianchi



Marc Lang



Monique Smit-Thijs



Frank Demuyser



Francine Moro Oliveira Costa



Nadine Philippe

CSV



Nadine Schares



Guy Weirich



Marc Rauchs

Déi Gréng



Roger Miller



Gabriella Damjanovic

LSAP



Yolande Schuster



PROCÈS-VERBAL DE LA RÉUNION DU CONSEIL COMMUNAL

DU 3 JUILLET 2025 À 08H00

Présents :

DP

Youri DE SMET (bourgmestre)
Frank COLABIANCHI (échevin)
Marc LANG (échevin)
Monique Smit-Thijs (conseillère)
Francine MORO (conseillère)
Nadine PHILIPPE (conseillère)

CSV

Nadine SCHARES (conseillère)
Guy WEIRICH (conseiller)
Marc RAUCHS (conseiller)

LSAP

/

déi gréng

Roger MILLER (conseiller)
Gabriella DAMJANOVIC (conseillère)

Georges FRANCK (secrétaire communal)

Excusé : Frank DEMUYSER (conseiller/DP), Yolande SCHUSTER (conseillère/LSAP, procuration de vote à Marc RAUCHS quant aux points 1, 5-16), Gabriella DAMJANOVIC (conseillère/déi gréng, procuration de vote à M. le conseiller Miller quant aux points 7-10.B)

ORDRE DU JOUR

En séance publique :

- 01. | Approbation de l'ordre du jour
- 02. | Notification de la décision de Monsieur Frank Colabianchi de démissionner du poste d'échevin

Séance à huis clos :

- 03. | Désignation d'un candidat à proposer à la nomination par le Ministre des Affaires intérieures pour le poste vacant d'échevin
- 04. | Affaires du personnel
 - A. Personnel communal : nomination provisoire d'un fonctionnaire communal

En séance publique :

- 05. | Informations et correspondance
- 06. | Actes notariés et conventions
 - A. Acte notarié d'échange : approbation
 - B. Acte notarié de constitution de servitude : approbation
 - C. Convention triangle de Helfent : approbation
 - D. Convention Office social commun à Mamer 2025 : approbation
- 07. | Enseignement
 - A. Organisation scolaire provisoire 2025/2026 : enseignement fondamental – cycles 1, 2, 3 et 4 : approbation

- B. Plan d'encadrement périscolaire 2025/2026 : approbation
- 08. | Les Centres pour Personnes Âgées de la commune de Bertrange
 - A. Contrat de bail concernant la location d'un duplex : confirmation
- 09. | Finances
 - A. Budget participatif : validation des projets
 - B. Subsidés ordinaires et extraordinaires à allouer aux associations locales et autres
 - C. MultiCulti 2025 : subside
 - D. Bartreng beweegt sech 2025 : subside
- 10. | Projets
 - A. Devis relatif aux travaux de réaménagement du chemin entre Grevelsbarrière et Leudelage-Gare : approbation
 - B. Devis relatif à l'aménagement d'un chemin piétonnier le long de la route de Longwy : approbation
 - C. Devis relatif à l'aménagement d'un « Verkéiersgaart » à Bertrange : approbation
 - D. Devis relatif à la réalisation d'un passage souterrain pour la mobilité douce entre la rue Charles Schwall et la Cité am Wénkel : approbation
- 11. | Urbanisme
 - A. Modification ponctuelle du projet d'aménagement général « Brill » : approbation



- B. Projet d'aménagement particulier nouveau quartier « Brill 2.0 » :
 approbation

C. Lotissement de 5 parcelles sises à Bertrange, rue des Champs, en 2
 lots
12. | Regional Museksschoul Westen

A. Organisation scolaire provisoire 2025/2026 des cours de musique
 de la « Regional Museksschoul Westen »
13. | Règlements

A. Modification du règlement communal relatif au cimetière

B. Règlement d'ordre intérieur de la Commission consultative
 logement de la commune de Bertrange
14. | Affaires judiciaires

A. Vote d'un crédit spécial

B. Autorisation d'ester en justice
15. | Commissions consultatives

A. Commission des sports : révocation d'un membre

B. Commission de l'entente sportive : révocation d'un membre

C. Commission de la circulation et de la mobilité : révocation d'un
 membre

D. Commission des finances : révocation d'un membre
16. | Circulation

A. Règlements de circulation d'urgence à caractère temporaire :
 confirmation

B. Règlements de circulation à caractère temporaire : approbation



En séance publique :

01. Approbation de l'ordre du jour

Monsieur le bourgmestre De Smet demande aux conseillers communaux s'ils approuvent l'ordre du jour.

Madame la conseillère Schares exprime au nom de l'opposition le souhait de voir traiter le point 3 en séance publique, ce pour des raisons de transparence et de démocratie.

Monsieur le bourgmestre De Smet réplique qu'il ne pourra pas être donné suite à cette demande. Les motifs de transparence ne peuvent pas être invoqués ici alors que le nom de la personne qui sera proposée au poste d'échevin par la majorité est déjà connu publiquement. Il convient de respecter les directives du ministère de l'Intérieur.

Le conseil communal approuve l'ordre du jour à 8 voix pour (DP, déi gréng) et 4 abstentions (CSV, LSAP).

Monsieur le conseiller Weirich désire justifier l'abstention de l'opposition. Monsieur le bourgmestre De Smet a parfaitement raison de rappeler qu'il s'agit en l'espèce de la procédure prévue par la loi. Il n'en reste pas moins que le ministère a accepté dans d'autres communes que ces points soient débattus publiquement. C'est la raison pour laquelle l'opposition plaide ici en faveur de la transparence, notamment vis-à-vis des habitants de la commune.

Monsieur le bourgmestre De Smet répond qu'il ne fait que se conformer aux dispositions de la loi et qu'il n'entend pas agir contrairement à celles-ci.

02. Notification de la décision de Monsieur Frank Colabianchi de démissionner du poste d'échevin

Monsieur le bourgmestre De Smet indique que ce point de l'ordre du jour concerne la démission de Frank Colabianchi de son poste d'échevin, tout en restant membre du conseil communal. Monsieur le bourgmestre De Smet lui exprime sa profonde gratitude pour l'excellente collaboration au sein du collège échevinal et du conseil communal, ce également au nom de tout le groupe politique. Cette collaboration se poursuivra, bien que dans une configuration différente. C'est un immense avantage de compter une personne aussi expérimentée dans ses rangs, un atout que l'on ne saurait qu'apprécier.

En séance à huis clos :

03. Désignation d'un candidat à proposer à la nomination par le Ministre des Affaires intérieures pour le poste vacant d'échevin

La délibération s'étant tenue à huis clos, veuillez noter que les informations y afférentes resteront confidentielles (note de la rédaction).

04. Affaires du personnel

A. Personnel communal : nomination provisoire d'un fonctionnaire communal

La délibération s'étant tenue à huis clos, veuillez noter que les informations y afférentes resteront confidentielles (note de la rédaction).

En séance publique :

05. Informations et correspondance

Monsieur le bourgmestre De Smet informe les conseillers communaux qu'il a été procédé en séance à huis clos à la nomination de Roger Miller au poste d'échevin et à l'élection d'un fonctionnaire communal de la carrière B1, appelé à renforcer le bureau de la population.

Monsieur le bourgmestre De Smet ajoute que :

- Solina Aarbechtshellef a été retenue pour le 4^{ième} local au centre du village. Cette association se trouve actuellement rue de l'Industrie à Bertrange. Ce projet lui permet d'avoir désormais une plus grande visibilité. Les services proposés sont très variés. Il y aura notamment un service de nettoyage de vêtements, un service de retouches ainsi que des services dans le domaine du jardinage. Des produits fabriqués en interne, tels que des vêtements, seront proposés à la vente. L'on entend clairement mettre ici l'accent sur le volet social.
- la commune de Bertrange devient membre de l'ORT Guttland (Office régional du tourisme). La mission principale de l'ORT est de promouvoir le tourisme régional. Son rôle consiste également à coordonner et à aider à élaborer des projets touristiques, tels que la signalisation des sentiers de randonnée et de trails. Le vélo occupe lui aussi une place importante, par exemple dans le cadre du slow cycling ou des slow trips.
- le conseil échevinal a porté plainte contre X pour les dégâts causés à la chapelle sise rue de Dippach. Il agit sans doute au nom de tous les conseillers communaux en condamnant cet acte avec la plus grande véhémence. La dégradation du patrimoine culturel est loin d'être une peccadille.
- la commune de Bertrange a signé le 21 juin un accord de jumelage avec la commune de Serfaus. Ce jumelage doit être soutenu par les associations, et l'on entend renforcer la coopération via des échanges au niveau des enfants et adolescents. Les festivités en présence des associations locales se sont soldées par un succès.
- Youth&Work a soumis son rapport annuel. Cette organisation assiste les jeunes âgés de 16 à 29 ans dans leur recherche d'une formation ou d'un emploi. La plupart de ces jeunes se trouvent dans des situations de vie précaires. Youth&Work tente de les aider par le biais d'un programme de mentoring et de coaching ciblé. Pour la commune de Bertrange, sept jeunes, âgés en moyenne de 26 ans, ont été pris en charge en 2024. Trois d'entre eux ont trouvé un emploi, deux sont toujours à la recherche d'un emploi et les deux autres viennent tout juste de débiter le coaching.
- les statistiques de l'office social commun sont également disponibles. De manière générale, l'on constate une augmentation du nombre de ménages qui font appel à l'office social. En 2024, celui-ci a reçu 436 demandes d'aide



financière pour la commune de Bertrange de la part de 130 ménages, ce qui correspond à 3,5 % de la population de Bertrange. En examinant les demandes de plus près, l'on constate qu'elles concernent en premier lieu la santé, les frais liés à l'épicerie sociale et les frais de logement. Les frais de fonctionnement de l'office social ont augmenté ces dernières années, ce entre autres en raison de la location des nouveaux bâtiments. Monsieur le bourgmestre De Smet remercie le personnel de l'office social pour le travail important qu'il accomplit et qui est devenu plus compliqué au fil des années.

- il tient à remercier les associations et les citoyens de la commune qui, par leur participation aux festivités de la veille de la fête nationale, ont contribué à faire de cette fête importante une soirée réussie.
- le site Internet de la commune dispose depuis cette semaine de toutes les options d'accès. Un assistant vocal peut donner lecture des textes à haute voix, il existe la possibilité d'adapter le contraste, de donner des ordres vocaux, sans parler des nombreuses autres fonctionnalités disponibles dès à présent.

À ce jour, le nombre de résidents est de 9.265.

L'encaisse communale s'élève à 25 millions d'euros.

06. Actes notariés et conventions

A. Acte notarié d'échange : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet précise qu'il s'agit en l'espèce d'un acte d'échange avec la commune de Strassen. Le contrat préliminaire avait déjà été signé le 7 novembre 2023 et approuvé à l'unanimité par le conseil communal le 24 novembre. Trois parcelles d'une superficie totale de 27,57 ares, nécessaires à l'aménagement de l'accès au nouveau complexe sportif, sont cédées à la commune voisine. En contrepartie, la commune de Bertrange se voit attribuer des parcelles de même superficie appartenant à la commune de Strassen, sises de l'autre côté. Les deux terrains ont été évalués à la même valeur, de sorte qu'aucun paiement supplémentaire n'est dû.

Ce point est adopté à l'unanimité.

B. Acte notarié de constitution de servitude : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet explique que ce point concerne la constitution d'une servitude. Celle-ci se rapporte au nouveau transformateur situé près du cimetière et permet à l'entreprise compétente d'y avoir accès jour et nuit afin d'assurer l'approvisionnement en électricité des habitants de la commune en cas de problème.

Le conseil communal adopte ce point à l'unanimité des voix.

C. Convention triangle de Helfent : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet souligne qu'il s'agit en l'occurrence d'une convention concernant le triangle de Helfent. Mais avant d'aborder la convention, il souhaite donner un bref aperçu de l'historique. La commune a été pressée à maintes reprises de prendre des initiatives dans le triangle de Helfent. Bien que cette demande ait été justifiée, sa mise en œuvre n'était pas aussi simple que certains l'avaient imaginé, ne fût-ce qu'en raison du grand nombre de propriétaires fonciers concernés. Ainsi, dès 2014, certains propriétaires avaient présenté un plan directeur. En 2015, le triangle de Helfent fut classé zone de protection IBA (important bird area). En 2016, l'on avait tenté de prévoir des zones de protection spéciales par voie de règlement grand-ducal. Or ce règlement fut annulé par les tribunaux un an plus tard. À ceux qui se demandent pourquoi

il énumère tous ces détails, il tient à souligner que la zone de protection des oiseaux doit être définie par le biais d'un règlement grand-ducal, qui indique avec précision le périmètre de développement urbain admissible. En 2020, la commune de Bertrange a contacté la « Cellule de facilitation » en vue de pouvoir prendre elle-même l'initiative et faire avancer le projet. Le ministère de l'Environnement a alors tenté une nouvelle fois, dans le cadre de la « Région du Lias moyen », de relancer la procédure réglementaire pour cette zone de protection oiseaux et d'en définir les limites. Parallèlement, la commune de Bertrange a commandé d'autres études indispensables. Un règlement grand-ducal concernant la zone de protection des oiseaux est finalement entré en vigueur en octobre 2023, suite à une collaboration avec les ministères, les administrations, les associations oeuvrant en faveur de l'environnement et les propriétaires fonciers.

Monsieur le bourgmestre De Smet tient à souligner expressément que, loin d'avoir laissé traîner les choses, l'on a voulu poser les fondations et les bases nécessaires pour pouvoir envisager un aménagement urbain. Une revalorisation écologique et respectueuse de l'environnement de cette zone est inévitable. Grâce à la bonne coopération avec la « cellule de facilitation », qui relève désormais du ministre de l'Aménagement du territoire, et étant donné qu'il s'agit en l'espèce également d'une préoccupation du ministre compétent, la décision a été prise de signer cette convention et de continuer à travailler activement sur ce projet, avec le soutien de l'État. Les objectifs de ladite convention consistent, en premier lieu, à fournir un cadre au développement d'un concept urbain global, ce sous une direction appropriée qui définit les processus décisionnels et les responsabilités. La convention entend également définir les modalités d'une consultation rémunérée, à savoir un concours lancé par la commune et le ministère. L'objectif en la matière est d'encourager la participation citoyenne et d'impliquer tant les propriétaires fonciers que les citoyens dans le processus de développement. Ceux-ci auront ainsi la possibilité de participer activement et de partager leurs idées. Cette manière de procéder tenait particulièrement à cœur au collègue échevinal, les coûts étant intégralement pris en charge par la commune. Un organe spécialement constitué à cet effet analysera et évaluera les projets soumis. Cet organe sera composé de représentants de la commune et de l'État. De plus, il sera également fait appel à des experts du secteur privé.

Monsieur le bourgmestre De Smet précise qu'il est prévu en outre de mettre en place un comité de pilotage. Celui-ci sera chargé de coordonner les différentes étapes de planification, la consultation rémunérée et le dialogue avec les propriétaires fonciers concernés, en collaboration avec les autres ministères et acteurs étatiques. Le comité de pilotage sera composé de représentants de la commune, du ministère du Logement et de l'Aménagement du territoire, ainsi que de promoteurs publics. En fonction des besoins, ce comité pourra également être élargi. Par ailleurs, il sera créé un comité de suivi, composé de représentants de la commune et de la « Cellule de facilitation », qui se chargera des travaux préparatoires du comité de pilotage. Le coût prévisionnel de ce concours s'élève à 470.000 euros. Ces coûts seront pris en charge à parts égales par la commune et l'État.

Monsieur le bourgmestre De Smet fait remarquer que cette convention constitue une nouvelle étape importante dans la tentative de la commune de réunir tous les acteurs autour d'une table, afin de planifier ensemble le développement du triangle de Helfent, sans exclure qui que ce soit. Il s'agit également d'éviter que des actions irréflechies nuisent plus au projet qu'elles ne le font avancer. Il faudra faire preuve de discernement, mais il est convaincu que c'est la meilleure voie à suivre.

Madame la conseillère Schares soulève que ce point est d'une grande importance et bénéficie du soutien de son groupe. Il est évident qu'il appartient ici à la commune de diriger les opérations afin d'éviter que ce projet ne déraile. Il est primordial de mettre cette convention sur pieds afin de pouvoir impliquer

toutes les parties prenantes, voire toutes les personnes intéressées par le projet. Elle souhaite savoir sous quelle forme le comité de pilotage sera supposé fonctionner et si chaque groupe politique y sera représenté.

Monsieur le bourgmestre De Smet explique que la porte est ouverte à toutes les personnes intéressées et que chaque groupe se trouvera représenté par un membre au sein du comité de pilotage. Il est plus efficace d'agir en commun plutôt que de tenter de faire cavalier seul.

Monsieur l'échevin Colabianchi salue cette présentation détaillée de Monsieur le bourgmestre De Smet et ajoute que ce dossier a fait l'objet de travaux intensifs il y a de nombreuses années. Cela remonte aux années 90. La différence entre les initiatives à l'époque et celles d'aujourd'hui réside dans le fait que celles-ci sont soutenues à présent conjointement par la commune et le ministère, pour être élaborées ensuite sous forme de projet avec les nombreux propriétaires particuliers de terrains dans cette zone. Les autorités communales se trouvent face à un processus de longue haleine qui prendra du temps. Il ne faudrait toutefois pas donner l'illusion aux citoyens que ce projet pourra à présent être réalisé rapidement. Le planning provisoire – très optimiste – tel qu'estimé s'étend jusqu'en 2035.

Monsieur le bourgmestre De Smet se rallie aux propos de Monsieur l'échevin Colabianchi, à savoir qu'il faudra prendre en compte plusieurs contraintes. Il s'agit d'un immense terrain sur lequel il faudra également prévoir les infrastructures nécessaires, telles que la canalisation ou un concept de mobilité. L'on n'est qu'à la première étape de beaucoup d'autres étapes qui vont suivre.

Ce point de l'ordre du jour est adopté à l'unanimité.

D. Convention Office social commun à Mamer 2025 : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet précise que ce point concerne la convention annuelle entre les sept communes membres et l'office social commun. À sa connaissance, aucun changement n'est intervenu par rapport à l'année dernière. Les annexes remises aux conseillers communaux comportent également une énumération des coûts et la clé de répartition du personnel.

Madame la conseillère Schares indique que les demandes sont en augmentation. Le travail social est assuré par la Croix-Rouge. Le personnel actuel est-il suffisant pour traiter les demandes, étant donné que l'on ne compte que 0,4 ETP de plus qu'il y a 8 ans ?

Monsieur le bourgmestre De Smet répond n'avoir reçu aucun retour en rapport avec un manque de personnel. Il se charge toutefois de transférer la question.

Le conseil communal adopte ce point à l'unanimité.

07. Enseignement

A. Organisation scolaire provisoire 2025/2026 : enseignement fondamental – cycles 1, 2, 3 et 4 : approbation

Madame la conseillère Smit-Thijs indique qu'il s'agit en l'espèce de l'organisation scolaire provisoire pour 2025/2026, approuvée par la commission scolaire le 19 juin 2025. Actuellement, 591 élèves sont inscrits. 68 enfants sont enregistrés dans l'éducation précoce, répartis sur 4 classes. Il y a donc une classe supplémentaire par rapport à l'année dernière. Parmi ces élèves, 32 enfants ont la nationalité luxembourgeoise, dont 9 ne comprennent pas le luxembourgeois et 14 ne le parlent pas. Au total, environ 50 % ne comprennent pas le luxembourgeois et près de 70 % ne le parlent pas. Dans le cycle 2.1, en revanche, l'on ne

compte plus que très peu d'enfants qui ne comprennent ou ne parlent pas le luxembourgeois, ce qui est le résultat de l'excellent travail accompli dans le précoce et le préscolaire. 54 enfants vont fréquenter la première année du préscolaire. Parmi eux, 31 ont la nationalité luxembourgeoise. Sur les 54 élèves, 13 ne comprennent pas le luxembourgeois et 5 ne le parlent pas. Dans le cycle 2.1, 60 enfants sont inscrits. 26 des 60 élèves ont la nationalité luxembourgeoise, 2 des 60 élèves ne comprennent ni ne parlent le luxembourgeois. Au total, les 523 enfants en âge scolaire inscrits dans les cycles 1 à 4 sont répartis sur 36 classes, ce qui correspond à une moyenne de 14,5 enfants par classe. L'indice social est passé de 0,1789 à 0,1596. L'on dispose donc de moins d'heures à cet effet.

Madame la conseillère Smit-Thijs précise qu'il est également prévu de réaliser un projet pédagogique avec un représentant de l'école de musique de l'UGDA. Dans le cadre de ce projet, 12 classes des cycles 2 et 3 suivront un cours de chorale d'une heure le jeudi matin pendant un trimestre, ce soit à l'école, soit à l'ArcA. Des synergies pour une utilisation plus fonctionnelle des infrastructures sont également envisagées.

Madame la conseillère Schares désire soulever deux questions concrètes à propos du document proprement dit. Ne faudrait-il pas également mentionner le cycle 4 dans le bâtiment « Schoul beim Schlass » ? Elle souhaite en outre savoir si tout s'est déroulé comme prévu dans le cycle 4.1 lors de la nomination du ou de la titulaire de classe, bien que l'enseignant ne soit pas encore connu. Au total, 591 élèves sont scolarisés dans la commune, dont 272 à l'école « Beim Schlass ». Au cours de l'année, ces 272 élèves n'ont plus été envoyés ensemble en récréation, mais l'on a séparé les cycles 3 et 4. Ce processus a également été repris dans l'organisation scolaire et dans l'emploi du temps. Quelle est la raison pour cette mesure ? Trop d'enfants se trouvent-ils réunis dans un espace réduit ? Ou existe-t-il des cas problématiques ? De manière générale, l'on constate également dans la société que de nombreuses personnes sont plus vite irritables, ce qui les fait réagir de manière agressive. Cette mesure a-t-elle été efficace ou non ? La récréation est supposée permettre aux enfants de prendre l'air, de se vider la tête et de se défouler. Si ce défoulement et cette activité physique font défaut, cela se répercutera tôt ou tard sur les cours, que ce soit au niveau de la concentration ou même de l'agressivité en classe. Tant qu'il n'y aura pas davantage d'espace disponible dans la cour de récréation, ce problème ne sera pas résolu. Ne serait-il pas possible de recourir à d'autres structures existantes ? Elle songe par exemple à l'espace devant ou à côté de l'école. La pelouse à l'arrière des ateliers municipaux pourrait également se prêter de manière idéale au football. À seulement 100 mètres de là se situe l'entrée du Duerfgaard, qui offre lui aussi de l'espace pour courir et jouer sans trébucher sur des escaliers. Il s'y ajoute que le Duerfgaard figure parmi les infrastructures répertoriées dans le PEP.

Madame la conseillère Schares voudrait expliquer par là qu'il existe des alternatives. Elle est consciente que cela exige de l'organisation et des efforts, mais il faut garder à l'esprit qu'il s'agit de nos enfants. Il faudra par conséquent trouver une solution, et ce non dans dix ans, mais pour la rentrée scolaire de septembre 2025. Elle a lu dans le rapport de la commission scolaire qu'il était également proposé d'utiliser la cour de récréation du nouveau SEA. Les enfants se plaignent de ne pas avoir assez d'espace pour s'adonner à leurs jeux préférés sans se disputer, et les parents se plaignent des escaliers, alors qu'il y a fréquemment des chutes. À long terme, elle estime que le grand escalier doit disparaître pour faire place à un escalier normal, éventuellement équipé d'un toboggan ou d'autres éléments passionnants. Il ne fait aucun doute que les enfants pourraient contribuer de nombreuses idées à ce sujet.

Madame la conseillère Schares souhaite revenir brièvement sur la situation de la veille :

les enfants ont pu rester chez eux en raison de la chaleur et n'ont pas dû se rendre à l'école l'après-midi. Quelle est la base sur laquelle se fondent de telles



décisions ? Mesure-t-on la température dans les différents bâtiments et dans les salles de classe ? L'orientation de la salle fait une grande différence.

L'état des bâtiments scolaires varie également considérablement d'une commune à l'autre. Si la chaleur est vraiment trop intense dans les bâtiments, ne serait-il pas plus judicieux d'envisager une meilleure protection solaire, et ce non seulement les jours d'annonce officielle d'une vague de chaleur ?

Madame la conseillère Schares souhaite aborder encore un autre point qui a été discuté ici l'année dernière. Il s'agissait alors du PDS (Plan de Développement Scolaire) et du manque de communication soulevé par les représentants des parents. À l'époque, il avait été annoncé que l'on s'informerait sur le fonctionnement de la communication avec le comité d'école et sur l'importance d'expliquer aux parents le rôle des représentants des parents. Ne serait-ce pas maintenant en début d'année scolaire le moment idéal à l'approche de l'élection de nouveaux représentants des parents en octobre, pour mettre en œuvre ces projets, peut-être avec un appel dans le bulletin communal et une brève explication, ou alors pour faire une réunion avec les trois personnes actuellement concernées, afin de clarifier les informations à y inclure. L'on pourrait également y mentionner les prochaines élections des représentants des parents d'élèves en octobre, avec l'indication que tous les parents peuvent se porter candidats.

Madame la conseillère Smit-Thijs répond que la décision d'avoir trois ou quatre classes dans le préscolaire n'est pas prise par la commune, mais par le ministère compétent. Pour ce qui est des récréations, les enseignants ne sont pas obligés de les organiser dans la cour de récréation. Comme l'a fait remarquer à juste titre la conseillère Schares, il existe de nombreuses autres possibilités qui pourraient être exploitées. Les escaliers ne sont certes pas une solution idéale, mais peuvent également servir à d'autres fins, par exemple pour s'y asseoir et discuter pendant la récréation, offrant ainsi aux enfants un endroit pour s'échanger. Comme elle l'a déjà mentionné, il serait également judicieux de créer davantage de synergies. Les structures mises à disposition de l'école et du SEA, par exemple, sont occupées à des moments différents, ce dont il faudrait tirer parti. La récréation pourrait également avoir lieu dans la cour du nouveau SEA. Il n'existe pas de directive fixe du ministère en cas de forte chaleur. Il n'est pas possible de fermer complètement l'école, alors que certains enfants ne peuvent pas rester à la maison, même si cela ne concerne généralement que quelques-uns. La prise de décision se fait en étroite collaboration avec le comité d'école. C'est la raison pour laquelle il a été décidé hier de choisir cette option.

Monsieur le bourgmestre De Smet explique que la décision de suspendre les cours en raison de la chaleur a été prise en concertation avec le président du comité d'école. Le personnel du SEA en a également été informé. L'école ne ferme complètement ses portes que lorsque le trajet scolaire s'avère impossible, c'est-à-dire en cas de chaleur extrême, d'inondation ou de verglas. Il conviendrait peut-être d'expliquer une nouvelle fois les différences entre les représentants des parents et l'association des parents dans le cadre du « Schoulbuet ».

Monsieur le conseiller Weirich voudrait savoir combien d'enfants étaient présents à l'école malgré la suspension des cours pour cause de chaleur. Madame la conseillère Smit-Thijs a salué le bon travail accompli en matière d'apprentissage de la langue luxembourgeoise dans le cycle 1. Il ne peut que se rallier à ses propos sur ce point. L'école remplit sa mission éducative et encourage également le comportement social des enfants. L'école reste un lieu d'intégration. Quel est le nombre des enfants en âge scolaire qui ne fréquentent pas l'enseignement fondamental de la commune ? Existe-t-il une journée portes ouvertes dans les écoles ? Il se réjouit que le projet pédagogique en collaboration avec l'UGDA ait de nouveau lieu, et ce dans douze classes.

Madame la conseillère Smit-Thijs répond que seuls les chiffres du SEA sont disponibles. Le matin, environ 25 % des jeunes enfants étaient absents, contre

environ 35 % chez les enfants plus âgés. L'après-midi, ce chiffre était d'environ 40 % pour les plus jeunes et d'environ 50 % pour les enfants plus âgés. L'intégration est importante, mais les parents ont également des exigences différentes, en particulier ceux qui ne vivent que temporairement dans la commune. Dans le cadre de l'éducation précoce, tous les parents sont contactés par courrier, et environ 75 % font appel à cette offre, mais ce chiffre diminue au fil du temps. Une journée portes ouvertes est organisée la semaine prochaine.

Madame la conseillère Schares demande si cette journée portes ouvertes ne pourrait pas être étendue à tous les bâtiments.

Madame la conseillère Smit-Thijs formulera cette suggestion lors de la prochaine réunion de la commission scolaire.

Ce point est adopté à l'unanimité.

B. Plan d'encadrement périscolaire 2025/2026 : approbation

Madame la conseillère Smit-Thijs précise que ce point concerne le plan d'accueil périscolaire, en abrégé PEP, pour l'année scolaire 2025/2026, qui doit être actualisé chaque année. Celui-ci a également été approuvé par la commission scolaire lors de sa réunion du 19 juin 2025. Elle souhaite revenir brièvement sur les modifications apportées. Le nom de la personne responsable du service scolaire de la commune a été adapté. Elle tient ici à remercier chaleureusement Massimo Manzari pour son excellent travail au sein du service scolaire. Au cours de l'année scolaire 2025/2026, les enfants du cycle 1 seront pris en charge au SEA « Beiestack », et les enfants des cycles 2 à 4 au nouveau SEA « bei der Gemeng ». Il ne s'agit que de modifications mineures.

Madame la conseillère Schares désire faire une remarque concernant le point 3 relatif aux horaires. Dans le tableau concernant l'offre d'encadrement, l'on a ajouté partout la mention « aide aux devoirs ». Elle estime que cette mention pourrait être supprimée pour les cycles 1.1 et 1.2 alors qu'il n'y a normalement pas de devoirs au préscolaire. Quant au point 4.1 relatif au conseil communal des enfants, elle fait remarquer qu'elle a déjà entendu à plusieurs reprises des enfants et des parents dire que les enfants ne savent pas vraiment ce qu'il advient de leurs projets ou qu'il s'agit souvent de projets qui s'éternisent. Au moment de la réalisation du projet, les enfants concernés ne feraient plus partie du conseil communal des enfants et n'apprendraient pas ce qui est advenu de « leur » projet. Aussi voudrait-elle savoir comment la communication est gérée dans ce contexte. Les élèves reçoivent-ils de temps en temps des informations sur les projets sélectionnés et une explication sur ce qui a été mis en œuvre ou le sera ? Elle apprécierait également que l'on communique à l'extérieur tout ce que les enfants réalisent dans le cadre du conseil communal des enfants, et s'enquiert de la possibilité d'obtenir une liste de tous les projets qui ont été sélectionnés et réalisés ces dernières années.

Madame la conseillère Smit-Thijs explique qu'il est souhaitable que la communication relative aux projets passe par les enfants. Les membres du conseil communal des enfants présentent les préoccupations de leur classe respective lors des réunions et informent ensuite leurs camarades de classe des décisions qui ont été prises. L'encadrement est assuré par deux enseignants et éducateurs du SEA. Quant aux projets qui ne peuvent pas être mis en œuvre, les raisons respectives en sont toujours expliquées.

Monsieur le bourgmestre De Smet ajoute que depuis cette année, la communication passe également par Dimmi. La demande d'un bilan annuel sera transférée. Cette année, l'on a notamment mis en œuvre le projet des cendriers mobiles étant donné que les mégots qui parsemaient le sol dérangent fortement les élèves.

Le conseil communal adopte ce point à l'unanimité.



08. Les Centres pour Personnes Âgées de la commune de Bertrange

A. Contrat de bail concernant la location d'un duplex : confirmation

Monsieur le bourgmestre De Smet explique qu'il s'agit ici du contrat de bail d'un appartement duplex dans l'immeuble Dr. Sisy Lentz. Le contrat de bail a déjà été approuvé par la commission administrative du CPA. La surface habitable est de 114 m², et ce duplex sera loué à partir du 15 juillet 2025. Tel qu'il appert du contrat, le bail sera résilié en 2026 voire au plus tard en 2027 afin de pouvoir effectuer des travaux importants. Il s'agit du logement de fonction de l'ancien concierge, qui est désormais à la retraite. Il est prévu d'y créer d'autres logements pour personnes âgées. Ce contrat a été conclu pour la période de transition. Le locataire connaît bien la maison et ses habitants, ce qui est certainement un avantage. En raison de la durée limitée du contrat, il n'a pas été possible d'y héberger une famille, sachant qu'au moment de la résiliation, il n'y aurait peut-être pas d'appartement approprié disponible pour sa réinstallation. C'est la raison pour laquelle le choix s'est porté sur le contrat de bail en question. Quant au loyer perçu, il servira par la suite à la rénovation de logements.

Le conseil communal approuve ce point de l'ordre du jour à l'unanimité.

09. Finances

A. Budget participatif : validation des projets

Monsieur le bourgmestre De Smet explique qu'il s'agit en l'occurrence du budget participatif et de l'examen des projets y lié. Le règlement relatif au budget participatif a été voté en mars 2024, suite à quoi les citoyens ont pu soumettre leurs projets. Dans un deuxième temps, il a été procédé à l'examen de leur recevabilité et faisabilité, pour présenter ensuite les projets approuvés au vote public. L'objectif du budget participatif est d'encourager la participation active des citoyens et améliorer ainsi la qualité de vie dans la commune. Tant des particuliers que des associations locales ont participé, et il voudrait saisir l'occasion pour exprimer ses remerciements aux participants. Au total, douze projets ont été reçus, dont quatre ont été retenus et proposés au vote. Certains participants ont soumis plusieurs projets, ce qui n'était pas autorisé par le règlement. Les participants ont pu alors décider eux-mêmes avec quel projet ils souhaitaient entrer en lice. Pour une première édition, le résultat est satisfaisant, et il estime que lors de la deuxième édition, les citoyens et associations seront encore plus nombreux à participer et soumettre leurs projets.

Monsieur le bourgmestre De Smet passe ensuite à la proclamation des résultats du vote. La première place a été remportée par le projet d'une table de ping-pong dans l'espace public. Une telle table est déjà prévue dans le nouveau SEA et une autre sera installée près du terrain multisports du Centre Atert. Cette idée sera également intégrée dans la planification du parc Helfent. La deuxième place revient au projet d'installation d'un défibrillateur au boulodrome. Il s'agit en l'espèce d'un projet important qui peut sauver des vies. Il félicite les initiateurs de ce projet et indique qu'il pourrait être étendu par l'installation de défibrillateurs sur l'ensemble du territoire de la commune. La troisième place a été attribuée au projet d'optimisation du Shared Space. Après dix ans, le bilan s'avère très positif. Le Shared Space est à la fois une véritable success story et un projet pionnier, dont de nombreuses communes se sont inspirées. Comme pour toute initiative, il convient toutefois de se remettre en permanence en question, raison pour laquelle ce projet tombe à point. L'appel à une analyse du Shared Space est une excellente initiative. La quatrième place revient au projet d'un kiosque pour le parc Helfent. Ce dernier nécessite un réaménagement. Les autorités communales y travaillent actuellement, et l'idée d'un kiosque y sera certainement intégrée. Étant donné que le règlement n'exclut pas la réalisation de

plusieurs projets, il a été décidé de mettre en œuvre les trois projets ayant obtenu le plus de votes alors que ceux-ci entrent dans le cadre du budget prévu.

Monsieur le conseiller Rauchs indique que l'installation est certes une étape importante, mais que la deuxième étape essentielle consiste à informer les citoyens de leur emplacement et de leur utilisation. Il estime également essentiel de prévoir rapidement une infrastructure de base dans le parc Helfent, susceptible d'être développée à long terme.

Monsieur le bourgmestre De Smet réplique que cela sera mis en œuvre à court ou moyen terme. Il y a toutefois lieu d'en examiner la faisabilité.

Madame la conseillère Schares estime que le budget participatif est globalement positif. Elle trouve toutefois un total de 82 voix un peu faible et voudrait connaître le nombre des citoyens ayant participé au vote. Il importe de poursuivre ce projet, mais aussi d'en faire davantage la promotion. Elle se réjouit de l'installation de défibrillateurs. En ce qui concerne la table de ping-pong, elle espère qu'il n'y en aura pas qu'une seule, mais plusieurs, y compris dans le parc Helfent.

Monsieur le bourgmestre De Smet indique que 56 citoyens au total ont voté.

Ce point est adopté à l'unanimité.

B. Subsidés ordinaires et extraordinaires à allouer aux sociétés locales et autres

Monsieur l'échevin Lang explique que le tableau présenté a été expliqué en détail le 18 juin 2025 au sein de la Commission des finances. Les subsides versés chaque année témoignent de l'importance et de la reconnaissance que le collège échevinal et le conseil communal accordent aux associations locales, qui apportent une contribution très importante à la commune. Il souhaite expliquer brièvement les critères d'évaluation qui constituent les piliers de l'octroi des subsides. Il est tenu compte du nombre de membres, des activités de l'association dans la commune de Bertrange, de la participation aux activités de la commune elle-même ainsi que du nombre d'entraîneurs qualifiés. Le montant total des subsides s'élève cette année à 107.500 euros, dont 47.500 euros sont destinés aux subsides d'ordre général et 60 000 euros au volet pédagogique (travail éducatif). Il convient de souligner en particulier que ce montant a été augmenté de 40.000 euros à 60.000 euros, ce afin de tenir compte du travail des clubs et associations en faveur des jeunes, tous les conseillers communaux s'accordant à dire que ce travail est un élément central du travail associatif. Outre les subsides ordinaires, la commune de Bertrange verse également des subsides extraordinaires. Il souhaite citer ici quelques exemples. Un subside de 16.600 euros a ainsi été accordé dans le cadre de la participation aux United World Games à Klagenfurt, où Bertrange était représentée par des équipes de jeunes du BBC Sparta, du FC Sporting et du Volley Bartreng. Ce fut non seulement un succès sportif en termes de résultats, mais aussi une expérience humaine formidable. Les bénévoles sont absolument indispensables au bon fonctionnement des associations locales. Les autorités communales en sont conscientes et apprécient leur contribution. La commune travaille désormais également avec l'Agence du Bénévolat. Une preuve supplémentaire de l'appréciation du travail bénévole a été la soirée organisée à la fin de l'année dernière en l'honneur desdits bénévoles.

Outre les subsides financiers, Monsieur l'échevin Lang souhaite également mentionner brièvement les subsides indirects, essentielles pour une vie associative active. Il s'agit par exemple de la mise à disposition de locaux, tels que la salle de sport Niki Bettendorf, le Centre Atert, l'ArcA, et les salles du nouveau Centre Bureck. À ce stade, il convient également de remercier tous les concierges de la commune, qui accomplissent un travail important pour les associations. Il est

également prévu qu'à partir du mois de septembre, la commune de Bertrange mette à la disposition des associations un minibus pour se rendre aux matchs et aux manifestations à l'extérieur le weekend. Cela répond à une demande concrète de plusieurs associations, pour lesquelles un tel véhicule représente une aide précieuse.

Monsieur le bourgmestre De Smet ajoute que ce bus est mis à la disposition de toutes les associations, et non seulement des clubs sportifs. Il tient également à souligner que ce qu'il a récemment vécu lors d'une assemblée générale d'un club sportif est inacceptable. Il a formulé un avertissement, et les responsables ont présenté leurs excuses. Il souhaite toutefois préciser ici que si un tel comportement devait se reproduire, il serait sanctionné par le retrait des subsides.

Madame la conseillère Schares indique que son groupe apprécie l'augmentation du budget consacré au travail pédagogique en vue de poursuivre la promotion du travail des jeunes dans les associations. Elle se réjouit que le village compte de nombreuses associations actives qui continuent à planifier et à mener leurs activités avec motivation et engagement. Outre le soutien financier, l'on nécessite évidemment toujours beaucoup de matériel, d'infrastructures et de technologie. À chaque assemblée générale, la commune récolte des remerciements pour tout ce soutien. Cependant, lorsqu'on s'entretient directement avec les responsables des associations, l'on note parfois que certains problèmes persistent et que l'un ou l'autre bénévole perd soudainement un peu de sa motivation. Il serait peut-être judicieux de dresser un inventaire de l'ensemble du matériel disponible dans la commune, du barbecue aux tentes en passant par la sono, avec un aperçu de l'emplacement de chaque équipement.

Monsieur le bourgmestre De Smet répond que la location de salles devrait se faire en ligne d'ici la fin de l'année. Dans ce contexte, les associations devraient également avoir la possibilité de gérer elles-mêmes leurs informations internes. Dans un deuxième temps, il sera également possible de soumettre les demandes de subsides en ligne.

Ce point est adopté à l'unanimité.

C. MultiCulti 2025 : subside

Monsieur l'échevin Lang explique que l'événement MultiCulti, qui s'est déroulé le 9 mai 2025 au Centre Atert, a connu à nouveau un grand succès. Depuis des années, cette fête fait partie intégrante des activités de la Commission du vivre-ensemble interculturel. Cette année encore, il est donc proposé de faire un don de 2.000 euros à l'organisation « Stëmm vun der Strooss asbl ».

Madame la conseillère Schares demande si le montant du don est calculé en fonction des recettes.

Monsieur l'échevin Lang le confirme.

Le conseil communal adopte ce point à l'unanimité.

D. Bartreng beweegt sech 2025 : subside

Monsieur l'échevin Lang expose que l'événement « Bartreng beweegt sech » s'est déroulé dans le cadre de la « Nuit du Sport » du 14 juin 2025. Il s'agissait déjà de la 21^{ème} édition, qui a une nouvelle fois attiré un public nombreux et remporté un franc succès, comme le prouvent les chiffres suivants. Au total, 837 personnes ont participé et 690 lors de la « Nuit du Sport », à savoir 301 adultes et 389 enfants. La commune de Bertrange a fait un don de 0,50 euro par kilomètre parcouru, somme qui a été augmentée de 500 euros par bénéficiaire du don par les deux sponsors Belle Etoile et City Concorde. Les dons, d'un montant de 2.095 euros chacun, seront versés cette année à l'association

ZAK (Zesummen aktiv) et à l'ALGSO (Association Luxembourgeoise des Groupes Sportifs Oncologiques). Il souhaite également annoncer que l'année prochaine, la contribution de la commune de Bertrange par kilomètre parcouru passera de 0,50 euro à 1,00 euro.

Ce point est adopté à l'unanimité.

10. Projets

A. Devis relatif aux travaux de réaménagement du chemin entre Grevelsbarrière et Leudelage-Gare : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet indique qu'il s'agit en l'occurrence du devis concernant le chemin entre Grevelsbarrière et Leudelage-Gare. Le 29 novembre 2024, le conseil communal avait déjà approuvé un devis de l'ASTA d'un montant de 133.000 euros pour la remise en état des chemins ruraux. Selon le plan présenté, celui-ci concerne les tronçons 1 et 2, c'est-à-dire de la route de Longwy jusqu'à la lisière de la forêt. Le devis présenté actuellement concerne les tronçons 3 et 4, qui seront réalisés en étroite collaboration avec le préposé forestier local. Les chemins forestiers seront réaménagés avec des sédiments rocheux, très similaires au calcaire et donc parfaitement adaptés à la création de chemins à revêtement dur dans la forêt, facilement praticables à vélo. Afin de les rendre praticables pour les vélos, les chemins seront également élargis. Au total, le réaménagement, d'un montant de 198.900 euros porte sur une distance d'un 1,2 kilomètre. On saisira l'occasion pour construire une passerelle au-dessus du ruisseau. Il aimerait remercier le préposé forestier et son équipe, qui construiront cette passerelle avec du bois en provenance des forêts locales. Il a été demandé trois devis, dont on a retenu le moins cher.

Madame la conseillère Schares demande si un autre devis est attendu pour les tronçons 5 et 6, qui semblent ne pas avoir été pris en considération.

Monsieur le bourgmestre De Smet répond que les points 5 et 6 relèvent de la compétence de la commune de Leudelage. Dans ce contexte, il tient également à indiquer qu'il est prévu de construire un passage pour piétons et un arrêt de bus à hauteur de la Grevelsbarrière. Il ne peut pas encore en préciser la date, mais ces travaux devraient être mis en œuvre à court terme par l'Administration des ponts et chaussées.

Ce point de l'ordre du jour est adopté à l'unanimité.

B. Devis relatif à l'aménagement d'un chemin piétonnier le long de la route de Longwy : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet explique qu'il s'agit ici de l'aménagement d'un chemin piétonnier le long de la route de Longwy. La réalisation de ce projet fera le bonheur de nombreux citoyens. Il y a quelque temps, une autre variante avait été envisagée, qui n'était malheureusement pas réalisable. Pour ce projet, il a été conclu un accord de principe avec le propriétaire des parcelles requises à cet effet. Il ne fait aucun doute que ce chemin piétonnier garantira une plus grande sécurité et favorisera la mobilité active. De plus, cette liaison permettra d'accéder plus rapidement et plus facilement au centre du village. Les arbres existants seront conservés et leurs racines protégées par des ponts. Les piétons quant à eux seront protégés par un muret californien. L'attractivité et la sécurité des déplacements à pied ou à vélo continuent de jouer un rôle essentiel et s'inscrivent dans la politique menée sans relâche ces dernières années. Le nouveau chemin piétonnier sera également conforme à la norme PMR. Il s'agit au total de 350 mètres pour un coût de 850.000 euros. Les travaux devraient débiter après le congé collectif de 2026.

Monsieur le conseiller Weirich explique que son groupe salue ce projet qui, après de longues années, pourra enfin être mis en œuvre. Il regrette toutefois qu'il s'agisse d'un chemin réservé aux piétons, non destiné aux vélos, tout en étant conscient qu'il est parfois impossible de concilier tous les desiderata.

Monsieur le bourgmestre De Smet ajoute que la largeur réglementaire requise pour les vélos n'est pas donnée.

Monsieur l'échevin Colabianchi ajoute qu'il existait plusieurs variantes, dont aucune n'était réalisable, ce soit parce que les propriétaires refusaient de vendre leur parcelle, soit parce que l'autorité compétente n'avait pas donné son accord. On a assisté ici à un revirement, ce dont on ne peut que se réjouir.

Ce point est adopté à l'unanimité.

C. Devis relatif à l'aménagement d'un « Verkeiersgaart » à Bertrange : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet expose que ce point concerne l'aire de jeux situé rue des Aubépines. Celle-ci est en mauvais état et donc fermée depuis longtemps. Toutes les aires de jeux ont fait l'objet d'une analyse, et les autorités communales ont fixé des priorités claires quant à celles qui devaient être rénovées en premier lieu. Monsieur le bourgmestre De Smet est conscient que cela a pris du temps, mais il est convaincu que l'attente en vaudra la peine. L'aire de jeux en question sera aménagée en jardin de circulation, où les plus petits pourront faire du vélo et se familiariser avec les règles de circulation, ce dans un environnement sûr et proche de la nature. L'aire de jeux sera aménagée conformément aux normes PMR et aura pour but d'initier les enfants au vélo de manière ludique. Il sera créé un petit parc de circulation avec de véritables panneaux de signalisation, où l'on pourra simuler différentes situations de circulation. L'on y trouvera également des feux de signalisation et des passages pour piétons. Outre le jardin de circulation, il est prévu d'installer trois tours de jeux, reliées entre elles par des ponts et des filets. Pour permettre aux enfants de se reposer après s'être défoulés, l'on a prévu des bancs ainsi qu'une station de réparation des vélos et de gonflage des pneus. Il tenait à cœur du conseil communal d'intégrer une composante pédagogique, permettant d'enseigner les règles de circulation de manière ludique, par exemple par le biais d'un jeu de mémoire sur le code de la route. Une grande importance a également été accordée à l'utilisation de matériaux naturels qui, d'une part, sont perméables à l'eau et, d'autre part, favorisent la biodiversité. Il est également envisagé de planter des arbres supplémentaires, censés dispenser de l'ombre. Le coût afférent s'élève à environ 530.000 euros. Cette somme est certes considérable, mais reste raisonnable compte tenu des travaux à réaliser. Les aires de jeux sont coûteuses, mais si l'on considère leur objectif, ce projet vaut chaque cent dépensé, alors qu'il permet aux plus jeunes membres de la communauté de se familiariser avec le vélo dès leur plus jeune âge et d'apprendre à rouler dans un environnement sûr. Une affirmation de l'opposition l'a fait sourire. Elle concernait la nécessité de réaménager les aires de jeux à court terme afin de les rendre utilisables. La devise reste de mettre en œuvre les projets de manière réfléchie et selon les règles de l'art, sans agir avec précipitation.

Madame la conseillère Schares fait remarquer qu'il s'agit ici d'un projet destiné principalement aux enfants en bas âge. Les schémas présentés ne permettent pas vraiment de se faire une idée précise de la réalité.

Quelle est la largeur des voies tracées et quid de la surface de l'aire de jeux ? Sera-t-il conçu sans sentiers ni zones de repos ? Elle pense que l'espace prévu est principalement destiné aux draisennes et aux petits vélos. Selon elle, l'emplacement est trop petit pour être considéré comme véritable jardin de circulation. Elle estime qu'il s'agit plutôt d'une aire de jeux sur le thème de la circulation, étant donné qu'elle entend sous le terme de jardin de circulation un terrain plus

large, où les enfants plus âgés pourraient eux aussi s'exercer à différentes situations de circulation avec leurs vélos et entraîner leur dextérité et leur équilibre. Elle trouve également que l'emplacement n'est pas adapté à ce concept, alors qu'il est situé dans un quartier résidentiel un peu à l'écart et n'est accessible que par un sentier étroit. Elle n'a rien à redire à propos des chicanes, qui doivent toutefois également être praticables pour un vélo cargo. L'aire de jeux est nichée dans une cour intérieure d'immeubles résidentiels. Un concept aussi particulier est censé attirer un large public, d'où le risque de nuisance sonore pour les voisins. Elle est favorable à l'idée de mettre en place un jardin de circulation, mais ce concept doit être bien réfléchi et s'adresser à toutes les générations, dans un lieu plus ouvert et plus visible.

Madame la conseillère Schares évoque par ailleurs que le collège échevinal parle depuis deux ans déjà du projet d'élaborer un concept global pour les aires de jeux. L'aire de jeux discutée ici en fait-elle partie ? À son avis, un concept implique de répertorier toutes les aires de jeux, tant celles en cours d'utilisation que celles plus anciennes, abandonnées et délaissées aujourd'hui à l'état de prairies. Il s'agit de déterminer où et pour quel âge elles sont requises, couvrir différents thèmes, etc. Il existe à présent un plan concret pour une aire de jeux. Celle-ci fait-elle partie du concept global ou s'agissait-il simplement de réaliser une structure à cet endroit ? Si elle fait partie d'un concept, elle aimerait avoir un aperçu du concept restant. Elle tient également à souligner que si l'on entend construire à présent une aire de jeux pour un demi-million d'euros, l'ensemble du poste budgétaire prévu pour 2025 sera épuisé. La somme votée conjointement aura alors été investie intégralement dans cette seule aire de jeux, et rien dans une étude globale ?

Monsieur le bourgmestre De Smet répond que la commune compte plus de 30 aires de jeux. Il fallait bien commencer quelque part et, pour les raisons susmentionnées, le choix s'est porté sur cette aire de jeux. Le jardin de circulation a été spécialement adapté aux plus jeunes de la communauté, et son emplacement est idéal pour cette tranche d'âge, alors qu'il est sis dans un quartier résidentiel et non le long d'une route principale. Il s'y ajoute qu'il faut dresser un inventaire des infrastructures souterraines et tenir compte des exigences du ministère de l'Environnement. L'inventaire des aires de jeux sera présenté lors d'une prochaine réunion de travail du conseil communal. Il fait remarquer que la commune obtient chaque année le label « Sécher Spillplaz ». S'il devait s'avérer qu'une des aires de jeux ne bénéficie plus de ce label, il est évident qu'elle sera remise en état. Cela permet également d'intervenir de manière ponctuelle sans avoir à rénover complètement une aire de jeux.

Monsieur le conseiller Weirich fait remarquer que cette aire de jeux lui tient à cœur et qu'il se réjouit du fait qu'elle sera réaménagée. La situation initiale est désormais claire. Serait-il possible de publier une ventilation des aires de jeux en fonction de l'âge des enfants ? Il souhaite également savoir de quel laps de temps il est question.

Monsieur le bourgmestre De Smet répond que toutes les aires de jeux de la commune sont répertoriées dans l'application « Spillplaz.lu ». Par ailleurs, une carte de la commune est également en cours d'élaboration, sur laquelle figureront non seulement les aires de jeux, mais aussi d'autres infrastructures importantes. Le projet sera soumis au vote aujourd'hui, puis fera l'objet d'un appel d'offres, de sorte que les travaux pourraient probablement être entamés l'année prochaine.

Monsieur le conseiller Miller ajoute qu'une telle aire de jeux est primordiale pour initier les plus petits à un comportement correct à vélo. Cette approche s'inscrit également dans le principe de la sécurité sur le chemin de l'école et témoigne de la volonté de la commune de devenir une commune favorisant les déplacements à vélo.



Ce point est adopté à l'unanimité.

D. Devis relatif à la réalisation d'un passage souterrain pour la mobilité douce entre la rue Charles Schwall et la Cité am Wenkel : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet explique qu'il s'agit en l'occurrence d'un projet de plus visant à soutenir et à promouvoir la mobilité active. Cela devrait également permettre de mettre fin à la division du village du fait de la voie ferrée et d'améliorer la liaison nord-sud. Outre la passerelle, il est prévu de construire un passage souterrain reliant la Cité am Wenkel à la rue Charles Schwall. Cette rue est fortement fréquentée pour rallier l'école européenne et le lycée de Mamer. L'idée de départ pour la passerelle et le passage souterrain était de créer un passage sécurisé pour les piétons et les cyclistes, sans que ceux-ci ne soient obligés de traverser la voie ferrée. Il a été procédé à une analyse afin de déterminer les faisabilités techniques et les terrains nécessaires à la commune pour la mise en œuvre des projets. Finalement, l'on a étudié deux variantes pour le passage souterrain, l'une avec une rampe et l'autre sans rampe. Il existe malheureusement des contraintes techniques non négligeables, engendrant en sus un impact substantiel sur le coût du projet. Il s'ensuit que le passage souterrain sera construit sans rampe dans un premier temps. Cette décision a été prise en raison du fait que les pentes des rampes auraient été trop raides. De plus, les contraintes liées à la parcelle impliquaient l'obligation de construire en partie des virages à 90 degrés, qui non seulement ne sont pas faciles à négocier à vélo, mais peuvent également entraîner des situations dangereuses. Il est toutefois prévu d'installer des ascenseurs et d'équiper les cages d'escalier de rails à vélo, afin que cette variante du passage souterrain reste attrayante pour les cyclistes. Le passage souterrain est par ailleurs conforme à la norme PMR. L'on compte en outre mettre en place des mesures de modération du trafic dans la rue Charles Schwall.

Monsieur le bourgmestre De Smet explique que la variante avec rampe aurait entraîné des coûts supplémentaires de 1,3 million d'euros, une somme non négligeable pour une variante qui n'était pas une solution optimale. Il faut également garder à l'esprit qu'il y aura des coûts de la part des CFL à supporter. Ceux-ci se chiffrent à 900.000 euros pour la variante avec rampe, mais seulement à 510.000 euros pour le passage souterrain sans rampe. Pour la construction du passage souterrain, il faudrait déplacer les caténaires ; les coûts afférents seront à la charge de la commune. Il existera toujours la possibilité de construire les rampes ultérieurement, cela restant techniquement faisable. Au total, les coûts de ce projet s'élèvent à 4,2 millions d'euros, TVA comprise.

Monsieur le bourgmestre De Smet précise que les travaux sont censés commencer début 2027 et s'achèveront au printemps 2028. Pour des projets de construction d'une telle envergure, la fermeture de la ligne ferroviaire doit être demandée deux ans à l'avance. Actuellement, la commune recourt à des périodes de fermetures déjà prévues par les CFL. Il aimerait profiter de cette occasion pour remercier les responsables de la CFL pour les discussions constructives et leur aide. Grâce à cette liaison permanente et sécurisée pour les cyclistes et les piétons, l'infrastructure deviendra encore plus attrayante et plus sûre.

Madame la conseillère Schares expose que deux variantes ont été soumises au collège échevinal, qui a opté pour celle sans rampe et a élaboré l'avant-projet définitif en conséquence. Personnellement, elle aurait plutôt choisi le projet avec les rampes pour la simple raison que celui-ci aurait été plus complet. Elle comprend les inquiétudes quant au danger que pourraient représenter les rampes lorsque deux personnes se croisent à grande vitesse. Mais avec certaines règles, le respect mutuel, des marquages au sol ou au besoin un bouton à actionner pour signaler l'approche d'un cycliste dans le sens opposé, l'on aurait pu envisager d'autres possibilités. Ce projet englobait déjà une somme considérable, et ce uniquement pour des ascenseurs et des escaliers. Pourquoi ne pas investir une somme supplémentaire de 1,2 million d'euros, ce qui permettrait de

réaliser une infrastructure appropriée. La commune dépense beaucoup d'argent pour bien d'autres choses, raison pour laquelle elle aurait considéré cet investissement comme judicieux. Elle suppose toutefois que la décision est définitive. Son groupe parlementaire est disposé à la soutenir, étant donné que le moment est venu d'agir à cet endroit. Il n'en reste pas moins qu'il faudrait réfléchir à nouveau à la manière dont on pourrait répondre aux besoins des cyclistes. Il existe certainement des solutions plus créatives et innovantes qu'un petit rail pour surmonter les escaliers avec un vélo. Pourquoi ne pas envisager une espèce de tapis roulant ? Un frein serait activé lors de la descente et un petit moteur à la montée. Elle se demande par ailleurs si les escaliers doivent vraiment être tournants. Ou n'existe-t-il pas d'autre possibilité vu la configuration des lieux ? Pour l'ascenseur, ne pourrait-on pas prévoir un dispositif permettant de placer le vélo en position verticale ? Elle suggère également de contacter les collègues de Serfaus, afin de connaître leur façon de gérer en été les vélos dans les télécabines.

Monsieur le bourgmestre De Smet répond qu'ils avaient effectivement étudié la possibilité d'installer les tapis roulants motorisés évoqués par Madame la conseillère Schares. Des ajustements seront certainement encore apportés. Quant au passage souterrain, il est prévu de l'aménager de manière plus ludique. Il ne faut pas oublier que ce projet est réalisé sans subventions de la part de l'État.

Madame la conseillère Damjanovic indique qu'en tant que résidente de la rue Charles Schwall, elle se réjouit de ce projet. Elle observe presque tous les jours des gens passer sous les barrières fermées, parce que l'attente leur paraît trop longue. Ce projet est susceptible d'améliorer la sécurité.

Monsieur l'échevin Lang ajoute qu'il est prévu de construire non seulement le passage souterrain, mais aussi la passerelle au-dessus de la voie ferrée.

Ce point est adopté à l'unanimité.

11. Urbanisme

A. Modification ponctuelle du projet d'aménagement général « Brill » : approbation

M. le bourgmestre De Smet explique que ce point concerne la modification ponctuelle du PAG Brill. Cette procédure avait déjà été lancée lors de la réunion du conseil communal du 27 septembre 2024. Il souhaite en résumer brièvement l'historique. L'élaboration de cette partie du plan d'aménagement remonte à bien des années et n'a pas pu être mise en œuvre, principalement en raison des conditions de propriété. L'objectif de cet aménagement est de permettre la création de logements encadrés pour personnes âgées et de logements résidentiels. Le 28 septembre 2017, le conseil communal de l'époque a été saisi pour la première fois de la modification ponctuelle du PAG Brill, afin de la soumettre à la procédure et de lancer une phase d'objection. Cette décision avait été prise à l'unanimité. Le 8 décembre 2017, la modification ponctuelle du PAG a été soumise au vote. Début 2018, les autorisations ont été accordées par le ministère de l'Environnement et de l'Intérieur. Par la suite, il a été procédé à l'élaboration du PAP Brill, dont la première version fut soumise à la procédure dès début 2019, avant qu'une version révisée ne soit présentée en novembre 2019. Le 8 mai 2020, le PAP Brill a été adopté à l'unanimité par le conseil communal. Toutes les personnes présentes savent que la mise en œuvre de ce PAP a échoué du fait qu'une réaffectation à l'amiable n'a pu se faire en raison du refus d'un propriétaire qui refusait de participer au projet. Afin de mieux tenir compte des conditions de propriété, l'objectif était de trouver une solution urbanistique qui serait en harmonie avec la Cité am Wénkel existante et créerait un quartier vivant pour toutes les catégories d'âge.

Monsieur le bourgmestre De Smet explique que la modification ponctuelle concerne principalement la partie graphique, dans laquelle la « zone d'habitation – Troisième âge » (HAB-TA), c'est-à-dire les logements encadrés pour personnes âgées, est déplacée vers le nord afin de rendre le PAP réalisable – ce en deux phases, la question des conditions de propriété ayant été clarifiée. Des modifications seront également apportées à la partie écrite, notamment dans le sens qu'au moins 5 % de la surface construite brute (SCB) de la zone HAB-TA devra être réservée à des commerces, des services médicaux et administratifs ou d'autres activités liées aux besoins du quartier. En outre, l'article sur la servitude de l'écran de verdure précisera que les bassins de rétention seront aménagés de manière écologique et proche de la nature.

Monsieur le bourgmestre De Smet ajoute que le collège échevinal maintient son ancienne position selon laquelle une deuxième phase sud ne peut être réalisée qu'à condition qu'il existe la possibilité d'un accès par la rue des Champs. Dans son avis du 7 avril 2025, la commission d'aménagement a rendu un avis a priori positif. Il y a eu un malentendu concernant le PAP en vigueur. Ce point a été clarifié avec le ministère et tout est désormais réglé. Le rapport explicatif indiquait clairement que la modification ponctuelle allait entraîner l'abrogation de l'ancien PAP. Bien qu'un numéro de référence erroné ait été utilisé, la voie est désormais libre pour élaborer un PAP entièrement nouveau. Une modification a également été apportée au texte concernant les services pouvant être proposés sur le site : ceux-ci doivent être en lien direct avec la zone HAB-TA. La commission n'a pas formulé d'autres remarques concernant la modification ponctuelle. Par ailleurs, il s'est tenu une réunion d'information le 9 octobre 2024. La modification ponctuelle du PAG et le nouveau PAP ont été soumis en parallèle à la procédure. Il était essentiel pour le collège échevinal de ne pas semer la confusion parmi les citoyens et d'assurer une plus grande transparence dans ces procédures parfois complexes. Une grande importance a été attachée à l'explication des délais et des procédures afin que tout un chacun ait la possibilité de consulter le dossier et de faire part de ses suggestions. De plus, la réunion d'information a attiré un public nombreux. Les citoyens ont pu poser leurs questions et ont obtenu des réponses à toutes leurs préoccupations.

Monsieur le bourgmestre De Smet poursuit en indiquant que les citoyens avaient la possibilité d'introduire leurs objections entre le 4 octobre et le 4 novembre 2024. Au total, six objections ont été reçues, dont une contre la modification ponctuelle du PAG Brill tandis que les cinq autres concernaient le PAP lui-même. Il compte y revenir plus en détail ultérieurement. L'invitation à une réunion le 28 avril 2025 a été adressée à l'ensemble des réclamants alors que seuls ceux qui avaient déposé une objection dans le cadre du PAG auraient effectivement dû être invités. Cependant, le collège échevinal tenait à discuter ouvertement avec les citoyens, à être à leur écoute et à leur proposer des solutions appropriées.

Monsieur le bourgmestre De Smet souhaite revenir sur les objections formulées. L'une d'entre elles concernait l'absence d'informations sur la deuxième phase. Cela n'est pas tout à fait exact alors que ces informations figuraient dans l'étude préparatoire, dans le plan directeur et dans le rapport explicatif du projet PAP. Le collège échevinal maintient sa position selon laquelle la deuxième phase ne peut être mise en œuvre que si le deuxième accès est possible. Un PAP distinct sera élaboré pour la deuxième phase, dans le cadre duquel les citoyens pourront faire part de leurs suggestions. Des objections ont également été reçues concernant la mobilité et la circulation. Tous les réclamants ont ainsi exprimé des préoccupations concernant la circulation et l'augmentation du nombre de véhicules. La rue de la Cité am Wénkel, qui mène au Brill, est considérée comme une rue de desserte et, avec ses 5,5 m de largeur, est déjà conçue pour pouvoir accueillir le trafic. Il y a également lieu de rappeler que le projet initial de la Cité am Wénkel prévoyait déjà un tracé routier pour un futur quartier tel que Brill. Il s'y ajoute que des mesures de modération du trafic sont envisagées : trois dos d'âne (surélévations sinusoïdales) sur la rue de desserte de la Cité am Wénkel,

ce dans un souci de sécurité et de réduction de la vitesse. Ces plans ont été présentés aux riverains et devraient être mis en œuvre prochainement. En ce qui concerne le bruit, la poussière et les dommages en général, l'accord d'exécution du PAP prévoit l'installation de murs antibruit et anti-poussière afin de réduire au maximum les nuisances.

Monsieur le bourgmestre De Smet résume brièvement les changements apportés par la modification ponctuelle du PAG. Tant la zone HAB-TA que la zone ZHAB-1 sont adaptées. Par ailleurs, le coefficient de densité dans la zone HAB-TA sera réduit suite à l'agrandissement de cette zone. Il est prévu une adaptation ponctuelle de la servitude « Écran de verdure » au projet PAP. Enfin, le plan directeur sera adapté et le PAP actuel abrogé.

Pour conclure, Monsieur le bourgmestre De Smet remarque que les complications rencontrées lors de la mise en œuvre du PAP actuel ont eu pour conséquence de repenser et replanifier le projet. Du point de vue du collège échevinal, cela conduira à une amélioration significative du projet, qui s'intégrera mieux en termes d'urbanisme.

Ce point de l'ordre du jour est adopté à l'unanimité.

B. Projet d'aménagement particulier nouveau quartier « Brill 2.0 » : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet expose que ce point concerne le PAP « Brill 2.0 » qu'il souhaite présenter brièvement. Pour ce qui est du concept urbanistique, le nouveau PAP a été élaboré sur la base de l'ancien PAP, le collège échevinal ayant tenu à ce que la révision du PAP aboutisse en tout cas à une amélioration du projet. Cette position a également été confirmée par la commission locale des bâtisses, de l'urbanisme et de l'aménagement communal. Le projet a été discuté à plusieurs reprises sur la plateforme de consultation du ministère, et les propositions de différents ministères et administrations ont été prises en compte. Le site couvre une surface totale de 2,16 hectares, dont une partie est située dans une zone HAB-1 et une autre dans une zone HAB-TA. Les deux parties sont superposées d'une zone PAP-NQ. Cette zone PAP prévoit 23 lots qui accueilleront les constructions suivantes :

- Dans la zone réservée aux logements pour personnes âgées, 114 logements au total doivent être construits dans deux blocs d'immeubles.
- Dans la zone HAB-1 :
 - 5 maisons unifamiliales isolées,
 - 15 maisons unifamiliales en bande,
 - deux maisons plurifamiliales comprenant respectivement 9 et 11 unités de logement

Monsieur le bourgmestre De Smet précise que ce projet ne néglige pas la question du logement abordable. Conformément à l'article 29bis, une surface déterminée a été réservée dans le cadre de ce grand projet PAP pour la construction de logements abordables. Il y a lieu de prévoir environ 3.000 m² à cet effet. Les lots 2 à 8 (7 maisons unifamiliales) ainsi que le lot 23 (maison plurifamiliale à 11 unités de logement) seront reprises par la commune, ce qui viendra élargir le parc immobilier communal. L'intégration du quartier dans l'environnement naturel existant a été prise en compte afin de préserver autant que possible un cadre respectueux de la nature. Ainsi, la hauteur des bâtiments a été adaptée à celle des constructions existantes dans la Cité am Wénkel. La hauteur maximale des maisons unifamiliales est de 2,8 étages, celle des maisons plurifamiliales de 3,8 étages et celle de la résidence pour personnes âgées de 4,8 étages.

En termes de mobilité et d'espaces publics, il tient à préciser que le quartier a été conçu en tant que zone de rencontre, susceptible d'encourager la mobilité active. Le tracé des rues sera réduit au minimum, et il a été prévu des parkings souterrains communs entre les différents lots afin de remédier au problème du stationnement. Au centre du projet, une place servira de lieu de rencontre aux futurs habitants. Les enfants pourront eux aussi s'y retrouver pour jouer ensemble. A l'arrière des logements pour personnes âgées, un chemin ressemblant à un parc sera aménagé. Au total, 77,35 ares, soit 35,83 % de la surface totale, seront cédés à la commune.

Monsieur le bourgmestre De Smet explique que la gestion de l'eau a été calculée et approuvée conformément aux spécifications de l'Administration de la gestion de l'eau. Les eaux pluviales ont été canalisées et sont acheminées vers des bassins de rétention ouverts à l'ouest du PAP. Cette conception ouverte et respectueuse de la nature repose sur l'exigence et la recommandation de l'Administration de la gestion de l'eau. Au total, il est prévu d'installer trois bassins de rétention reliés entre eux par des fossés ouverts. Une végétalisation extensive couvrira les toitures des immeubles pour personnes âgées et des résidences, ce dans le but d'une rétention accrue des eaux de pluie. Une partie des eaux de pluie a été évacuée via la phase de construction sud, où le promoteur possède des terrains, pour être raccordée à la rue des Champs. Une autre partie a été évacuée via la Cité am Wenkel, où elle est ensuite rejetée dans le réseau d'égouts des eaux usées. Les eaux usées sont évacuées via l'infrastructure existante de la Cité am Wenkel.

Monsieur le bourgmestre De Smet désire revenir sur l'avis rendu par la cellule d'évaluation le 7 avril 2025. Le premier point correspondait à la remarque formulée dans le rapport d'expertise du PAG concernant la modification ponctuelle. Après consultation du ministère, la non-conformité a été déclarée sans objet, étant donné que l'ancien PAP a été abrogé par la modification ponctuelle du PAG. Pour atteindre les 15 % prescrits en matière de logements abordables, il manquait un peu plus de 22 m², ce qui a été pris en compte par une augmentation de la surface SCB. Dans la zone HAB-1, la règle selon laquelle au moins 50 % des logements doivent être des maisons unifamiliales a été respectée. C'est la raison pour laquelle onze unités de logements au total sont prévus dans le lot 23. Les lots 6 et 7 ont été aménagées en trois lots comprenant chacune trois maisons en bande, la surface habitable afférente se trouvant considérablement réduite. En ce qui concerne le réaménagement de l'espace public, il a été recommandé dans la partie sud de déplacer les emplacements de stationnement afin d'interrompre l'axe routier. Cette recommandation n'a pas été acceptée, alors qu'il a été jugé plus judicieux de maintenir une plus grande distance entre les jardins et la rue, ce pour disposer d'une plus grande flexibilité lors des phases ultérieures dans la partie sud du PAP. Dans la partie supérieure, les carports et les arbres ont été repositionnés de manière à ce qu'en arrivant du sud, la première vue porte sur les arbres et non sur les carports. Le nombre de carports a été porté de cinq à six. Il a été recommandé d'échanger l'emplacement des maisons plurifamiliales contre celui des maisons unifamiliales dans la partie sud. Cette recommandation a été rejetée pour la bonne raison que celles-ci conviennent mieux à une place publique. La version écrite laisse ouverte la possibilité de prévoir des places de stationnement dans le volume du bâtiment principal, ce dans un souci de flexibilité dans la conception de la construction.

Monsieur le bourgmestre De Smet expose que la phase d'objection s'est déroulée entre le 4 octobre et le 4 novembre. Cinq objections ont été soulevées au total. Bien qu'aucune invitation n'ait été prescrite par la loi, l'on a opté pour le dialogue afin d'expliquer et de clarifier certains points. Quatre réclamants ont été invités ensemble, leurs préoccupations ayant été similaires. Un autre réclamation a été reçu individuellement. Il voudrait à présent énumérer les points les plus critiqués, tels que les eaux pluviales et les eaux usées. Les bassins de rétention ont été planifiés, approuvés et dimensionnés conformément aux exigences de l'Administration de la gestion de l'eau pour des événements de fortes pluies

avec une période de retour de dix ans. Les capacités ont été conçues de manière à ce que le projet puisse être mis en œuvre. Les contours des bâtiments tracés ont également engendré des malentendus. Il s'agit en fait de gabarits, à l'intérieur desquels les bâtiments doivent être construits. Les bâtiments réels seront plus petits et ne rempliront pas complètement le couloir. Les hauteurs correspondent à celles des bâtiments existants de la Cité am Wenkel. Seuls les deux bâtiments destinés aux logements pour personnes âgées atteindront une hauteur de 4,8 étages. Les maisons unifamiliales seront directement rattachées aux bâtiments existants de la Cité am Wenkel, afin d'assurer une transition harmonieuse. La rue de desserte, d'une largeur de 5,5 mètres, avec une bande de stationnement et un trottoir séparé, est conforme aux normes. La partie sud ne pourra être aménagée qu'en cas de possibilité de raccordement à la rue des Champs. Un projet prévoyant des mesures de modération du trafic a été élaboré, présenté et devrait être réalisé à court terme. Il est également prévu d'installer des ralentisseurs surélevés de forme sinusoïdale.

En ce qui concerne les phases de construction, Monsieur le bourgmestre De Smet consent que tout chantier entraîne inévitablement des nuisances telles que bruit ou poussière. Il a été prévu de les réduire au minimum en prévoyant dans le projet d'exécution l'utilisation de palissades en bois destinées à protéger du bruit et de la saleté. La sécurité sur le chantier fera l'objet d'une surveillance rapprochée, afin de mettre en œuvre le plus de mesures possibles et de respecter les prescriptions du règlement sur les bâtisses. L'on veillera par ailleurs à ce que l'accès des camions ne se fasse si possible pas via la Cité am Wenkel aux heures de pointe. Le promoteur procédera également à un inventaire des maisons avoisinantes. Ce projet ne peut être comparé à ceux de Rilsper ou de Pourpelt, s'agissant ici d'un seul promoteur et non de nombreux propriétaires individuels, ce qui a également une incidence sur la durée des travaux. Il a été donné suite à une objection concernant l'emplacement du poste de transformation à proximité d'une porte d'entrée, poste qui a été déplacé à un endroit plus approprié.

Madame la conseillère Schares fait remarquer que les résidents ont été nombreux à adresser des commentaires à la commune. Ces commentaires sont justifiés comme ils concernent la sécurité en général et la sécurité des enfants.

Ce point est adopté à l'unanimité.

C. Lotissement de 5 parcelles sises à Bertrange, rue des Champs, en 2 lots

Monsieur le bourgmestre De Smet précise qu'il s'agit ici du regroupement de cinq parcelles en deux lots, concernant plus particulièrement les résidences Eva Maria et Albert. Dorénavant, celles-ci auront un seul numéro de parcelle, l'autre se référant à l'espace public. La chapelle conservera son propre numéro de parcelle.

Ce point est adopté à l'unanimité.

12. Regional Museksschoul Westen :

A. Organisation scolaire provisoire 2025/2026 des cours de musique de la « Regional Museksschoul Westen »

Madame la conseillère Smit-Thijs explique que ce point de l'ordre du jour concerne l'organisation scolaire provisoire 2025/2026 de la Regional Museksschoul Westen ainsi que la convention correspondante. Le 22 mai 2025, le conseil communal avait approuvé l'organisation provisoire 2025/2026 pour les cours de musique de la commune de Bertrange. Au total, 2.156 inscriptions ont été enregistrées pour les cours individuels, soit 129 inscriptions de plus que l'année précédente, ce qui correspond à 70.755 minutes de cours. Pour les cours

collectifs, 2.533 inscriptions ont été reçues, contre 2.574 l'année dernière, ce qui équivaut à 13.410 minutes de cours. L'on en arrive donc à un total de 86.115 minutes de cours pour la Regional Museksschoul Westen, le prix par heure s'élevant à 6.912,53 euros. Pour la commune de Bertrange, cela représente 15 855 minutes de cours pour un prix de 1.826.636,05 euros.

Madame la conseillère Schares indique qu'il s'agit d'un nombre considérable d'enseignants. Il y a 129 personnes de plus inscrites aux cours individuels que l'année dernière. Sait-on déjà si tout le monde sera admis, ou faudra-t-il créer une liste d'attente ?

Madame la conseillère Smit-Thijs répond que l'on ne se réunira que la semaine prochaine pour en discuter, mais qu'il semble que tous les intéressés pourront avoir une place.

Monsieur le conseiller Weirich fait remarquer que l'école de musique de la commune de Bertrange est intégrée à la Regional Museksschoul Westen. Il y a là un grand potentiel de coopération qu'il faut absolument promouvoir.

Le conseil communal adopte ce point à l'unanimité.

13. Règlements

A. Modification du règlement communal relatif au cimetière

Monsieur le bourgmestre De Smet explique que ce règlement figurait déjà à l'ordre du jour de la réunion du conseil communal du 7 mars 2025, au cours de laquelle diverses modifications avaient été apportées concernant le délai entre le décès et l'inhumation, comme le prévoyait la circulaire. Le ministère de l'Intérieur a réexaminé le règlement et annulé certains points étant donné que la référence à la compétence n'était pas tout à fait correcte. Il s'agissait principalement de déterminer qui était responsable des différentes dispositions du règlement : le bourgmestre, le collège échevinal ou le conseil communal. Ces modifications ont été apportées et les références légales correctes ont été insérées. L'article 8.4 a lui aussi été modifié, et il a été prévu une exception pour les chiens d'assistance. Aucun horaire n'ayant été fixé, le cimetière est accessible en permanence. Afin de pouvoir à nouveau regrouper des tombes dans la partie ancienne du cimetière, les autorités ont demandé un devis qui sera inscrit au budget 2026.

Ce point de l'ordre du jour est adopté à l'unanimité.

B. Règlement d'ordre intérieur de la Commission consultative logement de la commune de Bertrange

Monsieur le bourgmestre De Smet explique qu'il faut créer une commission logement pour être reconnu comme bailleur de logements sociaux. C'est la raison pour laquelle il existe désormais un règlement interne qui fonctionne différemment des autres commissions consultatives. La tâche principale de cette commission consiste à émettre un avis sur l'attribution d'un logement. Elle doit en outre être composée de trois membres titulaires et de trois membres suppléants. Il faut que le président soit un responsable, compétent en matière de logement. Par ailleurs, la fonctionnaire du service du logement de la commune et un assistant social de l'office social de Mamer feront partie de cette commission. Le secrétaire établira un rapport annuel à l'intention du conseil communal. Les membres externes ne bénéficieront pas d'un droit de vote. Le règlement interne régira également le déroulement des réunions et quand elles doivent avoir lieu. En principe, elles se tiendront à chaque fois qu'un logement devra être attribué. Les réunions se dérouleront en outre à huis clos et les délibérations seront donc secrètes. Cependant, elles feront toujours l'objet d'un procès-verbal rédigé par le secrétaire. L'attribution des logements et la procédure

de sélection se feront via le système RENLA, dès que celui-ci aura été mis en place. Un assistant social procédera à une évaluation au moyen d'un questionnaire social. Ces procédures internes devront être approuvées par le ministre. Afin de pouvoir établir une liste de personnes prioritaires, différents critères seront pris en compte, tels que la précarité des candidats, la charge financière (par exemple, le rapport entre le revenu et le loyer) et d'autres éléments similaires. Lors de l'attribution de logements libres, il conviendra de considérer la taille du ménage. L'âge des enfants joue un rôle important à cet égard. Il faudra en sus tenir compte de la distance entre le lieu de travail et le logement afin d'éviter des déplacements trop longs.

Ce point est adopté à l'unanimité.

14. Affaires judiciaires

A. Vote d'un crédit spécial

Monsieur le bourgmestre De Smet indique que le collège échevinal souhaite proposer au conseil communal de traiter ce point à huis clos étant donné qu'il s'agit du dossier personnel d'une personne décédée. La situation est délicate et il convient de protéger les héritiers.

Le conseil adopte cette proposition à l'unanimité.

La délibération s'étant tenue à huis clos, veuillez noter que les informations y afférentes resteront confidentielles (note de la rédaction).

B. Autorisation d'ester en justice

Au nom de l'opposition, Monsieur le conseiller Rauchs demande que ce point soit également traité à huis clos afin de ne pas causer de préjudice supplémentaire à la personne concernée.

Le conseil adopte cette proposition à l'unanimité.

La délibération s'étant tenue à huis clos, veuillez noter que les informations y afférentes resteront confidentielles (note de la rédaction).

15. Commissions consultatives

Monsieur le bourgmestre De Smet explique vouloir traiter les quatre points ensemble, mais que le vote se fera séparément. Conformément à l'article 10 du règlement interne, les membres des commissions peuvent être révoqués à tout moment sans que la décision doive être motivée. Il s'agit en l'espèce des quatre commissions dans lesquelles Monsieur le conseiller Demuyser siège en tant que président ou membre.

Monsieur le conseiller Rauchs indique ne jamais avoir connu une telle procédure, bien qu'il siège depuis longtemps au conseil communal. Ni le CSV ni le LSAP n'approuvent une telle procédure.

A. Commission des sports : révocation d'un membre

Ce point est adopté par 8 voix pour (DP, déi gréng) et 4 voix contre (CSV, LSAP).

B. Commission de l'entente sportive : révocation d'un membre

Ce point est adopté par 8 voix pour (DP, déi gréng) et 4 voix contre (CSV, LSAP).



C. Commission de la circulation et de la mobilité : révocation d'un membre

Ce point est adopté par 8 voix pour (DP, déi gréng) et 4 voix contre (CSV, LSAP).

D. Commission des finances : révocation d'un membre

Ce point est adopté par 8 voix pour (DP, déi gréng) et 4 voix contre (CSV, LSAP).

16. Circulation**A. Règlements de circulation d'urgence à caractère temporaire : confirmation**

M. le bourgmestre De Smet explique qu'il est question en l'espèce d'un règlement de circulation à caractère temporaire dans la rue A Pourpelt, applicable du 27 juin au 31 octobre 2025.

M. le bourgmestre De Smet explique qu'il est question en l'espèce d'un règlement de circulation à caractère temporaire dans la rue de Dippach, applicable du 7 au 18 juillet 2025.

M. le bourgmestre De Smet explique qu'il est question en l'espèce d'un règlement de circulation à caractère temporaire dans la rue de Mamer, applicable du 30 juin au 8 juillet 2025.

M. le bourgmestre De Smet explique qu'il est question en l'espèce d'un règlement de circulation à caractère temporaire dans la rue des Dahlias, applicable du 18 juin au 4 juillet 2025.

M. le bourgmestre De Smet explique qu'il est question en l'espèce d'un règlement de circulation à caractère temporaire dans la rue de Mamer, applicable du 30 juin au 8 juillet 2025.

B. Règlement de circulation à caractère temporaire : approbation

Monsieur le bourgmestre De Smet précise qu'il s'agit en l'espèce du règlement de circulation concernant le Vélosummer 2025. Le règlement en question a déjà été voté lors de la dernière réunion du conseil communal. Cependant, la ville de Luxembourg a fait savoir qu'il fallait prévoir un arrêt de bus provisoire supplémentaire dans la rue du Chemin de Fer. Cette demande a donc été prise en compte et le règlement a été modifié en conséquence.

Ce point est adopté à l'unanimité.

La séance est levée à 13h15.



THE MUNICIPAL COUNCIL

DP



Youri De Smet



Frank Colabianchi



Marc Lang



Monique Smit-Thijs



Frank Demuyser



Francine Moro Oliveira Costa



Nadine Philippe

CSV



Nadine Schares



Guy Weirich



Marc Rauchs

Déi Gréng



Roger Miller



Gabriella Damjanovic

LSAP



Yolande Schuster



MINUTES OF THE MEETING OF THE MUNICIPAL COUNCIL

HELD ON 3 JULY 2025 AT 8:00 A.M.

Present:

DP Youri DE SMET (Mayor) Frank COLABIANCHI (Alderman) Marc LANG (Alderman) Monique SMIT-THIJS (Councillor) Francine MORO (Councillor) Nadine PHILIPPE (Councillor)	CSV Nadine SCHARES (Councillor) Guy WEIRICH (Councillor) Marc RAUCHS (Councillor) LSAP /	déi gréng Roger MILLER (Councillor) Gabriella DAMJANOVIC (Councillor)
---	---	--

Georges FRANCK (Secretary)

Excused: Frank DEMUYSER (Councillor/DP), Yolande SCHUSTER (Councillor/LSAP, proxy given to Marc RAUCHS for items 1, 5–16), Gabriella DAMJANOVIC (Councillor/déi gréng, proxy given to Councillor Miller for items 7–10.B)

Agenda

In public session:

- 01. | Approval of the agenda
- 02. | Announcement of Mr Frank Colabianchi’s decision to resign from his post as Alderman

In closed session:

- 03. | Nomination of a candidate to be proposed to the Minister of Home Affairs for appointment to the vacant position of Alderman
- 04. | Personnel management
 - A. Municipal staff: provisional appointment of a municipal official

In public session:

- 05. | Information and correspondence
- 06. | Contracts and notarial deeds
 - A. Notarial deed of exchange: Approval
 - B. Notarial deed establishing a right of way: Approval
 - C. Agreement concerning the Helfent triangle: Approval
 - D. Agreement concerning the Joint Social Welfare Office in Mamer 2025: Approval
- 07. | Education
 - A. Provisional school organisation 2025/2026: primary education – cycles 1, 2, 3 and 4: Approval

- B. Plan for out-of-school childcare (Plan d'encadrement périscolaire - PEP) 2025/2026: Approval
- 08. | The Centres pour Personnes Âgées
Lease agreement for the rental of a duplex: Confirmation
- 09. | Finances
 - A. Participatory budget: Approval of the projects
 - B. Ordinary and extraordinary subsidies for local associations and others
 - C. MultiCulti 2025: Subsidy
 - D. Bartreng beweegt sech 2025: Subsidy
- 10. | Projects
 - A. Cost estimate for the restoration work on the path between Grevelsbarrière and Leudelange train station: Approval
 - B. Cost estimate for the restoration of a footpath along route de Longwy
 - C. Cost estimate for the creation of a traffic garden in Bertrange: Approval
 - D. Cost estimate for the construction of an underpass for soft mobility between rue Charles Schwall and Cité am Wenkel: Approval
- 11. | Town planning
 - A. Specific amendment of the ‘Brill’ PAG (General Development Plan): Approval



- B. PAP new district ‘Brill 2.0’: Approval

C. Merging of five plots of land in Bertrange, rue de Champs, into two lots

12. | Regional Museksschoul Westen

A. Provisional school organisation of the 2025/2026 music courses of the ‘Regional Museksschoul Westen’

13. | Regulations

A. Amendment to the regulation concerning the cemetery

B. Internal regulation of the advisory rent committee of the municipality of Bertrange

14. | Legal matters

A. Approval of a special loan

B. Leave to go to court
15. | Advisory Committees

A. Sports Committee: Removal of a member

B. Committee of Sports Associations: Removal of a member

C. Mobility and Transport Committee: Removal of a member

D. Finance Committee: Removal of a member

16. | Traffic

A. Confirmation of emergency traffic regulations: Approval

B. Temporary traffic regulation: Approval



In public session:

01. Approval of the agenda

Mayor De Smet asks if the Municipal Councillors approve the agenda.

Councillor Schares, speaking on behalf of the opposition, asks whether item 3 could be moved to the public session for reasons of transparency and democracy.

Mayor De Smet responds that this request will not be granted. Transparency cannot be cited as a reason in this case, as it is already publicly known who the majority intends to propose as Alderman. They are following the guidelines of the Ministry of Home Affairs.

The Municipal Council approves the agenda with 8 votes in favour (DP, déi gréng) and 4 abstentions (CSV, LSAP).

Councillor Weirich states that he wishes to provide an explanation for the opposition's abstention. Mayor De Smet rightly pointed out that this is what the law provides for. However, the Ministry has accepted the public discussion of similar items in other municipalities in the past. He therefore maintains that transparency should still be ensured in this case, especially for the residents of the municipality.

Mayor De Smet replies that he is following the provisions of the law in this regard, and that he will not act to the contrary.

02. Announcement of Mr Frank Colabianchi's decision to resign from his post as Alderman

Mayor De Smet states that this agenda item concerns Frank Colabianchi's resignation from his post as Alderman, although he will remain a member of the Municipal Council. Mayor De Smet expresses his sincere thanks, including on behalf of his entire political party, for the excellent working relationship in both the College of Aldermen and the Municipal Council. They will continue to work together, just in a different set up. Having someone with such extensive experience in one's ranks is a real asset and something one can only be deeply grateful for.

In closed session:

03. Nomination of a candidate to be proposed to the Minister of Home Affairs for appointment to the vacant position of Alderman

Since the deliberations took place in closed session, kindly note that we are unable to publish any details here. (Editor's note)

04. Personnel management

A. Municipal staff: provisional appointment of a municipal official

Since the deliberations took place in closed session, kindly note that we are unable to publish any details here. (Editor's note)

In public session:

05. Information and correspondence

Mayor De Smet informs the members of the Municipal Council that, in closed session, Roger Miller was appointed as Alderman, and a municipal official in career path B1 was approved to strengthen the citizens' office.

Mayor De Smet goes on to state that:

- Solina Aarbechtshellef has been selected as the fourth tenant for the premises in the village centre. It is currently located in rue de l'Industrie in Bertrange. This project will provide an opportunity for greater visibility. The range of services on offer is diverse. For example, there will be a laundry service, a clothing alterations service and gardening services. Handmade products, such as clothing, will also be offered for sale. The social aspect of the project must clearly take priority.
- The municipality of Bertrange is becoming a member of ORT Guttland (Office régional du tourisme). The main task of the ORT is to promote regional tourism. Its role also includes coordinating and helping to develop tourism-related projects, such as the signposting of hiking routes and trails. Cycling also plays an important role, such as in the context of slow cycling or slow trips.
- The College of Aldermen has filed a complaint against persons unknown in connection with the damage caused to the chapel in rue de Dippach. He is surely speaking on behalf of all members of the Municipal Council by strongly condemning this act. The damage to cultural heritage is not a minor misdemeanour.
- The municipality of Bertrange signed a town twinning agreement with the municipality of Serfaus on 21 June. The partnership is to be driven by the associations, and exchanges involving children and young people are intended to strengthen cooperation. The celebrations, attended by local associations, were a success.
- The annual report of Youth&Work has been received. They help young people aged between 16 and 29 to find training or employment. These young people are usually living under difficult circumstances. Youth&Work aims to provide targeted help through mentoring and coaching. In 2024, seven young people with an average age of 26 received support through the programme in the municipality of Bertrange. Three have found a job, two are still looking, and a further two have only recently started receiving coaching.
- The statistics of the Joint Social Welfare Office are also available. In general, there has been an increase in the number of households making use of the Welfare Office. In 2024, it received 436 financial requests from 130 households in the municipality of Bertrange, corresponding to 3.5% of Bertrange's population. A closer look at the applications shows that they are primarily related to health, the costs of the social supermarkets (épicerie sociale), as well as housing expenses. The cost of running the Social Welfare Office has risen in recent years, partly due to the rent for the new buildings. Mayor De Smet thanks the staff of the Social Welfare Office for the important work they are doing, which has not become any easier over the years.



- He expresses his thanks to the associations and citizens of the municipality who took part in the celebrations on the eve of National Day, as they made this important occasion a successful evening.
- The municipality's website has been offering all available access options since this week. A voice assistant can read out texts, the contrast can be adjusted, voice commands can be used, and many other functions are now available.

The current population is 9,265 people.

The treasury balance stands at 25 million euros.

06. Contracts and notarial deeds

A. Notarial deed of exchange: Approval

Mayor De Smet states that this item concerns an exchange transaction with the municipality of Strassen. The preliminary agreement was already signed on 7 November 2023 and unanimously approved by the Municipal Council on 24 November. Three plots with a total area of 27.57 ares will be transferred to the neighbouring municipality, since they are needed to create access to the new sports complex. In return, the municipality of Bertrange will receive plots of the same size from the municipality of Strassen on the opposite side. Both areas have been valued at the same amount, meaning no additional payment is required.

This item is unanimously adopted.

B. Notarial deed establishing a right of way: Approval

Mayor De Smet states that this item concerns the establishment of an easement. It relates to the new transformer at the cemetery and grants the responsible company access day and night, so that the residents of the municipality can be supplied with electricity in the event of any problems.

The Municipal Council unanimously adopts this item.

C. Agreement concerning the Helfent triangle: Approval

Mayor De Smet states that this item concerns an agreement relating to the Helfent triangle. However, before addressing it, he wishes to provide a brief overview of how this agreement came about. There had often been calls to take action in the Helfent triangle. The demand was justified, but the execution was not as simple as some might have thought, not least because of the large number of landowners involved. Some owners had submitted a master plan as far back as 2014. In 2015, the Helfent triangle was designated as an important bird area (IBA). In 2016, an attempt was made to establish special protection zones by means of a Grand-ducal Regulation. However, this regulation was annulled by the courts a year later. For anyone wondering why he is listing all this, he would like to point out that the bird protection zone must be designated by a Grand-ducal Regulation that defines the precise perimeter within which urban development is permitted. In 2020, the municipality of Bertrange approached the Urban Planning and Environment Facilitation Unit (cellule de facilitation) in order to take the initiative itself and move the project forward. The Ministry of the Environment then made another attempt, within the framework of the 'Region du Lias moyen', to re-initiate the regulatory procedure for the bird protection zone and define the boundaries of the protected area. At the same time, the municipality of Bertrange commissioned further necessary studies. A Grand-ducal Regulation on the bird protection zone finally came into force in October 2023.

This was achieved in cooperation with the ministries, authorities, environmental agencies and landowners.

Mayor De Smet wishes to expressly emphasise that nothing has been put on the back burner here; rather, the foundation and basis have been laid to make urban planning possible in the first place. There is no getting around the need for environmentally friendly and ecological upgrading of this area. Thanks to the good cooperation with the Urban Planning and Environment Facilitation Unit, which now falls under the authority of the Minister of Housing and Spatial Planning and is also a matter of concern for the responsible minister, steps have been taken to sign this agreement and continue working actively with the support of the State. The objectives of the said agreement are, first and foremost, to provide a framework for developing an overall urban concept, with the necessary governance to define decision-making processes and responsibilities. The agreement is also intended to set out the arrangements for paid consultancy, namely a competition to be launched by the municipality and the Ministry. The aim here is to promote citizen participation, and both landowners and citizens will be involved in the development process. They will be able to play an active role and share their ideas. This has been a matter of great importance to the College of Aldermen, and the municipality will bear the costs in full. A body set up specifically for this purpose will analyse and evaluate the submitted projects. This body will be made up of representatives of the municipality and the State. Experts from the private sector will be consulted in addition.

Mayor De Smet adds that a steering committee will also be convened. This steering committee is to coordinate the various planning stages, the paid consultancy work and the dialogue with the landowners concerned, together with the other ministries and public bodies involved. This committee is composed of representatives of the municipality, the Ministry of Housing and Spatial Planning, and public developers. It may be expanded as required. An advisory committee will also be established, consisting of representatives of the municipality and the Urban Planning and Environment Facilitation Unit, which will be responsible for preparing the work of the steering committee. The estimated cost of this competition amounts to 470,000 euros. These costs will be shared equally between the municipality and the State.

Mayor De Smet notes that this agreement represents another important step, with the municipality seeking to bring all stakeholders together to jointly plan the development of the Helfent triangle without excluding anyone. He adds that the municipal authorities want to avoid hasty action likely to causing more harm than progress on the project. This requires a sensitive approach, but he is confident that it is the only way forward.

Councillor Schares states that this is a very important matter that her party also supports. It is clear that the municipality must take the lead here to ensure that things do not get out of hand. It is important to establish the agreement in order to bring all parties on board, or indeed all those interested in the project. With regard to the steering committee, how will it work and will every political party be represented in it?

Mayor De Smet states that the door is open to anyone interested and that each party will be represented on the steering committee by one member. They can achieve more together than if everyone tries to go their own way.

Alderman Colabianchi welcomes this detailed presentation by Mayor De Smet and adds that intensive work had already been carried out on this matter years ago. This goes back as far as the 1990s. The difference between the initiatives back then and those today is that the current ones are jointly supported by the municipality and the Ministry and then developed into a project together with the many private individuals who own land in this area.



They are facing a lengthy process that will take time. Citizens must not be misled by being told that this project can be realised quickly. The provisional – and very optimistic – timeline extends through to 2035.

Mayor De Smet agrees with Alderman Colabianchi, noting that several constraints need to be taken into account. It is a vast area, in which essential infrastructure such as sewerage and a mobility concept also need to be developed. This is only the first of many stages.

This item of the agenda is unanimously adopted.

D. Agreement concerning the Joint Social Welfare Office in Mamer 2025: Approval

Mayor De Smet states that this concerns the annual agreement between the seven member municipalities and the Joint Social Welfare Office. To his knowledge, there have been no changes compared with last year. The annexes provided to the Councillors also include a breakdown of costs and the staffing ratio.

Councillor Schares notes that the number of requests is increasing. The social work is carried out by the Red Cross. She asks whether the current personnel is sufficient to handle the requests, given that only 0.4 more FTEs are employed there compared with eight years ago.

Mayor De Smet replies that no feedback has been received to indicate a shortage of staff. However, he will forward the question.

The Municipal Council unanimously adopts this item.

07. Education

A. Provisional school organisation 2025/2026: primary education – cycles 1, 2, 3 and 4: Approval

Councillor Smit-Thijs states that this concerns the provisional school organisation for 2025/2026, which was approved by the School Committee on 19 June 2025. At present, 591 pupils are enrolled. In early education, 68 children are registered, spread across 4 classes. Compared with the previous year, there is one additional class. Of these pupils, 32 children have Luxembourgish nationality; 9 of these do not understand Luxembourgish and 14 do not speak Luxembourgish. In total around 50% do not understand Luxembourgish and almost 70% do not speak Luxembourgish. By contrast, there are only very few children in cycle 2.1 who do not understand or speak Luxembourgish, which is the result of the excellent work in early education and pre-school. With regard to the first year of pre-school, 54 children are enrolled. Of these, 31 have Luxembourgish nationality. Of the 54 pupils, 13 do not understand Luxembourgish and 5 do not speak it. In cycle 2.1, 60 children are enrolled. Here, 26 of the 60 pupils have Luxembourgish nationality, 2 of the 60 do not understand or speak Luxembourgish. In total, the 523 enrolled, school-age children in cycles 1 to 4 are spread across 36 classes, corresponding to an average of 14.5 children per class. The social index has fallen from 0.1789 to 0.1596. As a result, fewer hours are available.

Councillor Smit-Thijs adds that an educational project is also planned with a representative of the UGDA music school. Here, 12 classes of cycles 2 and 3 will receive one hour of choir lessons on Thursday mornings during one term, either at the school or at the ArcA. There should also be synergies for a more functional use of the infrastructures.

Councillor Schares notes that she has two specific questions about the document itself. Should cycle 4 not also be mentioned in relation to the 'Schoul beim Schloss' building? She also wishes to know whether everything went according to plan in cycle 4.1 with the appointment of the class teacher (titulaire de classe), even though the teacher is still unknown. A total of 591 pupils are taught in the municipality, 272 of which at the 'Beim Schloss' school. Over the course of the year, these 272 pupils were no longer sent to break time together; instead, cycles 3 and 4 were separated. This has also been incorporated into the school organisation and the timetable. Why was this step necessary? Are there too many children in a small space? Or are there some problem cases? In general, it can also be observed in society that many people are more easily agitated and react aggressively. Has the measure had any effect or not? Break time should allow the children to get some fresh air, clear their heads and let off steam. If this opportunity for play and movement is lacking, it will certainly have an impact on school lessons – whether on concentration or even on aggression in the classroom. Thus, as long as no additional space is available in the schoolyard, this problem will not be resolved. Could other existing facilities not be used instead? She is thinking of the area in front of or next to the school, for example. There is also a field behind the municipal workshops, which would be perfect for playing football. Just 100 metres away is the entrance to the Duerfngaart, where children can run and play without the risk of tripping on stairs. The Duerfngaart is also listed in the PEP as infrastructure.

Councillor Schares explains that there are alternatives. She is aware that this would involve organisation and effort, but emphasizes that these are our children. A solution therefore needs to be found – not in ten years' time, but by the start of the school year in September 2025. She read in the report of the School Committee that there is also a proposal on the table to use the playground of the new SEA. The children complain that they do not have enough space to play what they want without arguments breaking out, and the parents complain about the stairs because yet another child has fallen down. In her view, the large staircase there must be removed eventually and replaced with a standard staircase, possibly combined with a slide or other exciting features. The children are sure to have many good ideas for this topic.

Councillor Schares wishes to briefly address the current situation from yesterday; the children were granted time off school due to the heat and did not have to attend in the afternoon. On what basis are such decisions made? Is the temperature measured in the different buildings and classrooms? The orientation of a room makes a big difference. The condition of the school buildings also varies greatly from one municipality to another. If the buildings really do become too hot, would it not make more sense to consider better sun protection, and not only on days when an official heatwave is declared?

Councillor Schares wishes to raise another point that was discussed at this stage last year. It concerned the PDS (Plan de Développement Scolaire) and the lack of communication that had been raised by the parents' representatives. At the time, it was stated that enquiries would be made into how communication with the school management (comité d'école) was working and how important it was to explain to parents the role of the parent representatives. With new parent representatives due to be elected in October after the start of the school year, would now not be the right time to implement these plans – perhaps with a call for participation in the municipal bulletin and a short explanation, or by meeting with the three people currently involved to clarify what information should be included. This could also be an opportunity to include a note about the upcoming parent representative elections in October – and to let all parents know they are welcome to put themselves forward.

Councillor Smit-Thijs replies that the decision on whether there are three or four classes in early education is not made by the municipality, but rather by the responsible ministry. With regard to break times, teachers are not obliged to hold them in the schoolyard. As Councillor Schares rightly pointed out, there are many other options that could be utilised. The stairs are not ideal, but they also serve other purposes, such as providing seating for conversations during breaks and giving the children a place to interact. As she mentioned earlier, it would also make sense to create more synergies. The structures available for the school and SEA, for example, are occupied at different times, and this should be taken advantage of. Breaks could also be held in the schoolyard of the new SEA. There are no firm guidelines from the Ministry regarding heat. Furthermore, the school cannot be closed completely, as not every child can stay at home, even if this usually only concerns a few children. The municipal authorities are working closely with the school management in this regard. That is why it was decided to take this approach yesterday.

Mayor De Smet states that the time off because of the heat was decided in consultation with the head of the school management. The staff of the SEA were also informed. School is only cancelled entirely if pupils are unable to get there, such as in cases of extreme heat, flooding or icy conditions. The differences between the parent representatives and the parents' association can be explained again in the 'Schoulbuer'.

Councillor Weirich asks how many children were at school despite the time off due to heat. Councillor Smit-Thijs praised the good work being done in cycle 1 with regard to the Luxembourgish language. He says he can only agree with her on this point. The school is fulfilling its educational mission and also improving the children's social behaviour. School remains a place of integration. How many school-age children are there who do not attend the municipality's primary education? Is there an open day at the schools? He is pleased that the educational project in collaboration with the UGDA is taking place again, and this time in as many as twelve classes.

Councillor Smit-Thijs replies that only the figures from the SEA are available. In the morning, around 25% of the younger children were absent, while for the older children it was around 35%. In the afternoon, the figure was around 40% for the younger children and around 50% for the older children. Integration is important, but parents also have different expectations, especially those who only live in the municipality for a short time. In early education, all parents are contacted, and around 75% take up the offer, although this number decreases over time. There is an open day, which will take place next week.

Councillor Schares asks whether this open day could be extended to all buildings.

Councillor Smit-Thijs will put forward this suggestion at the next meeting of the School Committee.

This item is unanimously adopted.

B. Plan for out-of-school childcare (Plan d'encadrement périscolaire - PEP) 2025/2026: Approval

Councillor Smit-Thijs states that this concerns the plan for out-of-school childcare, known as PEP, for the 2025/2026 school year, which has to be updated each year. The School Committee also approved it at its meeting on 19 June 2025. She wishes to briefly mention the changes. The person responsible for the school service of the municipality has been changed. At this point, she wishes to warmly thank Massimo Manzari for his good work for

the school service. In the 2025/2026 school year, children from cycle 1 will be cared for in the SEA 'Beiestack', and children from cycles 2–4 in the new SEA 'bei der Gemeng'. These are only minor changes.

Councillor Schares wishes to comment on item 3, concerning the timetables. In the table on childcare provision, 'homework support' has been added throughout. She suggests that this note could be omitted for cycles 1.1 and 1.2, since homework is not normally given in pre-school. For item 4.1 concerning the children's council, she states that she has repeatedly heard from children and parents that the children are not really aware of what becomes of their projects, or that the projects often drag on for a very long time. By the time the projects are implemented, the children in question are no longer part of the children's council and do not find out what became of 'their' project. She therefore wishes to ask how communication is handled in this respect. Do the pupils receive information in the meantime about which projects have been selected and an explanation of what has been implemented or is still to be implemented? She adds that it would also be good to communicate externally what the children are achieving through the children's council – in other words, would it be possible to receive a list of all the projects that have been selected and implemented in recent years?

Councillor Smit-Thijs explains that communication about the projects is meant to run through the children themselves. The children's council members bring the concerns of their class to the meetings and then report back to their classmates on the decisions taken. This is supervised by two teachers and educators from the SEA. If something cannot be implemented, the reasons are always stated.

Mayor De Smet adds that, since this year, communication has also been taking place through Dimmi. The request for a yearly report will be passed on. This year, the projects included one for mobile ashtrays, as discarded cigarette butts had been a particular source of annoyance for the pupils.

The Municipal Council unanimously adopts this item.

08. The Centres pour Personnes Âgées

A. Lease agreement for the rental of a duplex: Confirmation

Mayor De Smet states that this concerns the lease of a duplex apartment in the Dr. Sisy Lentz building. The lease has already been approved by the administrative committee of the CPA. The living area is 114 m² and will be rented from 15 July 2025. As stated in the contract, the lease will be terminated in 2026 or by 2027 at the latest in order to carry out substantial work. This concerns the accommodation provided for the former caretaker, who has since retired. The plan is to create additional apartments here for older citizens. This contract has been concluded for the transitional period. The tenant is familiar with both the building and its residents, which will surely benefit them. Because of the limited term of the lease, it was not possible to house a family here, knowing that there might not be a suitable apartment available for relocation at the given time. For this reason, the present lease agreement was chosen. The rent itself will later be used to renovate apartments.

The Municipal Council unanimously approves this agenda item.



09. Finances

A. Participatory budget: Approval of the projects

Mayor De Smet explains that this item concerns the participatory budget and the associated project review. The regulation on the participatory budget was approved in March 2024, following which citizens were able to submit their projects. In a second phase, the eligibility and feasibility of the projects were examined, with the approved projects then put forward for public vote. The aim of the participatory budget is to promote active citizen participation in order to improve the quality of life in the municipality. Both private individuals and local associations took part, and he wishes to thank the participants at this point. A total of twelve projects were submitted, of which four were retained and put to a vote. Some participants had submitted several projects, but this was not permitted under the regulation. In those cases, the participants were asked to decide themselves with which project they wished to take part. For a first edition, the outcome can be considered satisfactory, and he also assumes that even more citizens and associations will participate and submit their projects in the second edition.

Mayor De Smet then announces the results of the vote. First place went to the project for a table tennis table in the public space. One is already planned for the new SEA, and another will be installed at the multisports ground at the Centre Atert. This idea will also be incorporated into the planning of the Helfent Park. Second place went to the project to install a defibrillator at the Boulodrome. This is an important project that could save lives. He welcomes the idea behind this project and notes that it could also be taken further, with defibrillators installed throughout the municipality. Third place went to the project to optimise the Shared Space. After ten years, the result can be seen as very positive. The Shared Space is considered a real success story and a pioneering project that many other municipalities have used as an example. As with everything, however, it must be regularly reviewed, and this project therefore comes at just the right time. The call for an analysis of the Shared Space is a great initiative. Fourth place went to a kiosk for the Helfent Park, which needs to be upgraded. They are working on this, and the idea of a kiosk will certainly be considered. Since the regulation does not exclude the possibility of implementing more than one project, it was decided to carry out the top three projects, as these can be covered by the allocated budget.

Councillor Rauchs states that installation is an important step, but the second one is ensuring that people know where these are located and how to use them. He also considers it important in the near future to provide a basic infrastructure in Helfent Park that can also be expanded in the long term.

Mayor De Smet replies that this will be implemented in the short or medium term, but they still need to examine what is feasible.

Councillor Schares is generally in favour of the participatory budget. However, she feels that a total of 82 votes is rather low and asks how many citizens actually took part. She stresses that the project should definitely be continued, but with greater publicity. She welcomes the installation of defibrillators. With regard to the table tennis table, she hopes that not just one but several will be installed, including in Helfent Park.

Mayor De Smet states that a total of 56 citizens voted.

This item is unanimously adopted.

B. Ordinary and extraordinary subsidies for local associations and others

Alderman Lang explains that the table was presented in detail in the Finance Committee on 18 June 2025. The subsidies paid out each year demonstrate the importance and value that the College of Aldermen and the Municipal Council attach to local clubs and associations, as they make a major contribution to the municipality. He wishes to briefly explain the evaluation criteria, as these form the cornerstone for allocating the subsidies. Assessment is based on the number of members, the association's activities in the municipality of Bertrange, participation in the municipality's own activities, and the number of qualified trainers. The subsidies this year amount to 107,500 euros in total, of which 47,500 euros are allocated to general subsidies and 60,000 euros to the educational sector (travail éducatif). It should be mentioned in particular that this amount was increased from the original 40,000 euros to 60,000 euros in order to take account of youth work in the associations – work which, as all Councillors agree, is a central part of association activities. In addition to the regular subsidies, the municipality of Bertrange also provides extraordinary subsidies. He wishes to give a few examples. A subsidy of 16,600 euros was awarded for participation in the United World Games in Klagensfurt, where Bertrange was represented by youth teams of BBC Sparta, FC Sporting and Volley Bartreng.

It was not only a sporting success in terms of results but also a great personal experience. For the local clubs to function so well, all the volunteers are indispensable. This is something that is very much appreciated. The municipality is now also working with Agence du Bénévolat. Another demonstration of the appreciation for voluntary work was the evening held in its honour at the end of last year.

Alderman Lang also wishes to briefly mention the indirect subsidies, which are very important for active club life. These include, for example, the provision of facilities such as the Niki Bettendorf sports hall, the Centre Atert, the ArcA and the halls in the new Centre Bureck. He also extends his thanks to all the municipality's caretakers, who carry out important work in support of the clubs. In addition, it is planned that the municipality of Bertrange will provide a minibus for clubs to travel to away games and events at weekends from September onwards. The municipal authorities are thereby responding to a specific request from several clubs, for which it will be a great help.

Mayor De Smet adds that the bus will be available to all clubs and associations, not just sports clubs. He also wishes to state that what he recently experienced during the general meeting of a sports club was unacceptable. He is issuing a warning, and the persons responsible have apologised. However, he wants to make it very clear that if such behaviour should occur again, it will be punished by the withdrawal of subsidies.

Councillor Schares states that her party welcomes the increase in the budget for educational work in order to further promote youth work in the clubs. They are pleased that there are many active clubs and associations in the village that continue to plan and carry out their activities in a motivated and committed manner. Of course, in addition to financial support, a lot of equipment, infrastructure and technical resources are always needed as well. At every general meeting, the municipality is thanked for all this support. However, when speaking directly with those responsible at the clubs, it is sometimes apparent that there are a few difficulties here and there, and that some volunteers suddenly lose a little interest. It might therefore be useful to draw up an inventory of all the equipment owned by the municipality – from barbecues to tents to sound systems – including an overview of where each item is located.

Mayor De Smet replies that hall rental should be handled online by the end of the year. In this context, the clubs will also be given the opportunity to manage their own internal information. In a second step, it will also be possible to submit applications for subsidies online.

This item is unanimously adopted.

C. MultiCulti 2025: Subsidy

Alderman Lang states that the MultiCulti event, held on 9 May 2025 at the Centre Atert, was once again a great success. For years, this festival has been a fixed part of the activities of the Committee for Intercultural Coexistence. This year, too, a donation of 2,000 euros to the organisation 'Stëmm vun der Strooss asbl' is therefore being proposed.

Councillor Schares asks whether the amount of the donation is calculated on the basis of the proceeds.

Alderman Lang confirms that it is.

The Municipal Council unanimously adopts this item.

D. Bartreng beweegt sech 2025: Subsidy

Alderman Lang states that the event 'Bartreng beweegt sech' took place as part of the 'Nuit du Sport' on 14 June 2025. It was already the 21st edition and was once again very well attended and a great success, as the following figures show. A total of 837 people took part. For the 'Nuit du Sport', there were 690 participants, including 301 adults and 389 children. For each kilometre covered, the municipality of Bertrange donates 0.50 euros. This amount is topped up by the two sponsors, Belle Etoile and City Concorde, with an additional 500 euros per beneficiary organisation. This year, donations of 2,095 euros each go to the associations ZAK (Zesummen aktiv) and ALGSO (Association Luxembourgeoise des Groupes Sportifs Oncologiques). He also announces that the municipality of Bertrange's contribution per kilometre covered will be increased from 0,50 to 1.00 euro next year.

This item is unanimously adopted.

10. Projects

A. Cost estimate for the restoration work on the path between Grevelsbarrière and Leudelage train station: Approval

Mayor De Smet states that this item concerns the cost estimate for the path between Grevelsbarrière and Leudelage-Gare. The Municipal Council had already approved an ASTA cost estimate of 133,000 euros for the restoration of the field paths on 29 November 2024. According to the plan presented, this covered sections 1 and 2, from route de Longwy to the edge of the forest. The cost estimate now available concerns sections 3 and 4, which will be carried out in close cooperation with the local forester. The forest paths will be newly laid using sedimentary rock, which is very similar to limestone and therefore well suited for creating solid forest tracks that can easily be used by bicycles. To make them more suitable for cycling, the paths will also be made wider. In total, the project covers 1.2 kilometres, to be newly laid at a cost of 198,900 euros. The opportunity will also be used to build a bridge over the stream. He expresses his thanks to the forester and his team, who will build the bridge using timber from the local forests. Three bids were obtained, and the lowest was accepted.

Councillor Schares asks whether a cost estimate will also be provided for sections 5 and 6. These were not included here.

Mayor De Smet states that sections 5 and 6 fall under the responsibility of the municipality of Leudelage. In this context, he also notes that a pedestrian crossing and a bus stop will be built at the level of Grevelsbarrière. He cannot provide an exact date yet, but this should be implemented in the short term by the National Roads Administration.

This item of the agenda is unanimously adopted.

B. Cost estimate for the restoration of a footpath along route de Longwy: Approval

Mayor De Smet explains that this item concerns the construction of a footpath along route de Longwy. The realisation of this project will be welcomed by many citizens. Some time ago, there was another option, but unfortunately it was not feasible. For this project, a framework agreement has been reached with the owner of the necessary plots. This footpath will definitely improve safety and encourage active mobility. It will also make it quicker and more convenient to reach the village centre. The existing trees will be preserved, and their roots protected by means of bridges. In turn, a retaining wall will protect pedestrians. Both the attractiveness and the safety of getting around on foot or by bicycle continue to play an essential role and are part of the policy that has been consistently pursued in recent years. The new footpath will also be PRM-friendly. In total, it covers 350 metres at a cost of 850,000 euros. Work is scheduled to begin after the collective summer holiday in 2026.

Councillor Weirich states that his political group welcomes this project, which can now be implemented after many years. However, it is regrettable that it is purely a footpath and not intended for bicycles, but sometimes not everything is possible.

Mayor De Smet adds that the prescribed width for bicycle use is not met.

Alderman Colabianchi emphasizes that several alternatives had been considered, but none could be implemented, as it ultimately failed either because owners did not want to sell their plots or because the competent authority did not give its approval. There has now been a change of approach, which is to be welcomed.

This item is unanimously adopted.

C. Cost estimate for the creation of a traffic garden in Bertrange: Approval

Mayor De Smet explains that this concerns the playground in rue des Aubépines. It is in poor condition and has therefore been closed for some time now. All playgrounds have been reviewed and clear priorities set as to which ones should be revamped first. He is aware that this has taken a while but is convinced that it will be worth the wait. The playground in question will be redesigned as a traffic garden, where the youngest members of society can ride their bikes and learn the traffic rules in a safe and natural environment. The playground will be PRM-friendly and will familiarise children with cycling in a playful way. A small traffic park with real road signs will be built, where various traffic situations can be simulated. Traffic lights and pedestrian crossings will also be integrated. In addition to the traffic garden, three play towers, connected by bridges and nets, will be constructed. To allow children to rest after playing, benches will be installed, as well as a bike station for repairs and inflating tyres. It was important to the College of

Aldermen to include an educational element through which traffic rules can be taught in a playful way, such as with a memory game on the rules of the highway code. Great importance has also been attached to using natural materials that are both water-permeable and intended to promote biodiversity. Additional trees will be planted to provide shade. The cost will amount to around 530,000 euros. Although this is a substantial sum, it lies within a reasonable range for the work involved. Playgrounds are expensive, but in light of the purpose, this project is worth every cent to introduce the youngest members of the community to cycling from an early age and enable them to learn to ride in a safe environment. He could not help but smile at one of the opposition's remarks. It concerned the idea that playgrounds should also be restored at short notice in order to make them usable. However, the guiding principle remains to carry out projects thoughtfully and in line with best practice, rather than rushing into them.

Councillor Schares notes that this is primarily a project for young children. Based on the schematic drawings presented, it is difficult to picture the reality. How wide are the roads shown, and how big is the overall area of the playground? Will it be planned without paths or rest area? In her opinion, the space is mainly intended for balance bikes and small children's bicycles. To her, the site seems too small to be considered a true traffic garden. In her view, it is more of a playground with a traffic theme, since she understands traffic garden to mean something larger, where older children with bigger bicycles can practise different traffic situations and train their skill and balance. She also considers the location to be unsuitable for the concept, as it is tucked away in a residential area with only a narrow path leading to the entrance. It is acceptable to have obstacles, but they must also be passable with a cargo bike. The playground is located in a courtyard surrounded by residential buildings. With such a special concept, the intention is surely to attract many people, but that will mean noise for the neighbours. She considers the idea of a traffic garden to be very important, but stresses that the concept must be properly thought through and designed for all generations, in a more open and visible location.

Councillor Schares notes that the College of Aldermen has been talking for two years about developing an overall concept for the playgrounds. Is this playground now part of that concept? For her, a concept means mapping all playgrounds, both the functioning ones and the old, abandoned ones that are now just meadows. Then it is paramount to find out what is needed where and for which age groups, cover different themes, and so on. A concrete plan now exists for one playground. Is this part of the overall concept, or was it simply a matter of having to do something at this location? If it is part of a concept, she would like to see the rest of that concept. She also wishes to point out that if a playground is now to be built for half a million euros, then the entire budget allocation for 2025 will be used up. The amount that was jointly approved would then have gone only into this one playground, rather than into an overall study?

Mayor De Smet replies that the municipality has over 30 playgrounds. A starting point had to be chosen, and for the reasons mentioned earlier, this playground was selected. The traffic garden has been specially designed for the youngest members of the community, and the location is ideal for this age group precisely because it is in a residential area and not along a main road. An inventory of the underground infrastructures must also be carried out, and the requirements of the Ministry of the Environment must be taken into account. The inventory of playgrounds will be presented at one of the Municipal Council's next working sessions. In addition, the municipality receives the 'Sécher Spillplaz' (secure playground) label every year. If a playground were not to receive this certification, it goes without saying that it would be brought back up to standard. It would thus also be possible to make targeted improvements without having to overhaul an entire playground.

Councillor Weirich notes that this playground is particularly important to him and he is pleased that it will now be revamped. The current situation is now clear. Is it not possible to publish a breakdown of playgrounds by age category? He also wishes to ask what time frame is being considered.

Mayor De Smet replies that all of the municipality's playgrounds can be viewed in the 'Spillplaz.lu' app. Work is also underway on a municipal map that will show not only the playgrounds but also other important infrastructures. The project will be approved today, after which it will be put out to tender, so that work can probably begin next year.

Councillor Miller adds that such a playground is important for teaching the youngest children how to ride a bicycle correctly. This is also part of ensuring a safe route to school, as well as the goal of becoming a more cycle-friendly municipality.

This item is unanimously adopted.

D. Cost estimate for the construction of an underpass for soft mobility between rue Charles Schwall and Cité am Wenkel: Approval

Mayor De Smet explains that this is another project intended to support and promote active mobility. It also aims to overcome the division of the village caused by the railway tracks and to provide a better north-south connection. In addition to an overpass, an underground connection is to be built linking Cité am Wenkel with rue Charles Schwall. This road is frequently used to access the European School and the Lycée (secondary school) in Mamer. The original idea for both the overpass and the underpass was to create a safe crossing point for pedestrians and cyclists without having to cross the tracks. An analysis was carried out to determine what was technically feasible and where the municipality owned the land required to implement the projects. In the end, there were two options for the underpass: one with a ramp and one without. There are significant technical constraints, which would also have a substantial impact on the project's cost. The underpass will therefore be built without a ramp in the first phase. This decision was made because the gradient of the ramps would otherwise be too steep. In addition, the constraints of the plot would mean that 90-degree bends would have to be constructed in some places, which would not only be difficult to negotiate by bicycle but could also give rise to dangerous situations. Lifts will be installed, and the stairwells will be fitted with cycle rails to ensure that this version of the underpass remains attractive for cyclists. The underpass will also be PRM-friendly. In addition, traffic-calming measures will be introduced in rue Charles Schwall.

Mayor De Smet states that the option with a ramp would have generated additional costs of 1.3 million euros – a considerable sum for a less-than-optimal solution. It should also be borne in mind that costs would be incurred from CFL: 900,000 euros for the ramp option, but only 510,000 euros for the underpass without a ramp. For the construction of the underpass, the overhead lines must be relocated, and these costs will be borne by the municipality. The ramps could still be built at a later date, as this remains technically feasible. The total cost of the project amounts to 4.2 million euros including VAT.

Mayor De Smet notes that the work is scheduled to begin at the start of 2027 and is scheduled for completion in spring 2028. For such major construction sites, the closure of the railway line must be applied for two years in advance. At present, they are therefore utilising closures already planned by CFL. He wishes to thank the CFL officials at this point for the constructive discussions and their assistance. With this permanent and safe connection for

cyclists and pedestrians, the infrastructure will become even more attractive and safer.

Councillor Schares notes that two options were presented to the College of Aldermen; the latter chose the one without a ramp and accordingly drew up the final draft design. She herself would have preferred the project with ramps, simply because it seemed more complete. However, she understands the concerns that ramps could become dangerous if two people were to cross at speed. But with rules, mutual respect, ground markings or even a push-button system to signal that someone is coming from the other side, further options would have been available. It is already a considerable amount for this project – and that just for lifts and staircases. They might as well invest the additional 1.2 million euros and do it properly from the outset. Money is spent on all sorts of other things, which is why she considers this investment here to be really worthwhile. She assumes, however, that the decision is final. Her party will also support it, because it is important to take action in this matter and at this particular spot. Nevertheless, further thought should be given to how cyclists could be better accommodated. Surely there are more creative and innovative solutions for getting a bicycle up the stairs than just a small rail. How about some kind of conveyor belt, for example? When going down, it would brake, and when going up, a small motor would provide assistance. She also wonders whether the staircase really has to lead around a corner, or whether this is unavoidable due to space constraints. Perhaps the lift could even be fitted with a device to hold a bicycle vertically. She also suggests speaking to their colleagues in Serfaus to learn how they handle bicycles in gondolas during the summer.

Mayor De Smet replies that the motorised conveyor belts mentioned by Councillor Schares have also been looked into. Adjustments will certainly still be made here. The underpass itself is to be given a more playful design. What must not be forgotten, however, is that this project is being implemented without State subsidies.

Councillor Damjanovic states that, as a resident of rue Charles Schwall, she is pleased about this project. She says that, almost every day, people are seen passing under the closed barriers because they do not want to wait so long. This will improve safety.

Alderman Lang adds that the plan is not only for the underpass but also for the overpass across the railway tracks.

This item is unanimously adopted.

11. Town planning

A. Specific amendment of the 'Brill' PAG (General Development Plan): Approval

Mayor De Smet states that this item concerns a specific amendment to the 'Brill' PAG. The procedure for this was already initiated at the Municipal Council meeting on 27 September 2024. He wishes to provide a brief summary of everything that has happened since then. The development of this part of the plan has a long history and could not be implemented, primarily due to ownership issues. The aim is to provide assisted-living housing for older people, as well as regular housing. The then Municipal Council first addressed the specific amendment to the 'Brill' PAG on 28 September 2017 in order to launch the procedure and initiate an objection period. This was unanimously approved. On 8 December 2017, the specific amendment to the PAG was voted on. At the beginning of 2018, the necessary approvals were granted by the Ministry of the Environment and the Ministry of Home Affairs. The 'Brill' PAP was subsequently drawn up and the first version

entered the procedure at the beginning of 2019, before a revised version was submitted in November 2019. The 'Brill' PAP was unanimously adopted by the Municipal Council on 8 May 2020. All those present know that the implementation of this PAP failed because a consensual reallocation was not possible due to one owner who did not wish to participate in the project. To take better account of the ownership situation, the aim was to find an urban planning solution that would blend in with the existing Cité am Wenkel and create a vibrant neighbourhood for young and old alike.

Mayor De Smet states that the specific amendment mainly concerns the graphic part, in which the 'zone d'habitation – Troisième âge' (HAB-TA), meaning assisted-living housing for elderly people, will be shifted northwards in order to make the PAP feasible – in two phases, the ownership issue being resolved. Adjustments will also be made in the written part, in particular to take account of the fact that at least 5% of the gross built-up surface area (surface construite brute) in the HAB-TA zone must be designated for shops, medical and administrative services, or other activities linked to the needs of the neighbourhood. The article on the green strip easement will also include a note stating that the retention basins will be designed in an ecological and nature-friendly way.

Mayor De Smet goes on to explain that the College of Aldermen continues to stand by its earlier statement that a second southern phase can only be implemented if access via rue des Champs is possible. In its opinion of 7 April 2025, the 'commission d'aménagement' issued a generally positive statement. There had been a misunderstanding regarding the valid PAP. This was clarified with the Ministry and is now settled. The explanatory report clearly states that the old PAP will be repealed as a result of the specific amendment. Although an incorrect reference number was used, the path is now clear to draw up an entirely new PAP. A textual amendment was also made regarding the services that can be offered on the site – these must be directly linked to the HAB-TA zone. The commission did not make any further comments on the specific amendment. In addition, an information session was held on 9 October 2024. Both the specific amendment to the PAG and the new PAP were submitted to the procedure at the same time. It was important to the College of Aldermen not to create confusion among citizens and to ensure greater transparency in what are sometimes complex procedures. The municipal authorities had placed great emphasis on explaining the deadlines and procedures, so that everyone had the opportunity to consult the file and put their comments forward. In addition, the information session was well attended. Citizens were able to ask their questions and received answers to all of them.

Mayor De Smet goes on to say that citizens were able to submit their objections between 4 October and 4 November 2024. In total, six objections were received, one against the specific amendment to the 'Brill' PAG and five concerning the PAP itself. He says he will return to these in more detail later. All objectors were invited to a meeting on 28 April 2025, even though technically only those who filed an objection within the context of the PAG would have had to be invited. However, the College of Aldermen considers it important to speak openly with citizens, to listen to them and to present possible solutions.

Mayor De Smet now wishes to address the objections received. One objection was that no information had been provided about the second phase. That is not entirely correct, since the information is included in the preparatory study, the master plan and the explanatory report on the PAP project. The College of Aldermen maintains its position that the second phase can only be implemented if a second access road is available. For the second phase, a separate PAP will be drawn up, giving citizens the opportunity to give their input. Objections were also raised regarding mobility and traffic. All



objectors expressed worries about traffic and the increasing number of vehicles. The road in Cité am Wenkel leading to Brill is considered a collector road and, at 5.5 metres wide, has already been designed to accommodate traffic. It should also be remembered that a road layout for a future neighbourhood such as Brill was already foreseen in the original design of Cité am Wenkel. Traffic-calming measures are also planned – three gentle (sinusoidal) speed bumps on the collector road in Cité am Wenkel, in the interests of safety and reducing speed. These plans have been shown to the local residents and are due to be implemented shortly. With regard to noise, dust and general damage, the implementation agreement for the PAP will include the installation of noise and dust protection barriers in order to keep disturbances to a minimum.

Mayor De Smet gives a brief summary of the changes resulting from the specific amendment to the PAG. The HAB-TA zone and the HAB-1 zone are being adapted. In addition, the building density coefficient in the HAB-TA zone is being reduced as a result of the enlargement of this zone. The ‘Écran de verdure’ (green strip) easement has been specifically adapted to the PAP project. Finally, the master plan is being amended and the current PAP repealed.

Mayor De Smet concludes by noting that the complications in implementing the current PAP have led to the project being rethought and replanned. From the College of Aldermen’s perspective, this will result in a significant improvement to the project and better urban integration.

This item of the agenda is unanimously adopted.

B. PAP new district “Brill 2.0”: Approval

Mayor De Smet states that this item concerns the ‘Brill 2.0’ PAP, which he wishes to briefly present. With regard to the urban development concept, the new PAP has been drawn up on the basis of the old PAP, with the College of Aldermen placing great importance on ensuring that any revision of the PAP will result in an improvement to the project. This position is also confirmed by the local Committee for Building, Town Planning and Urban Development. The project has been discussed several times on the Ministry’s consultation platform, and the proposals of various ministries and administrations have been taken into account. The site covers a total area of 2.16 hectares, part of which lies in an HAB-1 zone and another in an HAB-TA zone. Both are overlaid by a PAP-NQ area. This PAP provides for 23 lots, on which the following are to be built:

- In the zone designated for housing for elderly people, a total of 114 units are to be built across two housing blocks.
- In the HAB-1 zone:
 - 5 detached houses,
 - 15 terraced houses,
 - 2 apartment buildings with 9 and 11 units respectively

Mayor De Smet explains that affordable housing has not been overlooked on this project either. In line with Article 29bis, a designated area to be used for affordable housing has been provided for within this large-scale PAP project. Around 3,000 m² must be set aside here. Plots 2–8 (7 detached houses) and plot 23 (apartment building with 11 units) are to be taken over by the municipality, which underlines its commitment to expanding the stock of municipal housing. The integration of the neighbourhood into its natural

surroundings has been carefully considered in order to preserve as much of the green environment as possible. Building heights have also been adapted to the existing development in Cité am Wenkel. The maximum height is 2.8 storeys for the houses, 3.8 storeys for the apartment buildings, and 4.8 storeys for the residence for elderly people. With regard to mobility and public spaces, he notes that the neighbourhood is designed as a shared space intended to encourage active mobility. The road network will be minimised, and shared underground car parks are planned between the various lots to ease the parking situation. A central square has been planned within the project to serve as a meeting place for future residents and a space where children can play together. Behind the flats for elderly people, a park-like pathway is envisaged. In total, 77.35 ares – equivalent to 35.83% of the total surface area – will be transferred to the municipality.

Mayor De Smet explains that water management has been calculated and approved in accordance with the requirements of the Water Management Authority. Rainwater will be channelled into open retention basins located in the western part of the PAP. This open, nature-oriented design was requested and recommended by the Water Management Authority. A total of three retention basins, interconnected by open ditches, are planned. Extensive greening has been planned on the roofs of the housing blocks for elderly people and the residences in order to help retain additional rainwater. Part of the rainwater will be channelled through the southern construction phase, where the developer owns land for connecting to rue des Champs. Another part is channelled through Cité am Wenkel, where it flows into the sewer system. The wastewater is discharged via the existing infrastructure of Cité am Wenkel.

Mayor De Smet turns to the opinion of the cellule d’évaluation of 7 April 2025. The first point relates to the remark made in the PAG report concerning the specific amendment. The non-conformity was declared irrelevant after consultation with the Ministry, since the old PAP was repealed by the specific amendment to the PAG. To meet the required 15% quota for affordable housing, just over 22 m² was missing. This was made up by increasing the gross built-up surface area. In the HAB-1 zone, the requirement that at least 50% of the units be detached houses is met. For this reason, eleven housing units are planned on plot 23. Plots 6 and 7 were divided into three plots, each with three terraced houses, significantly reducing the residential floor space. As part of the redesign of public space, it was recommended that parking spaces in the southern section be relocated to break up the street axis. This recommendation was not taken up, since a greater distance between the gardens and the street is considered more appropriate and allows for greater flexibility in later phases of the southern section of the PAP. In the upper section, the carports and trees have been repositioned, so that trees are seen first, rather than carports, when driving up from the south. The number of carports was increased from five to six. It was also recommended that the positions of the apartment buildings and the detached houses in the southern section be swapped. This recommendation was rejected, as the apartment buildings were considered a better fit for a public square. The written version left open the possibility of incorporating parking spaces within the footprint of the main building, in order to retain flexibility in the building planning.

Mayor De Smet explains that the objection period ran from 4 October to 4 November. A total of five objections were submitted. Although no invitation was required by law, dialogue was sought in order to clarify and correct certain points. Four objectors were invited together, as their concerns were similar. One further objector was welcomed separately. He will now explain the most frequently criticised points, such as rainwater and wastewater. He states that the retention basins were planned and approved in accordance with the requirements of the Water Management Authority and are designed for heavy rainfall events with a return period of ten years. The capacities are designed

to enable the project to be implemented. The drawn building contours have also led to misunderstandings. These are building envelopes within which the structures must be erected. The actual buildings will be smaller and will not fill the entire corridor. The heights correspond to those of the existing buildings in Cité am Wenkel. Only the two housing blocks for elderly people will reach a height of 4.8 storeys. The detached houses will be directly connected to the existing buildings in Cité am Wenkel to ensure they blend in seamlessly. The collector road, with a width of 5.5 metres, parking strips and a separate footpath, complies with the standards. The southern section can only be developed if access to rue des Champs is possible. A project with traffic-calming measures has been drawn up and presented and is to be implemented in the short term. Sinusoidal speed bumps will also be installed.

With regard to the construction phases, Mayor De Smet states that every building project inevitably gives rise to disturbances such as noise or dirt. Steps are planned to minimise these, including the use of wooden palisades in the execution project to reduce noise and dirt. He stresses that site safety is closely monitored in order to implement as many measures as possible and comply with building regulations. As far as possible, lorry access through Cité am Wenkel will be avoided during peak times. He adds that the developer will also carry out a survey of the adjoining houses. This project cannot be compared with Rilsper or Pourpelt, as it involves a single developer rather than many individual owners, which also has an impact on the construction period. A complaint about the location of the transformer station close to a front door was upheld and the station has been moved to a more suitable location.

Councillor Schares states that the municipality has received many comments from residents. These comments are justified, as they concern not only general safety and the safety of children.

This item is unanimously adopted.

C. Merging of five plots of land in Bertrange, rue de Champs, into two lots

Mayor De Smet states that this item concerns the merging of five plots of land into two, specifically relating to the apartment buildings Eva Maria and Albert. From now on, these will have one plot number, while the other will refer to the public space. The wayside chapel will retain its own plot number.

This item is unanimously adopted.

12. Regional Museksschoul Westen

A. Provisional school organisation of the 2025/2026 music courses of the 'Regional Museksschoul Westen'

Councillor Smit-Thijs states that this agenda item concerns the provisional school organisation 2025/2026 of Regional Museksschoul Westen and the associated agreement. The Municipal Council already approved the provisional organisation 2025/2026 for the music courses of the municipality of Bertrange on 22 May 2025. A total of 2,156 registrations were received for individual lessons, which is 129 more than in the previous year and corresponds to 70,755 lesson minutes. There are 2,533 registrations for group lessons, compared with 2,574 last year. This amounts to 13,410 lesson minutes. Altogether, this amounts to 86,115 lesson minutes for Regional Museksschoul Westen, with the cost per teaching hour coming to 6,912.53 euros. For the municipality of Bertrange, this corresponds to 15,855 lesson minutes at a cost of 1,826,636.05 euros.

Councillor Schares states that the number of teachers involved is considerable. 129 more people are registered for individual lessons than last year. Can it already be said that everyone will receive a place, or whether a waiting list will need to be created?

Councillor Smit-Thijs replies that this will not be discussed until next week, but it appears everyone can be offered a place.

Councillor Weirich states that the music school of the municipality of Bertrange is integrated into Regional Museksschoul Westen. There is considerable potential for collaboration here, which should definitely be harnessed.

The Municipal Council unanimously adopts this item.

13. Regulations

A. Amendment to the regulation concerning the cemetery

Mayor De Smet explains that this regulation had already been on the agenda at the Municipal Council meeting on 7 March 2025, where various amendments had been made to the time frame between death and burial, as set out in the circular. The Ministry of Home Affairs reviewed the regulation in more detail and annulled certain points, as the references to responsibilities were not entirely correct. The main issue was clarifying who is responsible for specific provisions in the regulation – the Mayor, the College of Aldermen, or the Municipal Council. These adjustments have been made, and the correct legal references have also been inserted. Article 8.4 has likewise been amended to provide an exemption for assistance dogs. Since no opening hours have been set, the cemetery remains accessible at all times. In order to allow graves to be regrouped in the old part of the cemetery, a cost estimate has been requested, which will be included in the 2026 budget.

This item of the agenda is unanimously adopted.

B. Internal regulation of the advisory Rent Committee of the municipality of Bertrange

Mayor De Smet states that a Rent Committee must be established in order to be recognised as a social housing provider. The internal regulation for this committee is now in place, although it will not operate in the same way as the other advisory committees. Its main task will be to issue an opinion on the allocation of a dwelling. It is to be made up of three full members and three alternate members. The Chair must be a person responsible for housing matters. In addition, the municipal housing officer and a social worker from the Mamer social welfare office will also serve on this committee. The secretary will prepare a yearly report for the Municipal Council. External members will not have voting right. The internal regulation also sets out how and when the meetings are to be held. As a rule, they will take place whenever a dwelling is to be allocated. The meetings are also held in private, and the deliberations are therefore confidential. However, the secretary will always prepare minutes. The allocation of dwellings and the selection process will be managed through the RENLA system once it has been set up. An assessment based on a social questionnaire will be carried out by a social worker. These internal procedures must be approved by the Minister. In order to draw up a priority list, various criteria will be taken into account, such as the precariousness of the applicants' situation, their financial burden (e.g. the ratio of income to rent) and similar factors. When allocating vacant dwellings, attention is also paid to whether the home is suitable for the size of the household. The age of the children also plays an important role. The distance between workplace and dwelling is likewise taken into account to avoid creating unreasonable commuting distances.

This item is unanimously adopted.

14. Legal matters

A. Approval of a special loan

Mayor De Smet states that the College of Aldermen wants to propose to the Municipal Council that this item be dealt with in closed session, as it concerns the file of a deceased person. The situation is sensitive, and the heirs should be protected.

The proposal is unanimously approved.

Since the deliberations took place in closed session, kindly note that we are unable to publish any details here. (Editor's note)

B. Approval to take legal action

Councillor Rauchs, on behalf of the opposition, requests that this item also be dealt with in closed session in order to avoid causing any further harm to the person concerned.

The proposal is unanimously approved.

Since the deliberations took place in closed session, kindly note that we are unable to publish any details here. (Editor's note)

15. Advisory Committees

Mayor De Smet states that he wishes to deal with all four items together, although they will be voted on separately. According to Article 10 of the internal regulation, members of the committees may be dismissed at any time without the decision having to be justified. The following are the four committees on which Councillor Demuyser serves as either the Chair or a member.

Councillor Rauchs states that, although he has been on the Municipal Council for many years, he has never experienced such a procedure. Neither the CSV nor the LSAP would agree to such a procedure.

A. Sports Committee: Removal of a member

This item is adopted with 8 votes in favour (DP, déi gréng) and 4 votes against (CSV, LSAP).

B. Committee of Sports Associations: Removal of a member

This item is adopted with 8 votes in favour (DP, déi gréng) and 4 votes against (CSV, LSAP).

C. Mobility and Transport Committee: Removal of a member

This item is adopted with 8 votes in favour (DP, déi gréng) and 4 votes against (CSV, LSAP).

D. Finance Committee: Removal of a member

This item is adopted with 8 votes in favour (DP, déi gréng) and 4 votes against (CSV, LSAP).

16. Traffic

A. Confirmation of emergency traffic regulations

Mayor De Smet states that this item is about a temporary traffic regulation in rue A Pourpelt that will be applicable from 27 June to 31 October 2025.

Mayor De Smet states that this item is about a temporary traffic regulation in rue de Dippach that will be applicable from 7 to 18 July 2025.

Mayor De Smet states that this item is about a temporary traffic regulation in rue de Mamer that will be applicable from 30 June to 8 July 2025.

Mayor De Smet states that this item is about a temporary traffic regulation in rue des Dahlias that will be applicable from 18 June to 4 July 2025.

Mayor De Smet states that this item is about a temporary traffic regulation in rue de Mamer that will be applicable from 30 June to 8 July 2025.

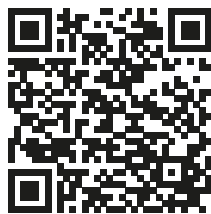
B. Temporary traffic regulation: Approval

Mayor De Smet states that this concerns the traffic regulation for Vélosommer 2025. The regulation in question was already approved at the last Municipal Council meeting. However, the City of Luxembourg has informed them that an additional temporary bus stop would need to be provided for in rue du Chemin de Fer. This meets that requirement, and the regulation has been amended accordingly.

This item is unanimously adopted.

End of the meeting: 1:15 p.m.

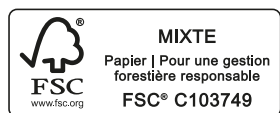




C o m m u n e d e B E R T R A N G E

2, beim Schloss · L-8058 Bertrange
Tél.: 26 312 - 1 · info@bertrange.lu

www.bertrange.lu



natureOffice.com/LU-319-YKFE2SN

Imprimé par Imprimerie Centrale